Montag, 1. Juli 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 149 - 27. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Hessen: Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Zusammenarbeit mit den Grünen hat der Sonderparteitag der hessischen SPD gebilligt. Sie schließt auch die Möglichkeit einer rot-grünen Koalition ein. (S. 4)

Berlin: Zum neuen Landesvorsitzenden der SPD wurde der Bundestagsabgeordnete Jürgen Egert gewählt. Er tritt die Nachfolge von Peter Ulrich an, der nach der Wahlniederlage der Berliner SPD am 10. März sein Amt zur Verfügung stellte. (S. 4)

Atomversuch: Die Sowjetunion hat in der Nacht zum Sonntag einen unterirdischen Atomversuch unternommen. Die Explosion verursachte nach Angaben des Observatoriums im schwedischen Uppsala einen Erdstoß der Stärke 6,7 auf der Richter-Skala. Seit Anfang des Jahres war es der vierte sowjetische Atomversuch.

Schwarz-Schilling: Den Rücktritt des Bundespostministers wegen der Vorgänge um die Berliner Batteriefabrik „Sonnenschein" hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller gefordert. „Schwarz-Schilling ist das Senkblei der Regierung", sagte der Politiker.

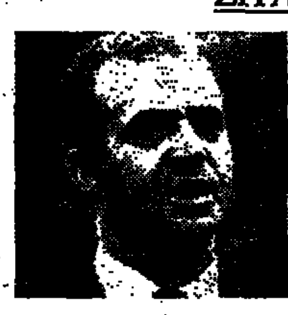
Pertini: Damit sein Nachfolger Cossiga so bald wie möglich das Amt übernehmen kann, ist der italienische Staatspräsident Pertini bereits zehn Tage vor Ablauf seiner Amtszeit zurückgetreten.

Polen: Die Regierung hat offenbar wegen des für heute geplanten einstündigen Generalstreiks, mit dem die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" gegen die Erhöhung der Fleischpreise protestieren will, die Sicherheitsmaßnahmen in vielen Betrieben verstärkt. Außerdem wurden die Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt.

Moskau: Die UdSSR und Vietnam vertiefen ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Moskau gewährt den Vietnamesen einen neuen Vorzugskredit für die Jahre 1986 bis 1990 und eine Stundung alter Schulden.

Großbritannien: Nach einer Umfrage des MORI-Instituts kam die Labour-Partei wenige Tage vor der Nachwahl in einem walisischen Wahlkreis mit 40 Prozent der Wählerstimmen auf einen deutlich höheren Anteil als die Konservativen (32) und die Allianz von Sozialdemokraten und Liberalen (26 Prozent).

ZITAT DES TAGES



„Bei der Durchforschung des Unergründlichen warten die Völker bei jedem Fortschritt auf die Stimme Gottes, den Ruf der Schönheit und das Schema unzerstörbarer Vernunft, die aus uns Wesen göttlicher Aspiration machen"

Spaniens König Juan Carlos bei der Einweihung des Sonnenteleskops auf den Kanarischen Inseln (S. 14)
FOTO: SYGMA/PANDIS

WIRTSCHAFT

Bankgeheimnis: Bei den Beratungen des OECD-Exekutivrates über den Mißbrauch des Bankgeheimnisses hat die Bundesregierung eine vermittelnde Position eingenommen, um einen Kompromiß zu erreichen, dem auch die „Steuerparadiese" Schweiz, Österreich und Luxemburg zustimmen können. (S. 7)

US-Handelsbilanz: Im Warenverkehr mit dem Ausland geraten die Vereinigten Staaten immer tiefer in die roten Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung erreichte das Defizit in der Handelsbilanz im Mai 12,7 Milliarden Dollar – 816 Millionen Dollar mehr als im April. (S. 7)

Lufthansa: Insgesamt 22 Flugzeuge hat die Deutsche Lufthansa bei der Airbus-Industrie bestellt. Der Vertrag sieht die Lieferung von 15 Jets des Typs A 320 und sieben Airbussen A 300-600 vor. Außerdem wurden von der Lufthansa Optionen auf 28 weitere Airbus-Flugzeuge abgegeben. (S. 7)

Maschinenbau: Im Mai ist der Auftragseingang im Maschinen- und Anlagenbau in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um zehn Prozent gestiegen. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um drei Prozent, während aus dem Ausland 16 Prozent mehr Aufträge eingingen.

KULTUR

Preisverleihung: Beim Münchner Filmfest wurden Marita Breuer für ihre überragende Rolle der Maria in „Heimat" und Götz George als „Tatort"-Kommissar Schimanski mit den Darstellerpreisen des Bundesverbandes der Fernseh- und Filmregisseure ausgezeichnet. (S. 13)

Theater: Selbst Rolf Hochhuth war erstaunt, daß bei der deutschen Erstaufführung seiner „Judith" kein einziges Buh zu hören war. Galt die Glasgower Uraufführung des Stückes über Widerstand gegen Tyrannei noch als Katastrophe, so war die Premiere in Kiel ein voller Erfolg. (S. 13)

SPORT

Schwimmen: Michael Groß – und sonst wenig, das ist das Fazit der deutschen Meisterschaften. Groß stellte in Remscheid über 200 m Schmetterling den neunten Weltrekord seiner Laufbahn auf. (S. 10)

Tennis: Im Schatten von Boris Becker erreichte Andreas Maurer fast unbemerkt das Achtelfinale beim Turnier von Wimbledon (Sieg über Johan Kriek) und trifft nun wahrscheinlich auf John McEnroe. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Rekordpreis: Ein Rolls-Royce der englischen Musikgruppe „The Beatles", Baujahr 1965, erzielte bei einer Auktion in New York die Rekordsumme von 2,29 Millionen Dollar (rund sieben Millionen Mark). Der bisherige Höchstpreis für ein Automobil von 440 000 Dollar wurde 1979 bei einer Versteigerung in Los Angeles für ein Mercedes-Cabrio aus dem Jahre 1936 gezahlt.

Glücksspiel: Nicht nur Glanz war bei der Gala-Premiere der dritten Spielbank in Nordrhein-Westfalen zu sehen. Einige Hundert Arbeitslose hatten sich in Dortmund zu einer Kundgebung versammelt und gegen die Verschwendungssucht der Reichen protestiert. (S. 14)

Wetter: Heiter bis wolkig. 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gorbatschow läßt U-Boot-Flotte vor Amerikas Küste operieren

Diplomaten: Militärische Machtdemonstration zeigt härteren Kreml-Kurs

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion hat eine ganze Flotte von Atom-U-Booten vor der amerikanischen Ostküste zu einem Seemanöver aufmarschieren lassen, verlautet von informierter westlicher Seite. Es handele sich um die ungewöhnlichste und jeden bisher bekannten Rahmen sprengende Übung in der Geschichte der sowjetischen Seestreitkräfte. In ersten Bewertungen ist die Rede von einer massiven Militärdemonstration der Sowjetunion direkt vor der amerikanischen Haustür, die womöglich die Handschrift des neuen sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow trage.

Nach diesen Berichten sind in den zurückliegenden Tagen bis zu 24 sowjetische U-Boote in den Atlantik eingefahren und zum großen Teil bis an die amerikanische Ostküste gelaufen. Abgesehen von drei oder vier Schiffen mit konventionellem Antrieb habe es sich um moderne sowjetische Atom-U-Boote gehandelt. Diese strategischen U-Boote der Delta-Klasse und der Yankee-Klasse seien mit Nuklear-Raketen ausgerüstet und würden von sechs bis acht „Hunter-Killer"-Atom-U-Booten der Victor-Klasse begleitet. Zugleich wurde eine ungewöhnliche Anzahl sowjetischer Flüge entlang der amerikanischen Küste festgestellt. Die sowjetischen Flugzeuge seien größtenteils in Kuba gestartet.

Westliche Experten rätseln über den militärischen Sinn des Manövers. Sie sind bisher zu keinem einheitlichen Schluß gekommen. Übungen dieser Art könnten die Sowjets auch in anderen Seegebieten vornehmen, einschließlich des Nordmeers. Der militärische Zweck könnte dort genau so gut erfüllt werden. Als bemerkenswert wurde die Teilnahme strategischer Raketen-Atom-U-Boote betrachtet. Diese könnten größtenteils sicherer in arktischen Regionen operieren. Direkt unter der amerikanischen Küste seien sie im Ernstfall stärker gefährdet. So stellt man sich die Frage, was die Sowjets rein militärisch durch eine solche Aktion gewonnen hätten.

Am wahrscheinlichsten hielten westliche Fachleute die Überlegung, daß die Sowjetunion ihre militärische Macht in herausfordernder Weise direkt vor der amerikanischen Küste zur Schau stellen wollte, um das Signal zu setzen: „Wir sind eine Weltmacht geworden, niemand schüchtert uns mehr ein. Amerikas Küstengewässer außerhalb der Territorialgrenze sind auch sowjetische Gewässer." Dies füge sich in die bisher bei Gorbatschow erkennbare Linie ein.

Westliche Diplomaten bemerkten, die ungewöhnliche Übung der Atom-U-Boote reflektiere auf ihre Weise die auf der ganzen Breite zu registrierende Verhärtung des sowjetischen außenpolitischen Kurses, insbesondere bei den Genfer Rüstungskontroll-Verhandlungen. Dort habe die Sowjetunion in geradezu ultimativer Form auf der Einstellung der amerikanischen SDI-Forschung zur Raketenabwehr bestanden, ehe die Verhandlungen überhaupt weitergeführt werden könnten.

Für die amerikanische Marine ergab das Manöver der Atom-U-Boote die Gelegenheit zu ausgedehnten praktischen Übungen. Dem Vernehmen nach überwachen die Amerikaner die Übung Tag und Nacht.

(SAD)

Thatcher kritisiert Kohl und Mitterrand. EG-Gipfel beschließt Nachfolgetreffen

Bundeskanzler: An einem Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt

F. MEICHSNER/SAD, Rom

Die Einleitung eines Klärungs- und Reformprozesses zur Reaktivierung der europäischen Einigungspolitik und die innere Spaltung der EG in zwei Lager sind die herausragenden Ergebnisse der zweitägigen Diskussionen des Europäischen Rates im Mailänder Castello Sforzesco. Gegen den erklärten Willen der Regierungschefs von Griechenland, Dänemark und Großbritannien wurde die Einberufung einer Regierungskonferenz beschlossen, die in den nächsten Monaten über die Reform der Römischen Verträge beraten und dem Rat der Regierungschef bis Ende des Jahres ihre Vorschläge zur Entscheidung vorlegen soll.

„Wir sind an einem bestimmten Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt", erklärte Bundeskanzler Kohl nach Beendigung der zeitweise dramatisch verlaufenen Ratssitzung. So wie bisher könne es nicht weitergehen. Die EG könne nicht nach dem „Prinzip des Geleitzuges" verfahren, in dem das langsamste Schiff das Tempo bestimmt. Die Verträge müßten modifiziert werden, und wenn einige nicht mitmachen wollten, müßten diejenigen, die dazu entschlossen seien, allein vorangehen.

Die Entscheidung über die Einberufung der Regierungskonferenz wurde nicht nur mit der Aufsplitterung des Rates, sondern auch mit dem Verzicht auf eine sofortige, ohne Vertragsänderung mögliche Vereinbarung über die Einschränkung des Vetorechtes in der EG erkauft, die Englands Premierministerin Margaret Thatcher vorgeschlagen, der griechische Ministerpräsident Papandreou aber blockiert hatte.

SEITE 3:
Europa-Zug
SEITE 4:
Die Stunde der Wahrheit

Die britische Regierungschefin wies darauf nach Abschluß der Gipfelkonferenz mit den Worten hin: „Man hat es vorgezogen, eine Konferenz einzuberufen, anstatt heute über konkrete Dinge zu entscheiden, die auf der Grundlage der bestehenden Verträge hätten beschlossen werden können. Wir wollten den sofortigen Fortschritt in Richtung Europa, die anderen haben es vorgezogen, die Probleme zu vertagen."

Über Kohl und Präsident François Mitterrand sagte Frau Thatcher in einem BBC-Interview mit vor Erregung zitternder Stimme: „Ich kann Leute nicht ausstehen, die sich in grandiosen Projekten und Gerede verlieren. Ich bin mit Hoffnung und praktischen Plänen gekommen, bereit zu Entscheidungen über die Zukunft der Gemeinschaft. Aber sie drückten sich. Sie wollten irgendeine große, endlose Konferenz, und diese Ansicht hat sich durchgesetzt." Eine solche Konferenz sei nur „Zeitverschwendung" und nur „ein Rezept, um die Dinge auf die lange Bank zu

● Fortsetzung Seite 4

Verwirrspiel um die Geiseln von Beirut

Rotes Kreuz bestätigt Übernahme / Berri: Amerika und Syrien gaben uns Garantien

DW. Beirut/Washington

Der Führer der Amal-Milizen und libanesische Justizminister Nabih Berri hat die Freilassung von 39 amerikanischen Flugzeuggeiseln angekündigt und von ihrer Abfahrt nach Damaskus gesprochen. Das internationale Komitee vom Roten Kreuz bestätigte, daß die Übergabe begonnen habe. Die Erklärungen Berris wurden allerdings mit Skepsis aufgenommen, da sich die Beiruter Geiseln auch noch eine Stunde nach seiner Mitteilung am späten Sonntag nachmittag noch in Beirut befanden. Bereits am Samstag hatten sich Berichte über eine Freilassung der Geiseln als unzutreffend erwiesen.

Berri erklärte in Beirut, die Freilassung der Geiseln am Samstag sei verzögert worden, weil es keine Garantien der USA und Israels gegeben habe, daß die Gefangenen von Israel freigelassen und die Geiselnehmer nicht bestraft würden. „Ich habe die Garantien heute erhalten", sagte Berri. „Ich habe heute von Syrien Versprechungen und von den USA eine Erklärung erhalten." Nach Angaben der Amal-Milizen hatte Syriens Vize-Präsident Chaddam Berri um die Mittagszeit telefonisch die gewünschten Garantien der USA übermittelt.

Auch wenn es bis gestern noch unklar war, ob die Geiseln tatsächlich nach Damaskus gebracht werden,

SEITE 2:
Die Terror-Achse
SEITE 6:
Weitere Berichte

herrschte zumindest Erleichterung, daß alle 39 Geiseln in Beirut versammelt waren. Vier der Geiseln, die von den übrigen abgesondert und in einem Versteck in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene festgehalten worden waren, wurden am Nachmittag in die Westbeiruter Wohnung Berris gebracht. Von dort aus gelangten sie nach einem kurzen Gespräch mit Berri zu den übrigen 35 Geiseln.

Widersprüchliche Erklärungen, Falschmeldungen und ständige Ankündigungen hatten aus dem Geiseldrama, seit Freitag, als zum ersten Mal ihre Freilassung angekündigt worden war, ein Verwirrspiel für die Weltöffentlichkeit gemacht. Für die Geiseln selbst und ihre Angehörigen wurde der Nervenkrieg und das diplomatische Tauziehen ein Alptraum des Wartens und des Hoffens.

Das Verwirrspiel mit wechselnden Aussagen der inzwischen zahlreich Beteiligten an dem Geiseldrama hielt auch den ganzen Sonntag über an. Bei wem der vielen Akteure, von Berri über Amal-Funktionäre, örtlichen Kommandeuren der Milizen, Sprecher der eigentlichen Geiselnehmer und der radikalen Hisbollah (Partei Gottes), die eine Gruppe von vier Amerikanern mit jüdisch klingenden Namen in ihrer Gewalt hatte, die Entscheidung liegt, war offen. Ebenso unklar war die Rolle Syriens und die Entscheidungen Israels.

Was hat das Haus Genscher gegen SDI?

THOMAS KIELINGER, Bonn

Bei der in Köln-Porz zuende gegangenen gemeinsamen Tagung des „Deutschen Strategie-Forums e. V." und des in Washington beheimateten „Center for Strategic Concept" (WELT vom 28.6.) sind zum Thema der amerikanischen „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) noch einmal die politischen Differenzen innerhalb der Bundesregierung zutage getreten. Deutlich wurde dies an dem Diskussionsbeitrag des Planungsstabschefs im Außenministerium, Konrad Seitz, der nach einer „Europäischen Verteidigungsinitiative" rief, die sich „begrifflich von den Amerikanern absetzen" müßte.

Seitz warnte mit politischen Argumenten vor einer Einbindung der Europäer in das SDI-Pojekt. Er wies auf die propagandistischen Möglichkeiten hin, die der Sowjetunion mit einer solchen Einbindung geboten würden und folgerte, daß „wir diese Schlacht nicht gewinnen", wenn Europa mit Abwehr-Forschungen, die auf Bedrohungssituationen für sein Territorium abheben, nicht eine eigene Verteidigungsinitiative startet, abgehoben von der amerianischen SDI.

Diese Darstellung entspricht offenbar nicht den Plänen des Kanzleramts, wo man inzwischen deutlich auf das Ziel einer offiziell ausgehandelten und gesicherten deutschen SDI-Beteiligung zusteuert. Gedacht ist an ein amtliches Rahmenabkommen (ein „Memorandum of Understanding"), das den Firmen größere Verläßlichkeit bei ihrer Kooperation mit amerikanischen SDI-Partnern bieten und in den beiden entscheidenden Fragen der Sicherheitsüberprüfung und der Datenfreigabe offiziell garantierte und mitgetragene Geschäftgrundlagen schaffen würde. Daß die deutsche Industrie einen solchen Rahmen ausdrücklich wünscht, ja, als Kondition ihrer Mitarbeit bei SDI zum Teil geradezu verlangt, wurde auf der vertraulichen Tagung in Köln-Porz überdeutlich.

Aber auch politisch wurde der Beitrag von Seitz auf dem Strategie-Forum vehement zurückgewiesen. Amerikaner wie deutsche Teilnehmer erhoben gewichtige Einwände geben eine Aufspaltung der NATO in „unterschiedliche Bedrohungsräume" (Lothar Domröse). Die „strategische Einheit der Allianz" (Franz-Joseph Schulze) habe Vorrang vor allen anderen Erwägungen. Im Übrigen sei eine Trennung der beiden NATO-Räume nach spezifischen Bedrohungsszenarien auch technisch nicht aufrechtzuerhalten. Die USA sind heute, wie mehrere Teilnehmer des Symposiums hervorhoben, durch die vor ihrer Küste patrouillierenden sowjetischen U-Boote auch im Mittelstreckenbereich bedroht.

Darüberhinaus müssen sie allein wegen ihrer in Europa stationierten Truppen und der „Triade" der NATO-Abschreckung darauf achten, daß schon die untere Stufe – der taktische Bereich – intakt bleibt; eine Konzentration der Abwehrforschung

■ Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Ohne Feuer

FRIEDRICH MEICHSNER

Hat der Mailänder EG-Gipfel den Blick auf eine künftige Europäische Union freigegeben? Einige Teilnehmer der Konferenz im Renaissancekastell der traditionell und ambiental mitteleuropäischsten Stadt Italiens behaupten dies. Sie suggerieren, daß „der Zug nach Europa abgefahren" sei. Solcher Optimismus basiert auf der unbestreitbaren Tatsache, daß auf einem Gipfeltreffen der Zehner-Gemeinschaft, die schon bald zur Zwölfer-Gemeinschaft werden soll, endlich einmal klare Fronten geschaffen worden sind zwischen den sehr unterschiedlich motivierten Gegnern einer institutionellen Weiterentwicklung der Gemeinschaft und den Befürwortern eines „Qualitätssprunges" nach vorn mit dem Fernziel Vereinigte Staaten von Europa.

Ob diese Klärung allein schon ein Fortschritt ist, muß freilich bezweifelt werden. Die Entscheidung, eine Konferenz einzuberufen und ihr eine sehr allgemein formulierte Aufgabe zu stellen, bewegt zunächst noch gar nichts „in Rictung Europa". Sie kann nur den Weg weisen. Und sie kann die Entschlossenheit der von Irland – wenn vielleicht auch nur halbherzig – unterstützten sechs Gründungsmitglieder der EG signalisieren, notfalls auch ohne England, Griechenland und Dänemark den engeren Zusammenschluß zu suchen. Diesen Willen zu bekunden, war angesichts der langjährigen Stagnation des europäischen Einigungsprozesses sicherlich notwendig, wenn es auch mit dem Verzicht auf mögliche Sofortentscheidungen – etwa in der Frage der Begrenzung des Vetorechtes – erkauft werden mußte.

Welche Wirkung dieses in Mailand gesetzte Signal haben wird, bleibt abzuwarten. Fest steht dagegen heute schon, daß weit mehr als die Einberufung einer weiteren Europakonferenz erforderlich ist, wenn die europäische Einigung wirklich vorankommen soll. In Mailand mag in gewisser Hinsicht Klarheit geschaffen worden sein, eine Demonstration europäischer Stärke und europäischen Einheitswillens war auf diesem Gipfel jedoch ganz gewiß nicht erkennbar. Eher wurden einmal mehr europäische Schwäche und europäische Uneinigkeit demonstriert – Dinge also, an denen fürwahr kein Bedarf herrscht.

Neue Europabegeisterung in den zwölf Völkern der Gemeinschaft wird sich daran kaum entzünden lassen. Klarheit ohne Feuer jedoch ist politisch steril.

Neuer Streit um Bindungswirkung der Ostverträge

DW. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, beharrt auf seinem Standpunkt, daß die Ostverträge eine politische Bindungswirkung für künftige deutsch-polnische Grenzen haben. Rühe differenziert zwischen einer Rechtslage, die unbeschädigt erhalten bleiben müsse, und einer „politischen Lage", die dazu zwinge, „politische Vertrauensbildung" zu betreiben, um den Weg zu öffnen für eine Friedenskonferenz.

Rühe erklärte in einem Interview der „Berliner Morgenpost": „Es ist ja nicht damit getan, nur auf den Friedensvertragsvorbehalt hinzuweisen, sondern gerade diejenigen, die es tun, müssen sich fragen lassen, wie man denn dahin kommt." Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der sich gegen die Gedankenführung Rühes gewandt hatte, sprach jetzt auf einem CSU-Bezirksparteitag in Tirschenreuth den Ost-Verträgen Bonns keinerlei Bindungswirkung hinsichtlich einer endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenzen zu.

In dem „Morgenpost"-Interview versuchte Rühe seine Unterscheidung zwischen der rechtlichen und der politischen Lage mit Auszügen aus der Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai zu untermauern. Rühe erinnerte an die Aussage Weizsäckers, daß die widerstreitenden Rechtsinteressen überwölbt werden müßten durch ein Verständigungsgebot. Auch Strauß habe in der Vergangenheit „eine solche Unterscheidung vorgenommen zwischen der rechtlichen und politischen Lage".

Moskau lobt Lafontaines Entscheidung

DW. Moskau

Mit sichtlicher Befriedigung hat die sowjetische Parteizeitung „Prawda" die saarländische Entscheidung über die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst kommentiert. Dies sei ein „mutiger Schritt" der neuen saarländischen Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD), schrieb das sowjetische Parteiorgan. Die Entscheidung gleiche einem „Lichtstrahl in einem dunklen Reich". Damit sei eine erste Bresche in die verfassungswidrige Praxis der „Berufsverbote" geschlagen.

Für die „reaktionären Kreise" in der Bundesrepublik Deutschland sei die Anwendung der „Berufsverbote" ein Mittel zur „Hetzjagd" auf progressive Kräfte und Teilnehmer der Friedensbewegung, hieß es weiter. Die Vertreter dieses reaktionären Blocks forderten eine noch härtere „Inquisition gegen Andersdenkende", obwohl dies nicht nur gegen Gesetze der Bundesrepublik sondern auch gegen die humanitären Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und gegen elementare Menschenrechte verstoße.

Lafontaine hatte am vergangenen Freitag erklärt, das Saarland wolle „totalitären Regimen vorleben, was praktizierte Demokratie heißt". Die Opposition vertrat demgegenüber die Ansicht, die Politik der neuen SDP-Landesregierung in Saarbrücken laufe auf eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für Verfassungsfeinde hinaus. Es könne jetzt der Eindruck entstehen, das Saarland sei „ein gelobtes Land für Extremisten".

Farthmann: Brutreaktor von Kalkar einmotten

SPD-Politiker gegen Betriebsgenehmigung für Schnellen Brüter

DW. Hamburg

Gegen die Betriebsgenehmigung für den Schnellen Brüter in Kalkar hat sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedheim Farthmann, ausgesprochen. Farthmann präzisierte jetzt frühere Erklärungen: Er plädiere nicht für das das Abwracken der Anlage, er halte mehr davon, „sich die Option für später offenzuhalten und den Reaktor einzumotten".

In einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" sagte der frühere Düsseldorfer Arbeitsminister, der für die Genehmigung des Sieben-Milliarden-Mark-Projekts zuständig war, vor 20 Jahren hätten viele Sozialdemokraten in der Kernenergie „eine für die Menschheit notwendige technische Entwicklung" gesehen. Inzwischen seien aber die Risiken und Nachteile vor allem bei der Entsorgung deutlich geworden.

Die Landesregierung habe den Brutreaktor „niemals als unser Kind betrachtet, sondern nur loyal in Auftragsverwaltung für den Bund das Genehmigungsverfahren durchgeführt".

Der Bau des Schnellen Brüters sei seinerzeit vor allem aus forschungspolitischen Gründen befürwortet worden. Wer sich zur Forschungspolitik der öffentlichen Hand bekenne, müsse aber auch den Mut haben zu sagen, daß ein solcher Versuch mißlungen sein kann. Farthmann: „Wir alle müssen in der Lage sein, einen möglicherweise gemeinsamen Irrtum zu erkennen und gemeinsam die Konsequenzen daraus zu ziehen."

Vor der Betriebsgenehmigung stehe voraussichtlich in diesem Jahr die „Einlagerungsgenehmigung" an. Sie sei der entscheidende Schritt, der nicht mehr korrigierbar wäre. Wochenlang würden dann Schwerlaster hochradioaktives Material nach Kalkar bringen. Die Einlagerungsgenehmigung sei auf dem Wege eines einstweiligen Verfahrens von Seiten des Bundes nicht machbar. Er rechne für diesen Fall mit einem Gerichtsstreit, der fünf bis sieben Jahre dauern würde. „Das wäre dann ohnehin der langsame, sanfte Tod des Schnellen Brüters."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Terror-Achse

Von Peter M. Ranke

Die drei schiitischen Geiselgangster aus Libanon wurden in Iran für die Entführung der TWA-Boeing ausgebildet. Außerdem hat das Ayatollah-Regime mindestens 30 Millionen Dollar an radikale Schiiten-Organisationen in Beirut überwiesen. Wenn diese Geheiminformationen des amerikanischen Senators Jesse Helms zutreffen, sind sie ein neuer Beweis für die Existenz der Terror-Achse zwischen Libyen und Iran, während sich Syrien zur Zeit eher zurückhält.

Der enge Vertraute von Ayatollah Khomeini, Parlaments-Präsident Rafsanjani, war kürzlich bei Khadhafi in Tripolis, das er hochgemut und mit einigen Schecks verließ. In Damaskus war dann der Empfang etwas kühler. Rafsanjani erhielt von Khadhafi nicht nur die Zusicherung für die weitere Lieferung sowjetischer Boden-Boden-Raketen vom Modell „Scud", sondern auch die Finanzierungszusage für eine gemeinsame „strategische Allianz".

Die beiden Regime wollen gar eine „Befreiungsarmee" für den Kampf gegen Israel und die Amerikaner in Nahost aufstellen. Der alte Streit um das Verschwinden des Schiitenführers Imam Mussa Sadr, der wahrscheinlich 1978 von Khadhafi ermordet wurde, ist erst einmal vergessen. Der Kampf gegen Israel und die USA steht jetzt im Vordergrund und soll der „Befreiung Jerusalems" dienen.

Kanonenfutter für die „Befreiungsarmee" zum Auslöschungskrieg gegen Israel sollen vor allem die libanesischen Schiiten stellen. Geld und Waffen liefert Khadhafi. Da Irak die einseitige Stellungnahme der Libyer im Golfkrieg zugunsten der Ayatollahs mißbilligt, hat Bagdad die diplomatischen Beziehungen zu Libyen abgebrochen.

Zur Eindämmung der Anschläge seitens der neuen Terror-Achse Libyen–Iran wird auch dem Westen etwas einfallen müssen. Sonst eskalieren die Aktionen von der Flugzeugentführung und der Autobombe bis zu Kriegshandlungen gegen Israel und die USA immer schneller. Das moslemische Beirut ist als Zentrum des „Heiligen Krieges" gegen den Westen erkannt; Teheran und Tripolis kommen hinzu. Auch ein nicht diplomatisch erklärter Krieg ist ein Krieg.

Comeback für Ian Smith

Von Monika Germani

Zimbabwes offizielle Regierungszeitung „Herald" machte am Samstag aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Ihr Leitkommentar zürnte „Betrug". Gemeint war der überraschende Wahlerfolg des politisch längst für tot erklärten Ex-Premiers Ian Smith. Mit seiner von „Rhodesierfront" in „Konservative Allianz" umbenannten Partei gelang es ihm, fünfzehn der zwanzig für Weiße reservierten Parlamentssitze zu erobern.

Auf ein Fähnlein der sieben Aufrechten war seine Vertretung im Abgeordnetenhaus in den letzten Jahren zusammengeschrumpft. Dreizehn Weiße hatten sich zur Zusammenarbeit mit Premier Mugabe bereit erklärt und waren teilweise mit Regierungsämtern belohnt worden. Unzweifelhaft hatte der Premierminister auf eine noch breitere Allianz mit den verbleibenden Weißen im Lande gehofft.

Der Erfolg von Smith ist mehr als eine Charisma-Frage. In wenigen Jahren geht der Minderheitenschutz zu Ende, der den Weißen zwanzig Parlamentssitze garantiert. Mugabe will einen Einparteienstaat, das macht nicht nur die Weißen besorgt; die Alleinpartei soll sich aus Mugabes Maschona-Volk rekrutieren, zu Lasten vor allem der Matabele seines alten Rivalen Joshua Nkomo, aber eben auch der anderen Gruppen. Zeitweise haben breite Kreise der Weißen geglaubt, es werde schon mit Mugabe gehen. Schwindet dies Vertrauen?

Die Weißen haben „offen, schamlos und in gefährlicher Weise die ausgestreckte Hand der Versöhnung verschmäht", heißt es im „Herald" weiter. So ist das nicht. Ian Smith erklärt das Gegenteil: Wir sind zu einer breiten Zusammenarbeit mit Mugabe bereit. Die Weißen haben Ian Smith nicht gewählt, um Mugabe zu sabotieren, sondern weil sie Smith für einen stärkeren Verhandlungspartner halten. Hier sind keine Brücken abgebrochen. Es wäre weise von Mugabe, sie nicht abzubrechen. Die Macht hat er und behält er; nun kommt es darauf an, was er für Zimbabwe daraus macht.

Ende einer Illusion

Von Günter Friedländer

Für Belisario Betancur schlägt die schwerste Stunde seiner Regierung. Die Guerrilleros der „Bewegung 19. April" (M-19) verschwanden vor wenigen Tagen aus den Städten, in denen sie bei Beginn des Waffenstillstandes ihre Zelte aufgeschlagen hatten. Der Präsident betrachtete den Waffenstillstand mit drei aufständischen Bewegungen als seinen größten Erfolg, während die Kritiker dieser Politik vermuteten, der Waffenstillstand solle der Guerrilla nur dazu dienen, Stützpunkte in den Städten zu organisieren, neue Kämpfer anzuwerben und Waffen zu kaufen.

Das scheint sich nun zu bestätigen. Das M-19 gab bekannt, es sei zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt. Das nächste Ziel sei, „befreite Regionen" Kolumbiens zu errichten, offenbar um dort eine Gegenregierung auszurufen. „Das M-19 wird 1987 an der Macht sein", sagte der Sprecher in der Erklärung, die am Tag eines von den Kommunisten ausgerufenen, aber gescheiterten Generalstreiks abgegeben wurde.

Mit der Rückkehr des M-19 in den bewaffneten Kampf, den es eigentlich nie aufgegeben, sondern nur abgeschwächt hatte, begann eine Welle von Attentaten, deren Zahl die Behörden während der letzten drei Tage mit 130 angaben. Ein bevorzugtes Ziel waren Elektrizitätsleitungen, von denen sechs in fünf Departements des Landes betroffen waren.

Die Entwicklung muß politische Konsequenzen haben. Die ersten, nur kargen Äußerungen kommen aus Kreisen der Liberalen Partei, die meinen, daß sie die Regierung aus den Händen der Konservativen zurückerobern müssen, während Betancur erneut die „verwirrten" Rebellen zum „Friedensprozeß" rief. Das Land steht zur gleichen Zeit vor schweren wirtschaftlichen Sorgen, für die der Präsident bisher keine Lösung fand.

Auch im übrigen Lateinamerika wird man Folgen sehen. Allmählich verliert, wer den „Dialog" mit Revolutionären preist, die letzte noch vorhandene Glaubwürdigkeit. Dazu gehört die Contadora-Gruppe, deren markanteste Persönlichkeit Betancur ist. Dem Mißerfolg im eigenen Haus kann keine überzeugende Verhandlung in Mittelamerika mehr folgen, wo überdies Nicaragua soeben die neue Tagesordnung der Gruppe zurückgewiesen hat.



ZEICHNUNG: OHMAN/THE OREGONIAN

Sacharow durchs Guckloch

Von Enno v. Loewenstern

Was ist das für ein Staat, fragte Lew Kopelew erbittert, der einen Mitbürger beobachten läßt „wie ein Tier im Zoo?"

Ja, was wird das für ein Staat sein – ein „Sicherheitspartner", dem man bescheinigt, mit Recht entrüstet zu sein, wenn Präsident Reagan ihn „das Reich des Bösen" nennt; mit Recht „besorgt" zu sein über westliche Raketen.

Der aus der UdSSR emigrierte Schriftsteller Kopelew („Aufbewahren für alle Zeit" und andere Bücher) war vom Deutschen Fernsehen um eine Stellungnahme zu dem Film gebeten worden, den das KGB heimlich, ohne Wissen des Betroffenen, von einer „ärztlichen Untersuchung" Professor Andrej Sacharows gedreht und dann in den Westen geschickt hat, als Beweis dafür, daß Sacharow lebe und gesund sei. Das Deutsche Fernsehen zeigte ihn, mit Recht; ein Lehrstück ist der Film zweifellos.

Die Frage ist nur, in welcher Hinsicht. Kopelews Zorn mag manchen Wohlstandsbürger ebenso verblüfft haben wie die Fernsehmacher selbst, die eben noch in wichtigem Ton mitgeteilt hatten, ein Arzt habe die Fachlichkeit der Untersuchungen bestätigt. Warum nicht, auch Dr. med. Josef Mengele hat sein Handwerk verstanden; aber daran sollte man hier ja eben nicht denken. Man sollte vielmehr den zweiten Hauptdarsteller des Films bestaunen, den immer wieder im Hintergrund auftauchenden Kalender – wiederum: irgendwelche Ähnlichkeiten mit Fotos, die Terroristen von ihren Entführungsopfern mit einer neuen Zeitung in der Hand als datiertes Lebenszeichen versenden, waren gewiß nicht von der Regie beabsichtigt.

So hat denn auch das Deutsche Fernsehen zwar in einem donnernden Abendkommentar derselben Sendung mitgeteilt, daß kein Bürger in Zukunft Ruhe geben dürfe; aber das bezog sich auf ein Erregungsthema aus des linken Spießers Wunderhorn, den Katalysator-Kompromiß, nicht auf den Einsamen von Gorki. Was wollen Sie, Sacharow lebt, ist das nicht genug? Den Rest muß stille Diplomatie besorgen.

Es war Kopelew, der uns nachdrücklich mahnte, daß eben nicht stille Diplomatie den gequälten Menschen im jenem Staat hilft, sondern nur Lärm schlagen. Alarm schlagen. Andrej Sacharow wäre längst tot, wenn es nicht wenigstens einige Stimmen im Westen gäbe, die allen Beschwichtigungsforderungen zum Trotz immer wieder an ihn erinnern. Viele im Sowjetreich Gefangene, leider viel zu wenige, haben buchstäblich am eigenen Leib erfahren, daß eine Erwähnung ihres Namens im Westen schon vierzehn Tage besseres Essen und bessere ärztliche Versorgung bedeutet. Aber dann wird der Westen eben immer wieder müde; Südafrika und Nicaragua sind viel unterhaltsamer, da hat man ja sogar die Kirchen dabei. Und so sterben unzählige Unbekannte, aber was wollen Sie, Sacharow lebt doch!

Ja, er lebt – aber wie. Das Fernsehen selbst, das uns den angeblichen Schnüffelstaat Bundesrepublik immer neu perhorreszierte, nahm überaus gefaßt zur Kenntnis, daß einer der größten und berühmtesten Männer dieses Jahrhunderts, einer seiner wichtigsten Wissenschaftler, ein Märtyrer der Nächstenliebe und der Freiheit zugleich, von einer versteckten Kamera beobachtet wurde „wie ein Tier im Zoo". Als Kopelew ausrief: „Wo bleibt Jelena Bonner?", wurde er sanft darauf hingewiesen, daß Sacharows Frau doch im Bild erschienen sei; der deutsche Moderator hatte einfach nicht verstanden, daß die schwerkranke Frau Bonner in den Westen zu einer fachärztlichen Behandlung will, darum ging es Sacharow vor allem bei seinem letzten Hungerstreik.



Hinten ein Kalender: Sacharow im KGB-Film FOTO: AP

Der Nachrichtengehalt des Films liegt nicht allein darin, daß Sacharow von Ärzten untersucht wird, sondern daß es nicht Ärzte seiner Wahl sind, daß er sich nicht am Ort seiner Wahl befindet und daß er heimlich von Leuten gefilmt wird, die nicht von ihm erwählte Beobachter sind. Aber das ist alles schwer zu verstehen im Wohlfahrtsstaat, wo man jederzeit zum besten Arzt und nachher womöglich noch zu Kur und Nachkur gehen kann.

Wie soll man da die zornige Frage Kopelews verstehen, welches Vertrauen in den Friedenswillen eines Staates gesetzt werden könne, der seine Bürger so behandelt? Da kann ein Entspanner nur entrüstet erwidern: Sacharow ist ein internes Problem; die Vertrauenswürdigkeit sowjetischer Zusicherungen an uns ist etwas anderes, und wenn Reagan sie mit neuen Zahlen zu SALT in Frage stellt oder Bush mitteilt, daß die Sowjets trotz Gorbatschows SS-20-„Moratorium" diese Mittelstreckenraketen weiter aufstellen, dann kann man beide verdächtigen, daß sie damit bloß den Kongreß zu neuen Bewilligungen drängen wollen.

Aber ist Andrej Sacharow wirklich „nur" ein internes Problem? Ist es tatsächlich die Raison des Sowjetstaats, daß er zwar die Menschen im eigenen Bereich wie Tiere im Zoo behandelt – und die in der eigenen Reichweite wie Tiere auf der freien Wildbahn, wenn sie etwa im abgelegenen Afghanistan leben –, daß er aber uns allemal ehrenhaft gegenübertritt? Es gibt Leute, die den KGB-Film so verstehen wollen – was wollen Sie, Sacharow lebt doch.

Es gibt wohl zu wenig andere, die den Film verstehen als die Mitteilung: so behandeln wir einen unserer Besten, weil wir seiner habhaft werden konnten; was glaubt ihr, was euch blüht, wenn wir eurer habhaft werden! „Aufbewahren für alle Zeit"? Wir sind zu einem vierzigjährigen Jubiläum gefragt worden, ob wir die Züge in den Osten wirklich nicht gesehen haben; der Einwand lautet stets: aber die waren doch geheim. Heute sind die Dinge jedenfalls nicht mehr geheim. Heute ist es keine Frage des Sehens mehr, sondern des Wegsehens.

IM GESPRÄCH Ariel Merari

Die paranoiden Mörder

Von Rolf Tophoven



Forscher in Sachen Terrorismus: Merari FOTO: IPPA

Sein Gebiet ist ein „Terror-Computer" – seit 1979 füttert der 45jährige israelische Wissenschaftler Ariel Merari von der Universität Tel Aviv mit einem Team junger Assistenten die Datenbank im Jaffe Center for Strategic Studies mit Einzelheiten zu diesem Thema.

Was die Rand Corporation in Kalifornien macht, machen in Tel Aviv Merari und seine Mitarbeiter: Sie etablieren sich als Denkfabrik für alle Fragen des Terrorismus. Merari wirkt äußerlich smart, seine sonore Stimme verleiht seinen Sätzen Gewicht. Er promovierte in Psychologie an der Berkeley-Universität in Kalifornien. Jetzt in Israel pendelt er zwischen der Arbeit am Computer im Center für Strategische Studien und seinen Vorlesungen an der Psychologischen Fakultät der Universität Tel Aviv hin und her.

Am Abend hockt der Forscher oft bis spät in die Nacht unter der holzgetäfelten Decke seines Arbeitszimmers in seinem Einfamilienhaus in einer Vorstadt von Tel Aviv. Dann arbeitet Ariel Merari an psychologischen Studien und Programmen für die israelische Armee. Einst diente er in ihr als Offizier. Seine Frau und die beiden Kinder stört diese viele Arbeit natürlich ein wenig.

Ariel Meraris jüngstes Forschungsprojekt sind die Schiiten und ihr Terrorismus. Als Psychologe interessieren ihn besonders Terroristen mit hoher Risikobereitschaft. Eine seiner Thesen zu diesem Komplex: „Manche von ihnen sind depressiv, andere paranoid und einige selbstmörderisch." Über die Rolle der Sowjetunion im Umfeld des Terrorismus vertritt Merari die These: Für die Sowjets ist die Unterstützung des Terrors eine Art Ersatzkrieg, um andere Staaten zu destabilisieren.

Weitere Forschungsprojekte sind eine Studie über „Westeuropäische Regierungen und ihre Haltung zum Terrorismus", „Der armenische Terrorismus" sowie „Der Terror der PLO". Merari ist ein Verfechter interdisziplinärer Erforschung des Terrors: „Dazu gehören der politische, psychologische, soziologische und militärische Aspekt".

Lob von seinem Chef, dem früheren Generalmajor Aharon Yariv, dem Leiter des Centers für Strategische Studien, hört Merari oft; er bleibt bescheiden. Aber kaum eine große internationale Veranstaltung zum Thema Terrorismus läuft ohne seine Beteiligung – ob in den USA, in der Schweiz oder vor dem Europarat in Straßburg. In dieser Woche ist er selbst Gastgeber, wenn sein Institut zu einer Fachkonferenz über Trends im Weltterrorismus Experten aus aller Welt nach Tel Aviv bittet: „Aktueller könnten wir – leider – kaum sein!".

„Viele Staaten", bemerkt Merari, „haben immer noch nicht begriffen, daß es sich dabei um eine Art Krieg gegen sie handelt." Und um den Wurzeln und Spielarten dieses Krieges weiter auf die Spur zu kommen, füttern Merari und sein Team ihren Computer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

Die britische Wochenzeitung beschäftigt sich mit dem Geiseldrama in Beirut:

Keine noch so große Freude über die versprochene Freilassung der Geiseln darf über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Terrorismus einen Sieg errungen und die internationale Ordnung einen ernsten Rückschlag erlitten hat. Wie groß die Ungerechtigkeit der Deportation von über 700 Schiiten aus Südlibanon durch die Israelis auch gewesen sein mag, die Drohung, 39 unschuldige Passagiere einer Fluggesellschaft zu ermorden, war nicht der richtige Weg der Rechtfertigung. Jedesmal, wenn eine Entführung erfolgreich ist – wie diese jetzt zu sein scheint – ist dies eine Abfuhr für die Zivilisation, und die Kräfte der Barbarei erleben noch mehr Höhenflüge.

Eßlinger Zeitung

Sie meint zum Abgas-Kompromiß:

Es macht nun wenig Sinn, über Fehler seitens der Bundesregierung weiter zu rechten. Das Ziel muß sein, den nationalen Spielraum für umweltgerechte Maßnahmen im Automobilbereich so weit als irgendmöglich auszunutzen. Der Sprecher einer Autofirma brachte dies gestern auf den Punkt, als er sagte, es sei ja nicht verboten, Grenzwerte überzuerfüllen.



Bild

Das Massenblatt kommentiert den Katalysator:

Es war geradezu peinlich, wie sich die Opposition gestern während Zimmermanns Bericht über den Katy-Kompromiß benahm: Mit Lachen und Zwischenrufen zeigte sie, daß sie den Katybeschluß der EG ablehnt. Die SPD muß ja nicht gerade jubeln; dazu besteht kein Anlaß. Der Kompromiß erfüllt nicht alle Wünsche. Aber er ist wenigstens etwas. Die SPD tut so, als hätte Zimmermann die anderen EG-Partner auf die deutsche Linie prügeln können. Die meisten EG-Länder wollten überhaupt nichts für eine bessere Luft tun. So gesehen, hat Zimmermann eine ganze Menge erreicht.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt bemerkt zum Demonstrationsrecht:

Wie die Maskierten, Vermummten, mit Schlagwaffen und Wurfgeschossen ausgerüsteten Gewalttäter, die seit langem durch die Lande ziehen, auf die Androhung von Strafe reagieren werden, bleibt abzuwarten. Der Erfolg, den sich die Verbots-Befürworter vom geänderten Gesetz versprechen, hängt wesentlich vom Verhalten der Polizei ab. Ihr hat der Gesetzgeber eine Menge Verantwortung aufgeladen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie lehnt das neue Demonstrationsstrafrecht ab:

Die Abgeordneten der Koalition, insbesondere die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion, können am Freitag eigentlich nur mit einem schlechten Gewissen in die Parlamentsferien gefahren sein. Das neue Demonstrationsstrafrecht, das als letzte Tagesordnung vor der Sommerpause verabschiedet wurde, ist ein Skandal. Das gilt nicht nur für seinen Inhalt, sondern auch für die Art und Weise, wie es durch den Bundestag gepeitscht wurde.

Von der Fähigkeit zu befrieden

Richard von Weizsäckers erstes Jahr im Amt / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Richard von Weizsäcker meint, für eine Zwischenbilanz seiner Bundespräsidentschaft sei es noch zu früh. Da hat er gewiß Recht. Gleichwohl nutzen die Medien gern den Einjahrestag seiner Amtsübernahme, um die Zwischenbilanz zu ziehen. Darüber, daß wir einen Bundespräsidenten von außergewöhnlicher Ausstrahlung haben, besteht Einigkeit. Vor allem werden die Reden, die er auf dem evangelischen Kirchentag in Düsseldorf und vorher zum 8. Mai gehalten hat, wie auch der Stil seines Auftretens im Ausland gewürdigt.

Worauf es ihm ankommt, hat von Weizsäcker in einem Gespräch mit der „WELT am Sonntag" ohne Umschweife gesagt. Er weiß, daß die Bürger gegensätzliche Interessen, Meinungen und unterschiedliche Weltanschauungen haben; dennoch wissen sie alle, daß „sie innerhalb unseres Gemeinwesens in einem Boot sitzen. Bei allem Zwist gibt es also die Basis für ein Miteinander". Der Bundespräsident verwendet seine ganze Beredsamkeit darauf, durch Standortbestimmung und Orientierung, nicht zuletzt auch durch geschichtliche Perspektiven, dem Miteinander den Boden zu bereiten. Auf diese Weise erfüllt er die vornehmste Aufgabe des Staatsoberhauptes, integrierende Kraft zu entfalten.

Wenn Richard von Weizsäcker seine Aufgabe so versteht, dann liegt es in der Natur der Sache, daß er Aussagen zu machen trachtet, in die sich Menschen unterschiedlichster geistiger und politischer Façon eingebunden fühlen können. Solche Aussagen sind zwangsläufig deutungsfähig. Das ist das Wagnis des Bundespräsidenten, folglich auch sein Risiko.

Gewiß braucht ihn niemand in Schutz zu nehmen, wenn seine Rede zum 8. Mai von orthodox-sozialistischer Seite als „Angebot an die bundesdeutsche Nation" interpretiert wird. Wer ihn als Spalter der einen deutschen Nation hinstellen will, unterschiebt ihm dummdreist die Rolle Honeckers. Schon das Wort „bundesdeutsch" würde Richard von Weizsäcker nicht in den Mund nehmen. Doch es hat subtilere Versuche gegeben, den Bundespräsidenten zur Legitimierung eines parteiischen Standpunkts in Anspruch zu nehmen.

So hatte Bundesaußenminister Genscher die beiden erwähnten Reden des Bundespräsidenten solcherart gedeutet, als enthielten sie „etwas, was eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik ist", und der ehrwürdige Professor Theodor Eschenburg schrieb, in dieser Formulierung könne sich Genscher zu Recht auf die Reden des Bundespräsidenten berufen. Nur: Darum geht es gar nicht. Wichtig ist allein, ob der Eindruck entstanden ist, das Staatsoberhaupt werde in die aktuellen politischen Streitigkeiten hineingezogen.

Offenbar hatte Richard von Weizsäcker diesen Eindruck. Getreu seinem überparteilichen Amt ließ er genügend Zeit verstreichen, um jeden unmittelbaren Bezug zu vermeiden; aber er stellte klar, er habe nicht „richtungsweisend für die deutsche Politik" gesprochen: „Ich bin bei den Auseinandersetzungen, die es zwischen den politischen Lagern gibt, nicht engagiert und äußere mich dazu nicht". Punktum.

Bedauernd meinte der Bundespräsident, es komme immer wieder vor, daß Politiker versuchten, ihre eigene Position zu verbessern, indem sie „auf diese oder jene Persönlichkeit" verweisen. Dazu sagte er in der „WELT am Sonntag": „Für einen Bundespräsidenten, und zwar für jeden, kann es in einem solchen Fall nur Grund zur Beunruhigung geben, wenn er sich sagen müßte, er habe einseitig Stellung genommen". Doch das habe er noch nie getan.

Wie jeder andere, so wird auch Genscher zur Kenntnis nehmen, daß der Bundespräsident kühl bis ans Herz die klassische Distanz zwischen das höchste Staatsamt und die Strudel der Tagespolitik gelegt hat. Er läßt sich von niemandem parteiisch in Anspruch nehmen. Vielleicht hatte Genscher seiner Außenpolitik die gleiche überparteiliche Staatsräson zumessen wollen, die für das Staatsoberhaupt selbstverständlich ist. Aber das wäre vor vornherein ein untauglicher Versuch gewesen.

Gerade jene, die begeistert die Aussagekraft und Popularität dieses Bundespräsidenten rühmen, sollten sorgsam darauf achten, nicht das zu zerstören, was von Weizsäcker erreichen will: Er will integrieren und nicht den Streit schüren. Wer ihn in den Streit hineinzieht, leistet ihm einen Bärendienst. Der zerstört gerade diesem Bundespräsidenten die Möglichkeiten befriedender Wirkung, zu der Richard von Weizsäcker wie kaum ein anderer befähigt ist.

Stockend setzt der Europa-Zug seine Fahrt fort

Die Augen der EG-Partner waren – nach dem Getreidepreisveto und anderen Querelen – beim Mailänder Gipfel auf die Deutschen gerichtet. Kohl und Genscher wußten dies: Die vermeintlichen Bremser bemühten sich, wieder Lokführer zu werden.

Von BERNT CONRAD

Am Anfang stand ein Schwur: Helmut Kohl wollte in Mailand durch den Qualm europäischer Phrasen hindurchstoßen und die Stunde der Wahrheit einläuten. Daß daraus nicht etwa das Totenglöckchen einer europäischen „Begräbniskonferenz" werden könnte, wollte Formulierungskünstler Hans-Dietrich Genscher verhindern.

Beide kämpften im Renaissance-Gemäuer des Castello Sforzesco mit dem Rücken zur Wand. Denn ihnen haftete, ob zu Recht oder Unrecht, unter den EG-Partnern seit dem Getreidepreis-Veto Ignaz Kiechles und anderer scheinbar schlüssiger Symptome der Verdacht an, Europa-müde *oder gar Europas überdrüssig* geworden zu sein. Zwar beteuerte der innen- und parteipolitisch in letzter Zeit arg gebeutelte Kanzler schon vor dem Aufgalopp in der lombardischen Industrie- und Handelsmetropole: „Es gibt bei mir keinen Defätismus und keine Entmutigung in Sachen europäischer Integration." Aber die anderen Gipfel-Kollegen wollten Beweise sehen.

Was die Glocken betraf, so läuteten sie in der zum Musikalienmuseum umgestalteten Mailänder Trutzburg zunächst einmal lediglich zum Mittag- und Abendessen. Die Diskussionen liefen höchst zähflüssig an. Man kennt das von zahllosen Europa-Gipfeln: Der Beginn ist immer dem einschläfernden Ritual von Statements gewidmet, die mehr der eigenen Befriedigung als dem Dialog mit den Partnern dienen. So auch am Freitag unter der stechenden Sonne der Po-Ebene.

Fortschritte für Europa wollten sie alle. Doch wieviel schlau berechnete Taktik, wieviel Tarnung und wieviel echter Enthusiasmus standen hinter den Worten? Wer war wirklich bereit, das auf Sand gelaufene Europa-Schiff hinaus auf die freie See zu den fernen Gestaden der politischen Union zu steuern? Genau das wollte der Kanzler feststellen. Klarheit über die Absichten jedes EG-Mitgliedes – daran ließ Kohl in nächtlicher Runde im Hotel Palace keinen Zweifel – war ihm mindestens ebenso wichtig, wie die Einberufung einer Regierungskonferenz mit dem unzweideutigen Mandat weiterer Integration.

Die Wende begann am Samstagmorgen in Genschers Badezimmer. Hier gebar der Bundesaußenminister unter dem Rauschen der Wasserleitung sozusagen als Ergänzung zum vielzitierten „Dooge-Bericht" den „Dusch-Plan". Genauer gesagt: Der zwar geographisch unstete aber taktisch überaus geduldige Genscher geriet *unversehens in gewaltigen Zorn*, als er sich nach endlosem nächtlichen Tauziehen in früher Morgenstunde vor Augen führte, welche vagen, nichtssagenden Formeln, verpackt in eine neunseitige Beschlußempfehlung der italienischen Präsidentschaft und einen auch nicht viel besseren Vorschlag von Experten, die Regierungschefs und Außenminister den ganzen Samstag über beschäftigen würden.

Da kam Genscher die Idee, endlich einmal die üblichen Formeln beiseite *zu lassen, die Gipfelkollegen mit harschen* Maximalforderungen zu konfrontieren. Schnell rief er eine Sekretärin herbei und diktierte ihr in zehn Minuten ein Papier, das ohne Umschweife feststellte: „Die Europäische Union beginnt. Die Mitgliedsstaaten werden über die Ausgestaltung der Union einen Vertrag schließen." Es folgte Zeile für Zeile all das, was sich Kohl und Genscher – den auch in Bonn hörbaren Unkereien über Europamüdigkeit zum Trotz – an *Fortschritten für Mailand* vorgestellt hatten.

Es war ein unrealistischer Text. Denn *niemals* würden *alle* Partner so weit gehen. Das wußte auch der Kanzler, als ihm sein Außenminister den *Entwurf* ins *Hotelzimmer* brachte. Aber der Pfälzer erkannte sofort die Chancen des undiplomatischen Papiers: Es würde nicht nur die Partner zwingen, Farbe zu bekennen, sondern es konnte darüber hinaus die Bonner von ihrer Ausgangsposition an der Wand mit einem Schlag in den Mittelpunkt des Geschehens transportieren.

Also trug Kohl den Text beim traditionellen Frühstück mit François Mitterrand vor und gewann dessen grundsätzliche Zustimmung. Auch Tagungsleiter Bettino Craxi wurde gewonnen.

Dann begann die Redeschlacht in der von gewaltigen Mauern und Türmen umgebenen und von einem riesigen Polizeiaufgebot beschützten Sforza-Burg. Während Kohls Blick über die in der Mitte des Konferenztisches in einem Bassin schwimmenden Seerosen schweifte, formulierte er den langersehnten Satz: „Die Stunde *der Wahrheit ist gekommen.*" Bonn habe seine Vorstellungen ohne



Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher: Sie kämpften mit dem Rücken zur Wand. FOTO: DPA

Umschweife präsentiert. Jetzt müßten auch die anderen Partner offen bekennen, wie sie wirklich zu einer Weiterentwicklung Europas stünden.

Und die Stunde kam. Es wurde tatsächlich Klartext geredet. Einer nach dem anderen ergriffen die Regierungschefs der sechs EG-Gründungsstaaten (neben der Bundesrepublik: Frankreich, Italien, Holland, *Belgien und Luxemburg) das* Wort, applaudierten den Deutschen und bejahten eine Regierungskonferenz für die Europäische Union. Auf einmal hatte sich das Thema gänzlich verändert: Kohl und Genscher standen plötzlich als Vorreiter da, hinter denen sich die integrationswilligen Partner gruppierten.

Vergessen war der noch am Vortag verbreitete Ärger über die viel zu späte Zustellung des deutsch-französischen Vertragsentwurfs über den Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ). Man wollte vorankommen und war heilfroh, daß sich die Bonner nicht als Bremser nach Kiechles Beispiel betätigten, sondern sich wie in alten Zeiten als *„Speerspitze" (Originalton Kohl)* betrachteten.

Der Grieche Andreas Papandreou sah das weniger gern. Er polterte gegen Änderungen der EG-Verträge und ließ, wie immer, die Frage mit*schwingen, was denn für sein Land* aus der Mailänder Debatte herausspringen könne. Die sämtlichen europäischen Verfassungsplänen abholde Britin Margaret Thatcher spielte ihren Part eleganter. Ihr Kredo lautete: *Man sollte jetzt sofort etwas für Europa* tun, und zwar pragmatisch, und nicht kostbare Zeit durch überflüssige Konferenzen und Verfassungsänderungen verschwenden. Der durch eine ihm unfreundlich gesonnene Parlamentsmehrheit als dritter in den Bund der Neinsager gedrängte Däne Poul Schlüter argumentierte nobel und fair. Der Ire Garrett Fitzgerald ließ vorsichtige Zustimmung erkennen.

Doch der Streit blieb nicht gedämpft. Zeitweise übertönten laute Stimmen das Dröhnen des über dem Castell kreisenden Hubschraubers. Daß die Wellen der Emotion dennoch nicht überbordeten, war im wesentlichen der geduldigen Verhandlungsleitung des italienischen Gastgebers Craxi zu verdanken. „Mit der Freundlichkeit einer fürsorglichen Mutter redete er *auf* die *Diskutanten ein*", berichtete Kohl anerkennend.

Am Ende allerdings kam dann doch nicht soviel aus der „Stunde der Wahrheit" heraus, wie mancher gehofft hatte. Immer neue Texte flatterten auf den Verhandlungstisch und wurden geändert und ergänzt. Schließlich stand fest: Aufgrund der *vorhandenen Mehrheit* würde *Craxi* die erstrebte Regierungskonferenz einberufen. Thatcher, Papandreou und Schlüter mußten sehen, wo sie blieben. Das schriftliche Mandat dafür aber ließ manchen Wunsch offen. *Von Genschers markigem Papier war* nicht viel übriggeblieben.

Trotzdem wirkte der Kanzler zufrieden, ja geradezu aufgekratzt, als er um 21.00 Uhr vor den in einem engen Raum zusammengepreßt wartenden *deutschen Korrespondenten* Bilanz zog. „Der Europa-Zug", so verkündete er strahlend, „ist in Bewegung gesetzt. Wir sind an einem Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt."

Hinweise auf die Unzulänglichkeit der Abschlußerklärung zog Kohl unwillig beiseite. Viel schwerer wog für ihn das Erfolgserlebnis, alle Partner zu einer klaren Aussage veranlaßt zu haben. „Sieben zu drei für die Europäische Union", lautete seine Prognose für den weiteren Lauf der Dinge. „Und nach dem formellen Beitritt Spaniens und Portugals ab 1. Januar *1986* wird die *Mehrheit* auf neun zu drei anwachsen." Aus Kohls Worten schimmerte der Wille, notfalls auch *ohne die Briten, Griechen und Dänen* zu neuen europäischen Ufern aufzubrechen.

Als die Luftwaffenmaschine Kohls kurz vor Mitternacht von Mailand abhob, flog ein offensichtlich in seinem *Selbstbewußtsein gestärkter* Kanzler nach Bonn zurück.

Die Krönungsmesse verzauberte den Petersdom

Von CONSTANTIN HARTMANN

Während der vergangenen siebzig Jahre war es auf Grund eines päpstlichen Dekretes großen Sinfonieorchestern nicht gestattet, im größten Dom der Christenheit, im Petersdom, zu musizieren. Das sakrale Geschehen und die Andacht der Gläubigen sollten *ausschließlich im Mittelpunkt stehen.*

Zum katholischen Hochfest von St. Peter und Paul hob Papst Johannes Paul II. dieses Verbot seiner Vorgänger auf. Er erfüllte damit gleichzeitig einen langjährigen Wunsch des Ka*tholiken Herbert von Karajan*, der Mozarts 1779 komponierte Krönungsmesse zusammen mit den Wiener Philharmonikern, dem Wiener Singverein und den Solisten Kathleen Battle, Trudeliese Schmidt, Gösta Wynbergh und Feruccio Forlanetto darbot.

Das Pontifikalamt, das der Papst zusammen mit elf neuernannten Erzbischöfen zelebrierte, erlebten etwa 10 000 geladene Gäste im Petersdom und zahllose Fernsehzuschauer aus der ganzen Welt live mit. Mehr als 100 000 hatten sich beim Vatikan um eine Einladung bemüht.

Einer jahrhundertealten Tradition gemäß war die Bronzestatue des Heiligen Petrus mit einem alten, prächtigen Brokatgewand und einer goldenen, edelsteinbesetzten Tiara geschmückt, sein Grab zierte üppiger Blumenschmuck. Die würdevoll andächtige und warmherzige Ausstrahlung des Papstes waren der beherrschende Eindruck der Messe.

Die neuernannten Erzbischöfe erhielten vom Papst die Insignien ihres hohen Amtes. Kinder aller fünf Erdteile überreichten dem Papst Opfergaben und *Geschenke* ihrer *Heimat*, die Fürbitten wurden in allen Weltsprachen gehalten.

Die musikalische Umrahmung des Hochamtes hatte mit den altbekannten akustischen Problemen des Pe*tersdoms zu kämpfen. Gleichwohl* verzauberte die Musik des Freimaurers Mozart die Gläubigen. Der Dirigent sparte dabei nicht mit ausdrucksstarken Gesten.

Die Aufführung hielt sich streng an die Aufteilung des Messekanons: Kyrie, Gloria, Credo, Sanctus und Agnus Dei. Instrumentalisten der Sixtinischen Kapelle und der Päpstliche Chor führten die anderen Teile des Meßritus aus, der insgesamt mehr als zwei Stunden dauerte.

Nach der *Messe dankte* der Papst spontan Herbert von Karajan für seine musikalische Assistenz mit herzlichen Worten. *Zwei Jahre zuvor hatte* der Papst nach einem familiären Hauskonzert in Castel Gandolfo dem *weltberühmten* Geiger *und Dirigenten* Yehudi Menuhin in gleicher Weise für sein musikalisches Geschenk gedankt und betont, daß unter allen Künsten wohl die Musik am besten in der Lage sei, harmonischen und friedlichen Dialog zwischen den unterschiedlichsten Menschen zu schaffen.

Die Stadt des Jahres 2000 steht zu 90 Prozent

Abkehr von der Trabantenstadt, vom Schulzentrum, von der Großklinik und vom Supermarkt auf der Wiese. „Maßvolle Verdichtung" und Ausnutzung von Baulücken in der Innenstadt heißt die Devise.

Von EBERHARD NITSCHKE

Rund *2,6 Milliarden Mark* werden für Stadt- und Dorfsanierungsmaßnahmen frei werden, *wenn die Bundesregierung getreu* ihrem Koalitionsbeschluß zur Stützung der Baukonjunktur eine Milliarde Mark dafür ausgibt, und damit die prozentualen Anteile von Ländern und Gemeinden auslöst.

„Vor dem Hintergrund allgemein *feststellbarer* Orientierungslosigkeit in Städtebau und Architektur", so der Beigeordnete der Stadt Köln, Rüdiger Göb, hielt das Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Teilnahme namhafter Architekten und Stadtplaner ein Diskussionsforum „Leitbild Stadt" im Stuttgarter Schloß ab. Fazit: Die Stadt des Jahres 2000 steht überall schon zu 90 Prozent, der Rest ist filigrane Kleinarbeit ohne großen Flächenverbrauch „draußen", die Trabantenstadt kann man vergessen.

Jetzt, wo alle Städte Wanderungsverluste haben, sollen nach verschiedenen Modellen die einzelnen Quartiere *umsorgt werden. Von „kleinräumiger* Erneuerung" war in Stuttgart die Rede, von „Verbesserung der Umfeldqualität", von „Brachfallen von Wohnungen" oder „städtebaulicher Planung von Schrumpfungsprozessen". Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider in der Stuttgarter Veranstaltung: „Die ökologische Revitalisierung von Städten und Gemeinden ist vergleichbar mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg."

Abkehr also vom „Schulzentrum", von der „Großklinik", vom Supermarkt auf der grünen Wiese und von der so lange hochgepriesenen monu*mentalen Zentralverwaltung*. Den größten Beifall erhielt von den in Stuttgart versammelten Experten der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, als er die endliche Zusammenarbeit von Verkehrs-, Wohnungs- und Stadtplanern forderte, weil sich die Nachteile abgegrenzten Arbeitens auf diesen Feldern überall zeigten. Kein Wunder, wenn der Raumordnungsbericht 1982 feststellte, daß bereits in den 70er Jahren täglich eine Fläche von 113 Hektar Land für neue Siedlungszwecke in Anspruch genommen wurde. Schneider: „Der Verbrauch hat sich seither kaum vermindert." Jetzt *aber will man sich auf die „Baulücke"* konzentrieren, auf die „maßvolle Verdichtung locker besiedelter Bereiche", auf die „Umnutzung brachliegender Flächen und Gebäude".

Was sagen die Architekten dazu? Die Trabantenstadt war für sie in den *letzten Jahren* schon vielfach Ersatz für die große innerstädtische Aufgabe. Der Architekt Professor Oswald Mathias Ungers, der zur Zeit unter anderem das als Struktur aufregende Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven baut, stellte in Stuttgart in einem Vortrag seine Ideen für ein künftiges Berlin vor. Sein Plan ist „das Städte-Archipel Berlin", *in dem die* „deutlich identifizierbaren Inseln", die „Stadt in der *Stadt*" *Schwerpunkte* des *Ausbaus* werden sollen. Die Rechtfertigung für solchen Ausbau holt Ungers aus der Tatsache, daß bisher noch jede Generation mit ihrem für kurze Zeit gültigen „Leitplan" der nächsten Generation ein „Puzzle", eine Ansammlung von Fragmenten, hinterlassen hat; keine habe ihre Ideen zur Vollendung gebracht. Und er verwies zur Bestätigung *seiner Idee auf das Beispiel* Braunschweig, eine Stadt, die aus vier Städten besteht, deren Physiog*nomie man einzeln herausarbeiten* müsse.

Zwar hatten die Teilnehmer an dem Stuttgarter Treffen, auf dessen Auswirkungen man große Hoffnungen setzt, eine durchaus verschiedene Meinung von den Segnungen des *Denkmalschutzes* (der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hat da schon „Inflationierung" festgestellt), aber Professor Heinrich Klotz vom Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt verteidigte ihn nachhaltig. Erst durch den Denkmalschutz nämlich, stellte er fest, kam jene heute so gesuchte und wieder geförderte „Kleinteiligkeit" beim Städtebau ins Gespräch. Jetzt beschäftigte man sich, unter den Einfluß von Stadtteilinitiativen, mit der „filigranen Konstruktion der Einzelfälle". Klotz warnte: „Wir müssen die staatliche Förderung auf die Reparatur der Substanz des 20. Jahrhunderts in den *Städten konzentrieren, wenn wir* nicht bald auf eine Abbruchwelle zugehen wollen."

Als Praktiker wies Professor Hardt-Waltherr Hämer von der Internationalen Bauausstellung in Berlin darauf hin, daß man nach holländischem *Beispiel für das, was man jetzt* im Städtebau wolle, ein Beispiel herstellen müsse, praktisch als Pilgerstätte für Stadtväter. Und er erinnerte daran, daß es in Israel Stadtausbaupläne gebe, die nur dann staatlich gefördert würden, wenn vorher eine Abstimmung mit den Einwohnern der Kommune durchgeführt wurde. Ob nun die Summe der Einzelinteres*sen auch das Gemeininteresse wider*spiegelt, darauf wollte man sich in Stuttgart so recht nicht einigen.

Was bei Äußerungen von so viel ausgeprägt eigenständigen Individualisten bleibt, ist die von Professor Bruno Fritsch (Technische Hochschule *Zürich*) betonte *Tatsache, daß* im Jahre 2010 der größte Teil der Menschheit in Städten über 500 000 Einwohner leben wird. Bisher sei alles, was in solchen Agglomerationen stattfinde, auf die technischen Erfordernisse hin konzipiert worden, das auf den Menschen hin Geplante sei im Hintergrund geblieben. Im Wechsel der Prioritäten sieht Fritsch die *monumentale Wende.*

Die wurde in ihrer Problematik bei einer mehr auf die Idee projektierten Veranstaltung mehr in Beiträgen geliefert, wie sie Professor Albert Speer (Universität Kaiserslautern) auf den Tisch legte. Nach einer Untersuchung des Kommunalverbandes *Ruhr* liegen, so der Architekt, schon heute in dieser Region von rund 16 000 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen etwa 6 000 Hektar brach – das sind 30 Prozent. Was soll damit geschehen? Kein Wunder, daß Oberbürgermeister Rommel zum Ende des Stuttgarter Treffens ein berühmtes Zitat aus dem Berner Großrat brachte: „Es wäre noch viel zu sagen, wenn man nur wüßte, was."

Steuervorteile für abgasarme Personenwagen

HH, Bonn

Abgasarme Personenwagen, die lediglich die am Freitag in Luxemburg vereinbarte schwächere EG-Norm erfüllen, sollen in der Bundesrepublik offenbar steuerlich genauso gefördert werden wie Fahrzeuge, die den strengen US-Abgasnormen (90 Prozent Schadstoffminderung) genügen. Das ergibt sich jedenfalls aus dem gegenwärtigen Verhandlungsstand im Bundesrat. Dessen Verkehrs- und Innenausschuß haben nämlich der Ländervertretung für die Sitzung am kommenden Freitag empfohlen, der 11. und 12. Verordnug zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, wie im Entwurf vorgesehen, zuzustimmen. Nach diesem Entwurf soll ein die EG-Norm erfüllendes Fahrzeug als schadstoffarm eingestuft werden (WELT v. 29. Juni).

Da die Grenzwerte der EG-Norm zumindest in einem Teil der Mittelklassefahrzeuge, also bei 1400 bis 1700 oder 1800 Kubikzentimeter Hubraum nach Meinung von Fachleuten auch ohne Katalysatoreinbau zu erfüllen sind, würde dies de facto auch eine wirtschaftliche Benachteiligung des Fahrzeugs mit Katalysator zugunsten solcher Fahrzeuge bedeuten, die mit billigeren Verfahren zur Schadstoffminderung auskommen.

Hessische SPD stärkt Börner den Rücken

Sonderparteitag billigt Zusammenarbeit mit den Grünen

D. GURATZSCH, Friedberg

Die hessische SPD hat mit überwältigender Mehrheit Holger Börners Politik des „Gegengewichts zu Bonn" und der Zusammenarbeit mit den Grünen gebilligt. Auf einem Sonderparteitag in Friedberg stimmten am Sonntag nur zehn von 233 Delegierten gegen einen Antrag des Landesvorstands, in dem es heißt, es gebe „keine glaubwürdige Alternative zu einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in Hessen". Unter den Gegenstimmen war auch die des früheren Finanzministers Heribert Reitz. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

In dem verabschiedeten Antrag halten sich die Sozialdemokraten ausdrücklich eine Koalition mit den Grünen offen, erklären es aber für „sachlich notwendig", zur „Umsetzung und finanziellen Absicherung der vereinbarten Reformpolitik" einen Doppelhaushalt 1986/87 zu verabschieden. Diese Bedingung für eine Koalition mit der SPD hatten die Grünen auf einer Landesmitgliederversammlung vor drei Wochen in Niedernhausen zwar abgelehnt. Unmittelbar vor dem SPD-Parteitag hatte die grüne Landtagsgruppe jedoch überraschend von einem „uneingeschränkten" Koalitionsangebot an die SPD gesprochen. Anzahl der Ministerien und formeller Rahmen sollten in Verhandlungen entschieden werden.

In Friedberg bekräftigte seinerseits der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Börner, er halte eine Koalition „für die bessere Lösung". Er schließe auch nicht aus, daß die Diskussion über eine mögliche Koalition mit den Grünen im Herbst weitergehe. Die Zusammenarbeit mit den Grünen halte er für notwendig, „um Arbeitnehmerinteressen in Hessen und gegen Bonn optimal vertreten zu können".

Börner bettete seine Ausführungen vor den Delegierten in ein strategisches Szenario, das er als „historisch neue Phase unserer Politik" umschrieb. Der SPD seien zehn bis 15 Jahrgänge der nachwachsenden Generation verlorengegangen. Sie müsse „neue soziale Strömungen" in sich aufnehmen und insbesondere auch eine „neue Mittelschicht" gewinnen, wie sie sich zum Beispiel um das moderne Dienstleistungszentrum des Rhein-Main-Gebietes entwickelt habe. Gerade den Angestellten des Dienstleistungssektors stünden jedoch noch gravierende Auswirkungen der technologischen Revolution bevor, die bis zu 400 000 Arbeitsplätze kosten könnten. Die SPD dürfe dem nicht tatenlos zusehen. Als „neuer Politikansatz" solle deshalb insbesondere die „ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft" gefördert werden, in der „das große beschäftigungspolitische Potential der Zukunft" liege.

In der Aussprache wagte es nur ein einziger Abgeordneter, Börners Positionen offen anzuzweifeln: der Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger. Als Inaugurator des einzigen nach der letzten Kommunalwahl in Hessen zustande gekommenen Bündnisses der SPD mit CDU und FDP im Darmstädter Magistrat und als Kopf des rechten „Darmstädter Kreises" in der SPD hielt der streitbare Sozialdemokrat seinem Landeschef das Beispiel von Johannes Rau entgegen, der in Nordrhein-Westfalen eine „dezidierte Politik" gegen die Grünen vorgeführt habe. Zwischen SPD und Grünen liege eine unüberbrückbare Kluft. Er seinerseits sei nicht bereit, die „Wende" des Ministerpräsidenten Börner gegenüber den Grünen seit 1982 mitzumachen und wolle statt dessen mit seiner Politik dem „Vertrauensschwund in der Bevölkerung" entgegenwirken.

Mailänder Europagipfel demonstrierte Uneinigkeit

Stunde der Wahrheit dauert an

WILHELM HADLER, Mailand

Der Mailänder Europagipfel hat nochmals die Uneinigkeit der EG-Partner über die künftige Entwicklung der Gemeinschaft demonstriert. Um so schwerer fand Gastgeber Bettino Craxi am Ende mit seiner Darstellung Glauben, die Beratungen der Staats- und Regierungschefs hätten einen „bedeutenden Fortschritt" gebracht.

Nicht nur der italienische Ministerpräsident schien indes mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden zu sein, sondern auch Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand. Kohl meinte, er reise von Mailand „mit besserem Gefühl" nach Hause, als er gekommen sei. Dabei lag offen zutage, daß es der Mehrheit des Europäischen Rates nicht gelungen war, die Griechen, Dänen und Briten von der Notwendigkeit vertraglich fixierter Bestimmungen zum weiteren Ausbau der europäischen Zusammenarbeit zu überzeugen.

Der augenscheinliche Widerspruch zwischen den mageren Sachaussagen des Abschlußkommuniques und den eher positiven politischen Bewertungen durch die Mehrheit der Regierungschefs läßt sich nur auflösen, wenn man das langwierige Hin und Her um die Sicherung der Funktionsfähigkeit der EG-Institutionen und um die Schwerpunkte der Reform der Gemeinschaft kennt. Der Mehrheitsbeschluß über die Einberufung einer Regierungskonferenz bedeutet eine klare Entscheidung der sechs Gründerstaaten und Irlands, notfalls auch allein weiter voranzugehen. Die zögernden oder ablehnenden Partner sind damit eindeutig in die Defensive gedrängt worden.

Die Erleichterung, mit der Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Tatsache registrierten, daß sie sich als „ein Stück Speerspitze" (Kohl) bewähren und ein Zurückweichen der ebenfalls auf Vertragsänderung bedachten Partner vor der Entscheidung verhindern konnten, wurde in Mailand deutlich spürbar. Damit ist allerdings noch keineswegs sicher, ob es in absehbarer Zeit auch wirklich zu dem erhofften „qualitativen Sprung" auf dem Wege zur Europäischen Union kommen wird.

Der Ratspräsident hat zwar – wie es in dem Kommunique heißt – „festgestellt, daß die gemäß Artikel 236 des (Römischen) Vertrages für die Einberufung einer derartigen Konferenz erforderliche Mehrheit gegeben ist", jedoch die Aufgabe, die dafür notwendigen „Vorkehrungen" zu treffen, seinem Nachfolger hinterlassen müssen.

Dies bedeutet, daß über dem genauen Arbeitsauftrag der geplanten Konferenz erst Übereinstimmung gefunden werden muß. Die endgültige Entscheidung soll von den Staats-

DIE ● ANALYSE

und Regierungschefs im Dezember in Luxemburg getroffen werden. Noch einmal bietet sich dann also Gelegenheit, den Zug zu verlangsamen oder gar aufzuhalten.

Das Kommunique zitiert als Mittel „zur Herbeiführung konkreter Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union" einen Vertrag über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (auf der Grundlage des deutsch-französischen und des britischen Entwurfes) und die Änderungen des EWG-Vertrages, die zur Verbesserung des Beschlußverfahrens im Rat erforderlich sind sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments und die Erfassung neuer Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft betreffen. Außerdem wurde die Präsidentschaft beauftragt, die in einem Papier des italienischen Vorsitzes enthaltenen übrigen Vorschläge zur Verbesserung des Entscheidungsverfahrens wieder aufzugreifen, den Außenministern zur Beschlußfassung vorzulegen.

Diese Anregungen, die keine Vertragsänderungen nötig machen, sondern lediglich eine Modifikation der Geschäftsordnung des Ministerrates und die politische Bereitschaft zur Rückkehr zu Mehrheitsabstimmungen (beziehungsweise bei vorgeschriebener Einstimmigkeit zur Stimmenthaltung) waren in Mailand am Widerspruch des griechischen Premiers Papandreou gescheitert. Der neue Ratspräsident hat bereits die Absicht zu erkennen gegeben, über diese Fragen ebenfalls mit Mehrheit entscheiden zu lassen.

Sicher ist, daß die britische Regierung sich an den Vorbereitungsarbeiten für eine Regierungskonferenz beteiligen wird, obwohl sie weder eine solche Konferenz noch Änderungen der bestehenden Verträge für nötig hält. Auch die griechische und die dänische Regierung werden wohl nicht auf die Chance verzichten, über die Mandatsdiskussion für die Konferenz Einfluß auf die weitere Entwicklung zu nehmen. Für die britische Regierung bedeutet die Debatte im Grunde nur eine Verzögerung der institutionellen Verbesserungen, die zur Erzielung konkreter Fortschritte bei der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes und einer engeren Zusammenarbeit in Forschung und Technologie notwendig sind.

Margaret Thatcher hat in Mailand allerdings bereits klargestellt, daß alle Konferenzbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müßten. Eine Blockierung der geplanten Vertragsergänzungen durch eine britisches Veto würde also endgültig die Frage nach einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten" stellen. Das letzte Wort darüber ist allerdings noch nicht gesprochen. So warnte auch Frankreichs Außenminister Roland Dumas nach dem Gipfel: „Die Stunde der Wahrheit dauert noch an".

Neuer Streit um Paragraph 218 in der Koalition

hey, Bonn

Zwischen CDU/CSU und FDP droht es zu einer Neuauflage des Streits um den Abtreibungsparagraphen 218 zu kommen. Justizminister Engelhard (FDP) hat allen Versuchen aus der Union, das geltende Recht über den Schwangerschaftsabbruch „direkt oder durch die Hintertür" zu ändern, eine klare Absage erteilt. Derartige Vorstöße würden der Koalitionsvereinbarung von 1983 eindeutig widersprechen.

Der Minister kritisierte insbesondere die von Rheinland-Pfalz angekündigte und „offenbar von der CSU" gewünschte Verfassungsklage, mit der die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen verboten werden soll. Mit dem Bundesland als „Handlungsgehilfen", so Engelhard, solle nun bei den Karlsruher Richtern „das durchgesetzt werden, wofür sich aus gutem Grund im Parlament keine Mehrheit" finde. Er warnte, den nach langjährigen 218-Diskussionen erreichten Rechtsfrieden wieder zu stören und das Vertrauen der Frauen in den Gesetzgeber erneut zu erschüttern.

SPD prophezeit baldiges Tempolimit

dpa, Hamburg

Auf den deutschen Autobahnen wird nach Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Willfried Penner, im Herbst ein Tempolimit eingeführt. Im Süddeutschen Rundfunk sagte Penner gestern, er sei ganz sicher, daß nach den völlig unzureichenden Entscheidungen der europäischen Umweltminister vom vergangenen Freitag der Druck der Tatsachen für ein Tempolimit sorgen werde. Penner kündigte an, daß die SPD-Opposition in diesem Sinne im Bundestag die Initiative ergreifen werde, wenn die Bundesregierung dieses Thema weiter tabuisiere.

Mischnick sieht neue Ansätze bei SPD

hey, Bonn

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, hat bei der SPD Ansätze für ein neuerliches Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgemacht. „Offensichtlich" werde die Abkehr von der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt verfochtenen „ursprünglichen Außen- und Sicherheitspolitik" durch die SPD „langsam wieder revidiert". Mischnick meinte gestern im Deutschlandfunk „vielleicht haben manche in der SPD inzwischen auch erkannt, daß der Weg in eine neutralistische Form wenig Sinn hat, sondern daß die Bindung in das westliche Bündnis Voraussetzung dafür ist, daß man auch eine aktive Ostpolitik treiben kann."

Diese sich bei der SPD abzeichnenden Wandlungen würden „automatisch" wieder zu einer Annäherung an die von der FDP „immer vertretenen" Standpunkte führen, sagte Mischnick.

Zu den Auseinandersetzungen mit der CDU/CSU meinte er, daß es nur in bestimmten Punkten nuancierte und unterschiedliche Betrachtungsweisen gebe. Er verwies dabei ausdrücklich auf CSU-Chef Franz Josef Strauß, der die Weiterentwicklung des Verhältnisses zur Ost-Berlin „sehr positiv" beeinflußt habe.

„Einer, der Power hat und auf die Pauke haut"

Egert neuer SPD-Vorsitzender in Berlin / Knappe Mehrheit

F. DIEDERICHS, Berlin

Wendepunkt, Aufbruch, Erneuerung – diese drei Begriffe prägten am Wochenende den Landesparteitag der Berliner SPD, die den lähmenden Schock des mit 32,4 Prozent schlechtesten Wahlergebnisses seit 1907 mit personellen Konsequenzen zu überwinden trachtet.

Seit dem späten Samstagnachmittag haben die 28 780 eingeschriebenen Genossen an der Spree wieder einen Kopf, dem die knappe Mehrheit der Delegierten eine rasche Reanimation der finanziell wie programmatisch ausgebluteten Partei zutraut: Jürgen Egert (43), politisches Ziehkind von Herbert Wehner, ehemals Unterkassierer der Abteilung 8 Ost Berlin-Charlottenburg, seit 1972 Mitglied des Bundestages und wortgewaltiger Exponent des linken Parteiflügels. Am treffendsten beschrieb wohl der Delegierte Knut Nevermann, einst Mitglied des Apelschen Schattenkabinetts, Wirkung und Wertigkeit des neuen Landesvorsitzenden: „Endlich einer, der noch Power hat und auf die Pauke haut."

132 Delegiertenstimmen konnte der frühere Jungsozialist Egert für sich verbuchen, in dem von Genossen als „Kampfabstimmung" titulierten Wahlgang scheiterte der Mitte-Rechts-Bewerber Nils Diederich, wie Egert Bundestagsabgeordneter, mit 106 Stimmen nach einer rhetorisch wie inhaltlich wenig mitreißenden Selbstdarstellung. Das „Höchstmaß an Geschlossenheit", das vor Beginn des Parteitages Willy Brandt in einem disziplinierend-mahnenden Grußwort („Von Euch wird erwartet, daß Ihr auf unserem Weg zurück in die politische Gesamtverantwortung nicht zurückbleibt") gefordert hatte, erreichte die SPD auf dem Parteitag nicht – zu kontrovers verlief die Aussprache zu den Kandidaten, und eine Mehrheit von 26 Delegiertenstimmen gibt dem neuen Landeschef kaum die Überzeugung, ein geliebtes Wunschkind der Gesamtpartei zu sein.

Was den Nachfolger von Peter Ulrich, der sein Amt gemeinsam mit dem geschäftsführenden Landesvorstand nach dem Wahldebakel zur Verfügung gestellt hatte, für die Rolle eines Vordenkers beim immerhin schon vierten Versuch der Berliner SPD eines „Neuanfangs" innerhalb von nur sechs Jahren prädestiniert, machte seine Kandidatenrede deutlich. Egert, dessen bullig-bärtiges Erscheinungsbild als eine Art von linkem Markenzeichen in der SPD gilt, entwickelte nicht nur eine gerade jetzt erwünschte rhetorische Begabung, die klare Worte nicht scheut, ob die Themen nun Neukölln oder Nicaragua heißen.

Seine Ideen zur Überwindung der Krise beschränken sich zudem nicht nur auf blasse Formeln, die alle möglichen Varianten von „Integration" innerhalb der Partei beschreiben – Reden dieser Art, von denen niemand profitiert, gab es genug auf dem Parteitag. Egerts Rezept für die Zukunft lautet vor allem, mit einer gestärkten Kampagnefähigkeit der Partei den Berlinern zu demonstrieren, daß man wieder etwas zu sagen hat. Unter Hans Apel wurde dies im vergangenen Wahlkampf oftmals schmerzlich vermißt. Kampagnen zur „Erhöhung der Schlagkraft der Partei", so Egert.

Als Themen stehen auf dem Terminkalender des Arbeits- und Sozialexperten: die Sozialpolitik der Bundesregierung („Sie zerstört das soziale Antlitz unserer Republik"), Entspannungspolitik, Weltraumrüstung und – ein typisches Berliner Thema – die Verlängerung der Mietpreisbindung für Altbauten. Um derartige Kampagnen erfolgreich zu gestalten, fordert Egert von den Genossen „eine stärkere Verschränkung der politischen Arbeit von Partei und Fraktion und eine stärkere politische Disziplin in der Partei".

Die Erklärung des Rats zu Eureka

DW. Mailand

Der Europäische Rat hat dem französischen Eureka-Projekt, mit dem ein Europa der Technologie geschaffen werden soll, sowie den in die gleiche Richtung zielenden Vorschlägen der EG-Kommission seine Unterstützung gegeben. In der Erklärung des Rats heißt es weiter: „Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß das Eureka-Projekt den Ländern außerhalb der Gemeinschaft offensteht, die bereits ihren Willen zur Teilnahme bekundet haben. Frankreich wird als Urheber des Projektes seine diesbezüglichen Schritte fortsetzen und in Verbindung mit dem Vorsitz und der Kommission vor dem 14. Juli einen Ad-hoc-Ausschuß einberufen, der über die europäische Technologie beraten soll.

Der Europäische Rat ist der Auffassung, daß bei diesen Schritten die europäische Dimension genutzt werden sollte, um

– zwischen der technologischen Entwicklung und den Bemühungen um die Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes eine enge Verbindung herzustellen, beispielsweise durch praktische Förderungsmaßnahmen wie den „Eurotype"-Vorschlag,

– die Verzahnung der technologischen Anstrengungen mit den gemeinsamen Politiken, insbesondere der Handelspolitik gegenüber den wichtigsten Partnern, zu gewährleisten,

– bei den nationalen Anstrengungen die Risiken einer unötigen Doppelarbeit zu verringern und bei den finanziellen und menschlichen Ressourcen eine kritische Masse zu erreichen,

– die sofort verfügbaren technischen und finanziellen Gemeinschaftsinstrumente, einschließlich der Instrumente der E.I.B., voll zur Geltung zu bringen."

Thatcher kritisiert nach dem Gipfel Kohl und Mitterrand

● Fortsetzung von Seite 1

schieben". Frau Thatcher stellte in dem Interview ohne jeden Zweifel klar, daß ihr an einer Aufgabe von Souveränitätsansprüchen nicht im geringsten liegt und für ihre Regierung das Prinzip der Nationalstaatlichkeit unverzichtbar bleibt. Dem Bundeskanzler Kohl warf sie in diesem Punkt Zweigleisigkeit vor. Die Deutschen hätten eine Einigung in der *Agrarpolitik der EG blockiert*, weil ihr nationales Eigeninteresse berührt war. Doch jetzt wünschten sie eine „von vagem Wunschdenken" bestimmte Konferenz zur Beseitigung des Vetos. „Das ist es, was mir im Hals steckengeblieben ist: Sie glauben, sie stehen darüber, aber davon ist keine Rede." Wenn es darauf ankomme, ließen sich auch die Deutschen von nationalstaatlichen Interessen leiten.

In London waren sich die Beobachter einig: Nach dem Gipfel sind die Beziehungen Englands zu den meisten seiner EG-Partner wieder einmal auf einem Tiefpunkt angelangt. England wird aber, wie Frau Thatcher mitteilte, trotz dieser Haltung an der geplanten Regierungskonferenz auf Außenministerebene teilnehmen – schon deshalb, weil es dort seine Auffassung zur Geltung bringen wolle, daß „nicht ein neuer Vertrag, sondern die volle Nutzung des bestehenden" notwendig sei.

Das Ziel der Befürworter einer Regierungskonferenz ist die Herbeiführung der grundsätzlichen Klärung, wer die Weiterentwicklung in Richtung Europäische Union in Form eines neuen Vertrages oder einer Modifizierung der Römischen Verträge will und wer nicht. Ihrer Meinung nach kommt man ohne einen neuen Vertrag oder die Abänderung des bestehenden nicht weiter.

In Mailand standen die sechs Gründungsmitglieder der Gemeinschaft, also Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder, zusammen mit Irland in dem einen, England, Griechenland und Dänemark im anderen Lager. Die zwei neuen Mitglieder Spanien und Portugal, deren Mitgliedschaft am 1. Januar 1986 voll wirksam wird und die in Mailand durch ihre Regierungschefs als Beobachter vertreten waren, machten deutlich, daß sie mit der Mehrheitsgruppe sympathisieren.

Kommt im Dezember auf dem in Luxemburg stattfindenden Gipfel keine Einstimmigkeit zustande, so stellt sich für die Mailänder Mehrheitsgruppe die Frage, ob sie allein institutionell enger zusammenrücken und damit das „Europa der zwei Geschwindigkeiten" schaffen will.

Unter den sieben Ländern, die sich für die Einberufung der Regierungskonferenz aussprachen, scheint die Überzeugung vorzuherrschen, daß trotz der offenen Konfrontation von Mailand ein offener Bruch der Gemeinschaft noch immer vermieden werden kann. Die Engländer, so meinte ein italienisches Delegationsmitglied, „sagen immer zunächst einmal nein", sie überlegten sich aber das letzte Nein sehr genau, wenn sie sich in die Ecke gedrängt sähen.

Der zu Beginn des Treffens vorgelegte deutsch-französische Vertragsentwurf zu einer Europäischen Union, der auf die Kodifizierung der bereits bestehenden politischen Zusammenarbeit (EPZ) und deren Ausweitung auf die Sicherheitspolitik abzielt, fand im Schlußkommuniqué nur noch im Rahmen des sehr vage gehaltenen Mandats für die Regierungskonferenz Erwähnung. In dem Kommuniqué wird außerdem das französische Eureka-Projekt als erster Schritt zu einem Europa der Technologie grundsätzlich gebilligt.

CDU-Frauen attackieren FDP

hey, Bonn

Die Einführung eines Erziehungsgelds, eines Erziehungsurlaubs und einer Arbeitsplatzgarantie für Mütter drohen für die Koalition zu einem der Sommerpausen-Streitthemen zu werden. Nachdem die FDP-Bundestagsfraktion auf einer Sondersitzung von einem von den Parteispitzen geschlossenen Kompromiß abgerückt war, reagierte die Union mit scharfer Kritik. So verlangte die CDU-Frauenvereinigung von der FDP, ihre „frauenfeindliche Einstellung" aufzugeben. Die CDU-Sozialausschüsse sprachen sogar von „einer ernsten Belastung der Koalition". FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick wies die Vorwürfe aber mit dem Hinweis zurück, die Union habe ihre Forderung nach einem mit absoluten Kündigungsschutz verbundenen Erziehungsurlaub verkündet, „ohne daß vorher ein Wort mit uns darüber gesprochen worden ist". Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) bemühte sich dagegen um eine Beilegung des Konflikts. Er kündigte für den 24. Juli eine Kabinettsentscheidung zum Erziehungsgeld an.

AL-Antrag gegen Vetter abgelehnt

F.D., Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am Samstag einen von der Alternativen Liste gegen den Berliner Umweltsenator Horst Vetter (FDP) eingebrachten Mißtrauensantrag erwartungsgemäß abgelehnt. Vetter war von der AL im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Batteriefabrik „Sonnenschein" Untätigkeit und Versagen vorgeworfen worden, was der Politiker jedoch energisch zurückgewiesen hatte. Der Mißtrauensantrag wurde von allen 81 Parlamentariern der CDU/FDP-Koalition einmütig abgelehnt, während die Oppositionsparteien SPD und AL geschlossen für den Antrag stimmten.

Geißler spricht von „Stimmungstief"

AP, Hamburg

Der Rücktritt von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler als Bundesfamilienminister wird nach seiner Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl nicht zum Anlaß einer generellen Umbesetzung des Bundeskabinetts genommen werden. In einem Interview mit „dem Spiegel" sagte Geißler: „Mein Rücktritt wird nicht zu einer Kabinettsumbildung führen."

Die Frage eines Kabinettsrevirements sei jedoch keine Frage, die er beantworten könne, meinte der CDU-Generalsekretär. Er scheide aus dem Kabinett aus, „um - in der Skatsprache gesagt - die Luschen der SPD zu drücken".

Geißler widersprach der Auffassung, daß sich die Unionsparteien und die Bonner Koalition in schlechter Verfassung befanden. „Die Lage ist gut, die Stimmung ist schlecht, aber unsere Leute dürfen sich einer solchen Stimmung nicht hingeben", meinte Geißler. Das „Stimmungstief" in der CDU sei lediglich ein „Zwischentief". Er sei überzeugt, „daß die Bürger 1987 nicht die Kurpfuscher von gestern wählen", sagte Geißler. Die Erfolge der Regierung müßten nur in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Aufruf zu tätiger Hilfe

DW. Hamburg

Gewaltherrschaft und Völkermord sind mit dem Ende der NS-Herrschaft vor 40 Jahren nicht beendet worden, sondern bestimmen noch immer das internationale Geschehen. Diese bittere Erkenntnis prägte am Wochenende eine zweitägige Veranstaltungsreihe der „Gesellschaft für bedrohte Völker" in Hamburg. Auf einer Kundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme erklärte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) als Schirmherr, das Motto „Vergangenheitsbewältigung heißt Verantwortung heute" rufe zu tätiger Hilfe auf, wenn es um gegenwärtiges Unrecht gehe. „Die Verpflichtung aus der Geschichte bedeutet, politisches Asyl zu gewähren und Flüchtlinge zu unterstützen, wie auch Deutsche nach 1939 und 1945 Hilfe gefunden haben."

Die Teilnehmer der Veranstaltung gedachten in Neuengamme der sechs Millionen Juden und der halben Million Sinti, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren. Zugleich wurde an den fortdauernden Völkermord heutiger Tage erinnert. Vor allem in den Ländern der Dritten Welt hätten sich die Leiden durch Krieg, Vertreibung, Massaker und rassistische Verfolgung brutal fortgesetzt. Die Veranstalter verwiesen auf Schrecknisse in Afrika und Asien. In einem Aufruf wurde die „Verfolgung der Menschen aus Südsudan, der Kurden, der Tamilen und der Maya in Guatemala" verurteilt.

Erinnert wurde zugleich an die Millionen Kriegsopfer in Afghanistan und Vietnam, Algerien, Angola und Bangladesch. Augenzeugen berichteten von Greueltaten in den Kriegs- und Krisengebieten der Gegenwart. Oft hätten wirtschaftliche Interessen und Waffenexporte aus Ost und West zu diesen schrecklichen Ereignissen beigetragen.

Spranger: Die Ausreise erleichtern

Appell an Moskau / 10 000 beim Bundestreffen der Rußland-Deutschen in Wiesbaden

XING-HU KUO, Wiesbaden

Die Bundesregierung hat die Sowjetunion aufgefordert, ihre immer restriktiver werdende Politik gegenüber den fast zwei Millionen Deutschen in Rußland aufzugeben und die Menschenrechte für diese Minderheit künftig zu respektieren. Auf dem 19. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland in Wiesbaden, an dem rund 10 000 Besucher aus dem In- und Ausland teilnahmen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, am Sonnntag, er appelliere an die „Verantwortlichen in der Sowjetunion": Geben Sie den ausreisewilligen Deutschen in ihrem Lande die Genehmigung zur Ausreise." Nach Angaben Sprangers sind dem Deutschen Roten Kreuz 80 000 Deutsche, die einen Ausreiseantrag gestellt haben, namentlich bekannt.

Das Problem der Ausreise der Rußlanddeutschen, die faktisch zum Erliegen gekommen ist (siehe die WELT v. 29.6.), ist für die Bundesregierung nach Angaben Sprangers „eines der bedrückendsten Probleme". Wörtlich sagte der Unionspolitiker: „In keinem anderen Aussiedlungsgebiet ist das Verhältnis zwischen Größe der deutschen Volksgruppe, Zahl der aktuellen Ausreisewünsche und Verwirklichungschancen für die Aussiedler derart ungünstig, wie in der Sowjetunion."

Unter großem Beifall der Kundgebungsteilnehmer in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle richtete Spranger an die Adresse des Kreml die Warnung, er halte es für „verhängnisvoll, wenn die sich neu formierende Führung in der Sowjetunion die Bedeutung dieser menschlichen Probleme für unsere zweiseitigen Beziehungen auch in Zukunft falsch einschätzen würde". Spranger nutzte die Gelegenheit, die Verbundenheit der Bundesregierung mit den Vertriebenen und Rußlanddeutschen zu unterstreichen.

Die Vorwürfe der Ostblockstaaten, solche Treffen seien „revanchistisch", wies er mit aller Entschiedenheit erneut zurück.

Auf einer Pressekonferenz hatte der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Rußlanddeutschen, Franz Usselmann, deutliche Kritik an Bundesregierung und Wirtschaft geübt. Er habe den Eindruck, daß das Thema Rußlanddeutsche in Gesprächen mit der sowjetischen Seite bisher „zu lasch, nur am Rande" erwähnt worden sei: „Da konnte nicht viel herauskommen." Dabei hätten Wirtschaft und Regierung durchaus mehr Möglichkeiten, mit Hilfe dieser gerade für die Sowjetunion wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen auch im humanitären Bereich Druck auszuüben. Zur Regelung der Ausreise der Rußlanddeutschen forderte die Versammlung den Abschluß eines bilateralen Vertrages zwischen Bonn und Moskau, ähnlich wie das entsprechende Abkommen mit Polen.

Blockade gegen Eisenbahnbrücke

dpa, Elsfleth

Demonstranten haben gestern die Eisenbahndrehbrücke über die Hunte bei Elsfleth in der Wesermarsch blockiert und den Zugverkehr unterbrochen, um gegen Munitionstransporte auf der Bahnstrecke Nordenham–Hude zu protestieren. Wie die Polizei mitteilte, konnte die Brücke zeitweise nicht geschlossen werden, weil die Demonstranten mit zwei Segelkuttern am Mittelpfeiler der Brücke festmachten. Ein Sprecher der Polizei betonte, daß Munitionszüge auf der Strecke nicht erwartet wurden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Tony Benn will Amnestie für die Bergarbeiter

SAD, London

Eine Generalamnestie für alle britischen Bergarbeiter, die sich während des fast zwölfmonatigen Streiks strafbar gemacht haben, forderte der prominente Labour-Politiker Tony Benn. Alle Verurteilten sollen ihre Arbeitsplätze wiederbekommen und außerdem vom Staat Entschädigungszahlungen für die im Gefängnis verbrachte Zeit erhalten.

Diese Forderungen brachte Tony Benn in einer Gesetzesvorlage im Unterhaus ein, die sofort von allen Parteien auf das schärfste verurteilt wurde. Benn hält für richtig, daß beispielsweise auch die beiden wegen Mordes verurteilten Bergarbeiter freigesetzt werden, die den Taxifahrer David Wilkie umbrachten. Sie hatten von einer Überführung einen Betonklotz in dem Augenblick auf die Straße geworfen, als Wilkie mit seinem Taxi einen Streikbrecher zur Arbeit fuhr und die Brücke passierte. Dutzende von Bergarbeitern wurden wegen Gewalttaten während des Streiks zu Gefängnis verurteilt.

Labour-Führer Neil Konnock war bemüht – auch im Blick auf die kommende Woche anstehende Unterhausnachwahl im walisischen Brecon und Radnor – sich von dem Vorstoß Benns zu distanzieren.

Benn betonte auf einer Pressekonferenz in Westminster, daß seine Vorlage keine Ausnahmen zulasse. Zu dem Einwand, daß davon auch Mörder profitieren würden, entgegnete er: „Die Gesetzesvorlage soll für alle gelten." Der Politiker gab zu, daß seine Initiative keine Erfolgsaussichten im Parlament habe. Das eigentliche Ziel seines Antrags: Er will für den Labour-Parteitag im Oktober in der Partei Stimmung machen für eine solche Forderung nach Generalamnestie. Benn brachte den Antrag als Sprecher der „Campaign Group" von ultralinken Labour-Abgeordneten ein, von denen fünf in Kinnocks Schattenkabinett sitzen.

Margaret Thatchers Innenminister Leon Brittan verurteilte Benns Gesetzesvorlage als Ausdruck der „Moral des Terroristen und Revolutionärs". Der Führer der Liberalen, David Steel, bemerkte sarkastisch, in ihr zeige sich das wahre Gesicht von Labour.

Scargill läßt *Bergarbeiter in* Moskau schulen

SAD, London

20 britische Berarbeiter, die sich bei dem jüngsten Streik durch Linientreue ausgezeichnet haben, reisen zu einer Spezialschulung nach Moskau. Sie wurden durch ein kompliziertes Verfahren ausgewählt. Für die Reisekosten und die Gebühren des vierwöchigen Kurses an der Moskauer Gewerkschaftsakademie kommen die Sowjets auf. Eine entsprechende Einladung war bei einem Moskau-Besuch Arthur Scargills, des Präsidenten der britischen Bergarbeitergewerkschaft (NUM), ausgesprochen worden.

Die Entscheidung zur Entsendung der Kumpel nach Moskau löste scharfe Kritik der Regierung aus. Energieminister Peter Walker sagte: „Es sieht so aus, als habe sich Mr. Scargill seit Streikende mehr um seine Beziehungen zu marxistischen Ländern als um die Zukunft der Kohle-Industrie gekümmert. Er hat wiederholt seine Bewunderung für revolutionäre marxistische Regierungen kundgetan: Auch sie wurden in Moskau geschult." Bereits vor zwei Jahren hatten britische Bergarbeiter die Moskauer Gewerkschaftsakademie absolviert.

Türkische Populisten wechseln Parteichef

SAD, Athen

Der Parteitag der Populistischen Partei (HP), die seit den Parlamentswahlen im November 1983 als gemäßigt links von der Mitte angesiedelte Hauptoppositionspartei auftritt, hat ihrem *Chef Necdet Calp* am Wochenende eine herbe Enttäuschung bereitet: Völlig unerwartet entzog die Mehrheit der 717 Delegierten Calp, der seit der Gründung Parteivorsitzender war, das Vertrauen. Zum neuen Parteichef wurde der Universitätsprofessor Aydin Güven Gürkan gewählt, der auf Betreiben Calps als Generalsekretär abgesetzt worden war. Auf Gürkan entfielen 424 Stimmen, während 228 Delegierte für Calp votierten. 65 Stimmen waren ungültig. Calp *hatte sich erst* kürzlich in einer Parlamentsdebatte über das neue umstrittene Polizeigesetz der Türkei profiliert. Er opponierte heftig gegen die Neuregelungen und wollte damit offenbar den Verdacht abschütteln, er sei ein übervorsichtiger Oppositionschef, der die Konfrontation mit den Militärs scheue.

Gürkans Wahl signalisiert den Willen der Populistischen Partei, einen neuen Anfang zu machen: Es dürfte zu einem Linksruck kommen, weil Gürkan eindeutig links von der Mitte angesiedelt ist. Er sympathisiert mit dem früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, den das Militär mit einem zehnjährigen Tätigkeitsverbot belegt hat.

Senatoren verzögern die Bestätigung des US-Botschafters in Bonn

Manöver gegen Burt sind Schelte für Shultz' pragmatische Politik

Richard Burt ist nominiert, aber noch nicht bestätigt. Über die Verzögerung seiner Entsendung als neuer *US-Botschafter* in Bonn macht sich der frühere Sicherheitsberater Ronald Reagans, Richard Allen, große Sorgen. In einem Gespräch mit der WELT wies er auf den möglichen Schaden für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hin, wenn die Kreise um Senator Jesse Helms einem Diplomaten, dem Bonn bereits das Agrément erteilt hat, weiter Hindernisse in den Weg legen. Allen, der vor vier Jahren wesentlichen Anteil daran hatte, daß der damalige Außenminister Haig Richard Burt zum Leiter *der politisch-militärischen* Abteilung des State Department machte, sieht aber peinliche Folgen voraus, wenn dieser vom Weißen Haus gewünschte Kandidat aus ideologischen Gründen abgeblockt wird. (kie) FOTO: AP

FRITZ WIRTH, Washington

Die offizielle Bestätigung Richard Burts als neuen amerikanischen Botschafter in Bonn wird sich mindestens um 14 Tage verzögern. Burts Ernennung wurde, zusammen mit der anderer Diplomaten, von einer Gruppe konservativer Senatoren unter Führung von Jesse Helms abgeblockt. Die Beratungen in dieser Angelegenheit werden erst nach der Rückkehr des Kongresses aus einer zehntägigen Pause wieder aufgenommen.

Kritiker der Verzögerungsmanöver der Gruppe um Jesse Helms beklagen, daß hier nationale Interessen gefährdet werden. Denn zu jenen Diplomaten, deren Bestätigung verzögert wurde, gehört auch Thomas Pickering, der die Botschaft in Israel übernehmen soll. Die Hinhaltetaktik der Senatoren hatte dazu geführt, daß die USA während der jüngsten Krise durch die Geiselnahme von Beirut in Israel ohne Botschafter waren.

Die Gründe für die Verzögerungs*manöver Helms und seiner befreun*deten Senatoren sind teils prinzipieller, teils persönlicher Natur. Helms, der dem Auswärtigen Ausschuß des Senats angehört, ist ein ausgesprochener Gegner von Außenminister Shultz. Er wirft ihm eine zu pragmatische Außenpolitik und innerhalb seines Ministeriums eine betont antikonservative Personalpolitik vor.

Shultz ist seit langem bemüht, die vergleichsweise große Zahl von „politischen Ernennungen" auf wichtigen Botschafterposten durch Karriere-Diplomaten *zu ersetzen. Helms und* seine Anhänger sehen dahinter den Versuch, den Einfluß konservativer Kräfte auf die amerikanische Außenpolitik zu reduzieren. Sie sprechen von einer „ideologischen Säuberungsaktion" durch Shultz im State Department.

Außer der Nominierung von Burt und Pickering sind durch die Aktion der neun Senatoren die Bestätigungen weiterer 28 Diplomaten verzögert worden, unter ihnen die von John Whitehead, dem künftigen Stellvertreter von George Shultz, von Rozanne Ridgeway, der bisherigen Botschafterin in Ost-Berlin, die im State Department Nachfolgerin von Burt als Leiterin der Westeuropa-Abteilung werden *soll*, und von Elliott Abrams, der als Unterstaatssekretär für inter-amerikanische Angelegenheiten vorgesehen ist.

Helms gab zu verstehen, daß er diese Bestätigungen so lange blockieren werde, *bis adäquate Posten für jene* ihm politisch nahestehenden Diplomaten gefunden werden, die durch das Revirement von Shultz ihre Ämter verlieren. Da ihm in dieser Hinsicht bis zum Wochenende keine verbindlichen Zusagen gegeben werden konnten, wurde die ganze Angelegenheit bis zum 10. Juli vertagt. Ein Kompromißvorschlag von Helms, vorab schon einmal die Hälfte der 30 Diplomaten in ihren neuen Ämtern zu bestätigen, wurde von Shultz zurückgewiesen. Er beharrte darauf: „*Entweder alle oder keinen.*"

Der demokratische Senator Alan Cranston erklärte: „Seit den Zeiten Joe McCarthys haben wir nicht mehr derartige Attacken gegen den professionellen diplomatischen Dienst gesehen."

Eine Reihe der Argumente gegen die neuen Ernennungen sind persönlicher Natur. Helms hat seit Jahren eine Abneigung gegen Burt in seiner gegenwärtigen Rolle im State Department und hält auch die geplante Ernennung von Rozanne Ridgeway als seine Nachfolgerin für unglücklich.

Rozanne Ridgeway gehörte zeitweilig zum außenpolitischen Beraterkreis von Präsident Carter. Sie genießt ungeachtet dessen bei George Shultz und unter den Karriere-Diplomaten des State Department hohes Ansehen.

Gegen die Nominierung Burts als Botschafter in Bonn hat sich inzwischen eine „Koalition zur Verhinderung der Bestätigung des Richard Burt" *unter Leitung von Milton* Croome, dem ehemaligen Präsidenten der Organisation „Frieden durch Stärke", etabliert. Die Koalition behauptet unter anderen, Burt sei ein Gegner der Regierung Kohl. Bei einem kürzlichen öffentlichen Vortrag von Burt stand ein *Mitglied* dieser Koalition auf und behauptete, Burt sei ein KGB-Agent. Ein bisher unbekannt gebliebener Zuhörer erhob sich daraufhin und schlug den Mann mit einem Kinnhaken k. o.

Die „schnelle Truppe" der Franzosen steht

Einsatz in Mitteleuropa / Kooperation mit den Deutschen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im rechten Augenblick neuer europäischer Hochgefühle beiderseits des Rheins vollzieht Frankreich einen sinnfälligen Akt französisch-deutscher Solidarität. Es stellt heute in der ostfranzösischen Garnison Nancy offiziell die „Vierte Aeromobile Division" (4e DAM) auf und schließt damit die seit 18 Monaten betriebene Aufstellung der „schnellen französischen *Eingreiftruppe" (FAR) ab.*

Verteidigungsminister Charles Hernu wird am Donnerstag in Nancy die feierliche Indienststellung der Division vollziehen, begleitet von den Generalen Imbot, Generalstabschef des Heeres, und Multin, Kommandierender der 1. Armee in Straßburg.

Ein Vorbeiflug von 50 Hubschraubern wird der Öffentlichkeit zeigen, welches die künftige Aufgabe dieser neuen, bisher einmaligen Truppe sein wird: blitzschnelles Zuschlagen aus dem Himmel gegen durchgebrochene feindliche Panzer und Infanterie-Keile.

Mit 6200 Mann, 220 Kampf- und Panzerabwehr-Hubschraubern und über 10 000 Panzerabwehr-Raketen stellt die 4e DAM das Herzstück der *47 000 Mann starken schnellen Ein*greiftruppe dar. Sie ist in ein leichtes Infanterie-Regiment und drei Kampfhubschrauberregimenter gegliedert und kann in kürzester Zeit in allen denkbaren Brennpunkten sowohl in Mitteleuropa wie in Übersee eingesetzt werden.

Das gleiche gilt für die vier übrigen Divisionen der FAR, die sämtlich auf den gleichen Einsatztyp zugeschnitten und voll lufttransportfähig sind: eine leichte Panzerdivision, eine Fallschirmjäger-Division, eine Marineinfanterie-Division und eine Gebirgsdivision. Alle Soldaten sind Berufs- oder Zeitsoldaten und verfügen somit über einen hohen Ausbildungsgrad. Die FAR-Divisionen sind ständig mobilisiert und rund um die Uhr einsatzfähig. Ihre Ausrüstung und Bewaffnung ist das modernste, was Frankreichs Rüstungsindustrie zur Stunde bietet.

Hernu hatte die Aufstellung dieser neuen Truppe am 1. Oktober 1983 nach einem Ministerrat unter Präsident Mitterrand befohlen. Im September 1984 führte sie erste Manöver in Ostfrankreich durch. Ein knappes Jahr später ist sie vollständig aufgestellt. Warum diese Eile? „Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die französische Armee ihre Einsatzmöglichkeiten vergrößern und diversifizieren muß, um auf alle Eventualitäten in und außerhalb Europas vorbereitet zu sein", schreibt Generalstabschef Imbot im Bulletin „*Armee heute*". „Unsere ersten Manöver ‚Damokles' haben gezeigt, daß sie einen Panzerabwehrschlag von bisher nie erreichter Brutalität verpassen kann und damit ein wertvolles Instrument in der Hand der Führung ist."

Der General lüftet einen Zipfel des Geheimnisses, das zunächst über der FAR lag: Sie ist in erster Linie als Eingreifreserve der NATO in Mitteleuropa gegen den vorgedrungenen Feind gedacht und wird in allen bisherigen Manövern auf diese Aufgabe vorbereitet. Schon im nächsten Jahr sollen FAR-Einheiten an der Seite vor allem deutscher Truppen und Hand in Hand mit den bereits auf deutschem Boden stationierten drei französischen Panzer-Divisionen.

Minister Hernu hat dem von ihm geschaffenen „Damoklesschwert" vor einigen Tagen in Münsingen vor seinem deutschen Amtskollegen Wörner auch klar einen deutsch-französischen Sinn gegeben: Die FAR werde, wenn der Ernstfall dies fordere, auf deutschem Boden „zusammen mit dem 3. Korps oder entlang anderer Achsen" eingesetzt, was nur heißen kann, daß sie von der Anfangsphase eines Konflikts an mit den Alliierten kämpfen wird. An anderer Stelle hieß es bei Hernu wiederholt, die FAR sei ein sichtbares Zeichen für die Solidarität Frankreichs mit seinen Verbündeten und Freunden.

Solche Solidaritätskundgebungen aus höchstem französischem Mund können nicht im luftleeren Raum abgegeben werden. Sie gründen auf einem sich immer schneller vollziehenden Sinneswandel der Franzosen. Diese stehen heute nicht mehr hinter der Politik „splendid isolation" in Europa, die General de Gaulle Frankreich einst als die beste oktroyiert hatte. *Viele Umfragen beweisen dies.*

Sri Lanka sucht neuen Dialog mit den Tamilen

Mehrheit der Extremisten stimmte einer Waffenruhe zu

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

„Wir müssen jetzt abwarten, wie weit uns die Regierung entgegenkommt", sagt der seit Monaten im indischen Exil lebende Generalsekretär der ceylonesischen Tamilen-Partei Tulf, Amirthalingam, über die Waffenruhe zwischen seiner Organisation, tamilischen Extremistengruppen und der Armee Sri Lankas.

Erstmals seit den schweren Unru*hen auf der Insel im Sommer 1983 ist* in dem Ferienparadies Ruhe eingetreten. Zwar haben sich nicht alle der zahlreichen Extremisten-Gruppen der Vereinbarung über eine Waffenruhe angeschlossen, und eine politische Regelung des ethnischen Konfliktes zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Mehrheit ist noch nicht in Sicht, aber es wurde ein Weg geöffnet, in eine neue Runde der Verhandlungen einzutreten. Sie sollen, wie aus Colombo verlautet, im Himalaya-Staat Bhutan zu einem allerdings noch nicht festgelegten Termin stattfinden.

Monatelang hatte das Ringen um die Waffenruhe zwischen extremistischen Tamilen und der Armee gedauert, die jetzt schon knapp eine Woche ohne große Zwischenfälle anhält. In zahlreichen inoffiziellen und oft geheimgehaltenen Treffen hatten Vertraute von Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene in der indischen Stadt Madras versucht, die Führer der Tulf und der drei größeren Extre*mistengruppen von der Notwen*digkeit einer Waffenruhe für dann folgende politische Verhandlungen zu überzeugen.

Erst als sich nach monatelangem Schweigen Indien wieder in Vermittlungsversuche eingeschaltet hatte – zuletzt besuchte Präsident Jayewardene den indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi in Neu-Delhi – ließen sich die Extremisten von einer Notwendigkeit der Waffenruhe überzeugen.

Für die Regierung Jayewardene, deren Bestand zuletzt wegen ihrer Unfähigkeit, die Situation auf der von Terrorismus geschüttelten Insel unter Kontrolle zu bringen, stark gefährdet war, war es höchste Zeit, den Boden für einen erneuten Dialog mit der *Tulf zu bereiten.*

Der buddhistische Klerus, stärkste gesellschaftliche Macht auf der Insel, war nicht mehr bereit, tatenlos Tamilen-Attentate auf ihre Glaubensbrüder hinzunehmen. Er fand Unterstützung bei der Führerin der Sri-Lanka-Freiheitspartei, der früheren Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike, die Jayewardene immer wieder Unentschlossenheit und mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber den Extremisten vorgeworfen hatte. Ihre Partei, ohnehin zweitstärkste im Lande, hatte an Anhängern gewonnen, Jayewardenes Rückhalt bei seiner Vereinigten Nationalen Partei begann zu bröckeln.

Trotz Waffenruhe liegt eine politische *Regelung des Konfliktes, die* auch Sri Lankas Verbündete USA fordern, in weiter Ferne. Die Aufnahme der Gespräche hängt vor allem davon ab, ob es auf der einen Seite der Tulf gelingt, die übrigen Extremisten und Tamilen-Gruppen zum Einhalten der Waffenruhe zu bewegen, und auf der anderen Seite soll, so stellt es sich Amirthalingam vor, die Regierung in Colombo „eine normale Situation" schaffen.

Das heißt: Aufhebung der Überwachungszonen entlang der Küste, Aufhebung der Ausgangssperren, Rückzug der Armee in die Kasernen und Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperren. „Die Situation im Norden und Osten der Insel kann jetzt, ohne Erfüllung dieser Forderungen, *noch nicht als* normal bezeichnet werden", meint der Tulf-Führer.

Eine politische Regelung der Tamilen-Frage, so ist man sich in Colombo einig, kann auf der Basis des Ergebnisses der Allparteien-Konferenz vom Dezember vergangenen Jahres erfolgen. Einen eigenen Tamilen-Staat oder die Umwandlung Sri Lankas in einen föderativen Staat kann es demnach nicht geben.

Möglich aber ist mehr Autonomie für die in der Nord- und Ostprovinz mehrheitlich lebenden Tamilen durch die Einführung regionaler Versammlungen mit bedingt legislativen und exekutiven Befugnissen. Dies hatten im September aber sowohl die Tulf als auch die buddhistischen Teilnehmer an der Allparteien-Konferenz abgelehnt.

Wahlerfolg des Ian Smith muß Mugabe irritieren

M. GERMANI, Johannesburg

Der Sieg des früheren rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith bei den Parlamentswahlen in Zimbabwe war selbst für politische Beobachter eine Überraschung. Der in Konservative Allianz (CAZ) umbe*nannten ehemaligen Rhodesia Front* gelang es, 15 der 20 für die Weißen vorgesehenen Sitze im Parlament zu erobern. Zu der Wahl waren etwa 32 000 stimmberechtigte Weiße aufgerufen. Heute und morgen gehen die 2,9 Millionen schwarzen Bürger Zimbabwes an die Wahlurnen.

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im April 1980 hatte sich nach dem überwältigenden Wahlsieg von Robert Mugabes Zanu-PF Partei ein Teil der weißen Abgeordneten unter Führung des jetzigen Ministers für öffentliche Dienste, Chris Anderson, als Unabhängige für eine engere Zusammenarbeit mit der schwarzen Regierung ausgesprochen und der Smith-Partei den Rücken gekehrt. Lediglich sieben Abgeordnete waren noch im Parlament verblieben.

Ein Wahlkampf ohne Höhepunkte, eine geringe Wählerregistrierung der noch im Lande verbliebenen etwa 100 000 Weißen hatte bei den Rebellen, die sich „unabhängige Zimbabwe Gruppe" (IZG) nennt, die Hoffnung auf für sie günstige Wahlergebnisse genährt. Tatsächlich aber haben sie nur vier Sitze erhalten. Überraschend war auch die Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent.

Anderson selbst hat sich als „Unabhängiger" sowohl von CAZ als IZG im Kampf gegen den ehemaligen rhodesischen Verteidigungsminister Pieter van der Byl behauptet. Als größte weiße Partei wird die Konservative Allianz zehn Senatoren nominieren, van der Byl als einer der Kandidaten angesehen.

Bei der Wahl der schwarzen Abgeordneten stehen 80 Sitze zur Verfügung. Noch 1980 hatte Mugabes Zanu-PF 58 Sitze erhalten, die Zapu-PF *seines Erzrivalen und Führers der* Matabele, Joshua Nkomo, neunzehn. Lediglich drei Sitze waren an den Sieger der international nicht anerkannten Wahlen von 1979, den ersten schwarzen Premier, Bischof Abel Muzorewa, gegangen. Dessen Aussichten, diese Mandate zu behalten oder gar neue hinzuzugewinnen, gelten als gering. Der Wahlkampf konzentrierte sich auf die beiden ethnischen Parteien, zwischen Mugabes Maschona und Nkomos Matabele. Ein Sieg Mugabes gilt als sicher.

Nkomo, der „Vater Zimbabwes", kann die Massaker nicht vergessen, die Mugabes Truppen seit vier Jahren im Matabeleland verüben. „Zwischen 10 000 und 20 000 Menschen wurden hauptsächlich in meiner Provinz, West-Matabeleland, umgebracht", erklärte er seinen Anhängern. Es sei die letzte Möglichkeit, dem drohenden Einparteienstaat, und damit der endgültigen Vorherrschaft durch die verachteten Maschonas, zu entgehen. Bei rund sechs Millionen Einwohnern sind die Matabele, die nur 20 Prozent ausmachen, schon zahlenmäßig unterlegen.

Beschuldigungen über Wahlbehinderungen werden sowohl von Nkomos als auch von der Partei Muzorewas geäußert. Das wurde auch aus dem Verbot ersichtlich, das die Regierung über die Opposition verhängte: Sie durfte nicht den Adler als Wahlsymbol benutzen. Dieser sei das Symbol der Armee und würde somit Nkomos Partei einen Vorteil einräumen. Ein angreifender Stier, das Matabelewort für Nkomo, wurde zum neuen Wahlzeichen.

Ian Smith und Nkomo lehnen den Einparteienstaat ab, den Mugabe propagiert. „Zanu ist fest entschlossen, den Einparteienstaat so bald wie möglich nach den Wahlen einzuführen. Wir sind eine Familie, die Regierung unterscheidet nicht nach Stamm oder Rasse."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Seelische Nöte und Abtreibung

„Das Leben hat Vorrang": WELT vom 21. Juni

Nur dies: Zustimmung und Dank für Ihren Artikel!

P. Bannes, St. Augustin

*

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

ich finde es sehr verdienstvoll, daß Sie in Ihrem Artikel das heiße Eisen der vereinfachten legalisierten Abtreibung angepackt haben. Viele begreifen immer noch nicht, daß es sich dabei nicht nur um eine Schwangerschaftsunterbrechung, sondern um einen unwiderruflichen Schwangerschaftsabbruch handelt.

Welch unvorstellbare seelische Nöte für viele der davon betroffenen *Mädchen und Frauen mit einem* solchen Eingriff verbunden sind, weiß ich aus 35jähriger Berufserfahrung als Seelsorger, Arzt und Psychotherapeut bis in die jüngste Gegenwart vollauf zu würdigen.

Ich denke an das junge Mädchen, das kürzlich zu mir kam, das mehrere Selbstmordversuche hinter sich hat und mit dem Leben kaum mehr fertig wird, weil ihr Freund, der keine Kinder mag, und dessen Mutter sie zwangen, im sechsten Schwangerschaftsmonat, also als längst kräftige Kindsbewegungen ein inniges Verhältnis zwischen Mutter und dem ungeborenen Kind geschaffen hatten, dieses Kind abzutreiben, wobei in einer ärztlichen Praxis die Fruchtblase gesprengt wurde und es eine Woche später zur stationären Aufnahme und dem Abort kam.

Ich denke weiter an die werdende Mutter, die sich ebenfalls nach qualvollem inneren Ringen durch ihren Freund, den sie nicht verlieren wollte, zum legalen Schwangerschaftsabbruch gezwungen sah, und die mir weinend ihren Mutterpaß brachte, der schon ausgestellt war, damit ich wenigstens dieses Dokument für sie aufbewahren sollte, wenn sie schon das Kind nicht haben konnte. Wer macht es sich schon klar, wie eine Frau, die, wenn auch legal, abgetrieben hat, am errechneten Geburtstermin und den nachfolgenden Jahrestagen leidvoll empfindet, auch wenn sie dafür eine mildere Nomenklatur verwendet, dabei unterstützt vom helfenden medizinischen Personal, zumeist bestehend aus Männern.

In unseren vom Christentum geprägten Breitengraden sollte es die „soziale Indikation" als Rechtfertigung für einen Schwangerschaftsabbruch einfach nicht geben. Legale Abtreibung auf Krankenschein, etwa wie die Extraktion eines schmerzenden Weisheitszahnes, scheint ein Unding in sich selbst, und dies angesichts ungezählter kinderloser Ehepaare, die sich dringend ein Kind zur Adoption wünschen.

Vielleicht wäre es gut, sich wieder auf Albert Schweitzer, den Altvater der Ethik, zu besinnen und auf seine unüberhörbare Forderung nach mehr Ehrfurcht vor dem Leben. Oder, um mit Mutter Teresa zu sprechen, der mutigen Frau von Kalkutta: „Wie soll die Welt jemals besser werden, wenn eine Mutter sogar ihr eigenes Kind tötet?"

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. H. R. Flachsmeier, Hamburg 13

Sprach-Bastard

„Farbenblinde Afrikapolitik"; WELT vom 22. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein semantischer Bastard geistert wieder, „*mutmaßlich" auf* öffentlich-rechtliche Initiative hin, durch die Medien und hat nunmehr auch die WELT erreicht: die „Deutsch-Stämmigen", diesmal in Südwestafrika (neuerdings „Namibia"). Hinter diesem sprachlichen Unfug steckt, wenn nicht bewußt politische „Desinformation", Unkenntnis der seit langem bekannten und seriös erörterten Problematik des mehrdeutigen Begriffes der Nation.

Die „Deutsch-Stämmigen" in Südwest sind, auch wenn sie seit Generationen dort leben, von ihren zuerst eingewanderten Vorfahren her zweifellos richtige Deutsche, selbst wenn sie inzwischen eine namibianische oder namibianistische Staatsangehörigkeit angenommen oder erhalten haben sollten. Warum also sie zu „Deutsch-Stämmigen" degradieren?

Wie unsinnig eine solche progressiv-genscheristische „Sprachregelung" tatsächlich ist, wird deutlich, wenn man dieses Verfahren konsequent zu Ende denkt. Dann würden die Menschen, die wir bisher leichtfertig als Südtiroler bezeichneten, zu „Tirol-stämmigen Italienern" und die Angehörigen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein wären in Wahrheit „dänisch-stämmige Deutsche". Beiden Volksgruppen kann man diesen Tort wohl kaum antun.

Hochachtungsvoll
Prof. Dr. R.-J. Sattler, Celle

Lager Remagen

„Die Gefangenen von Remagen"; WELT vom 24. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

es ist verdienstvoll, daß Sie in Ihrer Veröffentlichung an das Drama deutscher Kriegsgefangener im Lager Remagen-Sinzig erinnern.

Die in Ihrem Artikel erwähnte Frage ehemaliger Lagerinsassen „Wir tragen niemandem mehr etwas nach. Aber warum hat man unsere Geschichte noch nicht erzählt?" verlangt indes *nach einer klarstellenden* Antwort: Bereits 1965 erschien in zweiter Auflage die Broschüre Fritz Mann: „Frühling am Rhein" – Verlag Bornheimer Brücke, Frankfurt/M. NO 14 –, die lt. Vorwort „den Kameraden gewidmet ist, die im Chaos des großen Zusammenbruchs erbärmlich und verlassen im Schlamme der heimatlichen Erde zu Tausenden hinter Stacheldraht einen sinnlosen Tod starben".

Ich hätte diesem eindrucksvollen Buch, das offenbar auch Ihnen nicht bekannt ist, eine größere Verbreitung gewünscht. Es liefert nämlich zugleich einen nicht hinreichend beachteten Beitrag zu der in diesem Jahr so ausgiebig diskutierten Frage „8. 5. 1945 – Tag der Befreiung?"

Hochachtungsvoll
R. Eickmeyer, Bonn 1

Wort des Tages

„Ich brauche das allgemeine Glück, um selbst glücklich zu sein."

André Gide; franz. Autor (1869-1951)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Nestor der evangelischen Sozialethik, Professor **Heinz-Dietrich Wendland**, feierte seinen 85. Geburtstag. Von 1955 bis 1969, einem Jahr nach seiner Emeritierung, leitete Wendland das Institut für christliche Gesellschaftslehre an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster. Sein grundlegendes Werk über die evangelische Soziallehre ist „Die Kirche in der modernen Gesellschaft" (1956).

BERUFEN

Professor Dr. **Peter Wolf** von der Neurochirurgisch-Neurologischen Klinik und Poliklinik der Freien Universität Berlin ist zum Leitenden Arzt der Klinik „Mara I" in Bethel berufen worden und wird zum 1. Juli die Nachfolge von Dr. **Erwin Stenzel** antreten. Der neuberufene Mediziner ist ein Schüler von **Paul Vogel** und **Dieter Janz** und hat mehr als 50 wissenschaftliche Arbeiten über epileptologische Themen veröffentlicht und ist seit 1979 Ehrenmitglied der mexikanischen Epilepsie-Liga.

MILITÄR

Neuer Präsident der Universität der Bundeswehr in Hamburg wird der Mathematiker Professor **Horst Homuth**. Er ist nach Professor **Thomas Ellwein** und Professor **Horst Sanmann** der dritte Präsident der Hamburger Bundeswehr-Universität. Im Gründungsjahr der Hochschule 1973 war Homuth auf die *Professur Mathematik/Nachrichtentheorien* berufen worden. 1983 war er Vizepräsident geworden und hatte mit dem Ablauf der Amtszeit von Sanmann seit Januar 1984 die Geschäfte des Präsidenten wahrgenommen.

AUSZEICHNUNG

Dem Lyriker **Karl Krolow** (70) hat die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München ihren *auf 20 000 Mark verdoppelten Literaturpreis* verliehen. Damit erhielt erstmals ein Mitglied der Akademie diese Auszeichnung. Krolow wurde unter anderem für das hohe Sprachbewußtsein seiner Gedichte und in besonderer Anerkennung seines Spätwerkes geehrt. Der Dichter, der aus Hannover stammt, lebt seit 1956 in Darmstadt.

Der Kunstsammler **Wilhelm Hack** ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Mit dem Kölner Kaufmann ist ein Kapitel lokaler Kunst-Geschichte verbunden: Nicht ein Kölner, sondern das Museum in Ludwigshafen beherbergt Hacks *Kunstsammlung und* trägt *seinen* Namen. Hack hatte sich 1971 für die Schenkung nach Ludwigshafen entschieden, nachdem sich Köln wenig interessiert an der damals 25 Millionen Mark wertvollen Sammlung gezeigt hatte. Schwerpunkt der Sammlung bildet die kühle Kunst des Konstruktivismus mit Werken von **Malewitsch**, **El Lissitzky** und **Mondrian**.

Was hat Genschers Haus gegen das SDI-Projekt?

■ Fortsetzung von Seite 1

nur auf die strategische Dimension kann also nicht im amerikanischen Interesse liegen. Die Mehrheit der Teilnehmer an der SDI-Tagung war sich darin einig, daß es bei der SDI-Thematik – von den politischen Erfordernissen der strategischen Einheit des NATO-Territoriums ganz zu schweigen – technologisch keine „Abkoppelung" Amerikas von Europa gibt. „Von Abkoppelung kann nur reden, wer sich nicht substantiell mit der Materie befaßt hat", sagte in einem Pressegespräch der Atomwissenschaftler Edward Teller. Das politische Pendant dazu lieferte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der am ersten Tag der Konferenz in einem Vortrag sagte: „Es gibt für den Westen eine Konfrontationssituation per se."

Eine „Europäische Verteidigungsinitiative" hatte vor einer Woche auf einem internationalen Symposium in Rotterdam auch der frühere Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel verlangt, doch sprach er von diesem Vorhaben als einem Projekt „innerhalb von SDI", nicht abgehoben davon oder im Gegensatz dazu (vgl. WELT vom 22.6.).

Einen interessanten Einblick in das SDI-Interesse der anderen europäischen Bündnispartner gab der Staatssekretär für Sicherheitsfragen im State Department, William Schneider. So hat beispielsweise die britische Regierung an ihrer Botschaft in Washington fünf neue Militärattachés installiert, die sich spezifisch mit den fünf SDI-bezogenen Grundprogrammen beschäftigen und auf diesem Gebiete mit dem amerikanischen Projektleiter, General Abrahamson, und seinem Büro engsten Kontakt halten. Diese fünf Gebiete beziehen sich auf Überwachung und Früherkennung von Geschossen, auf Systeme der gerichteten Energie, der kinetischen Energie, auf das sogenannte „Battle Management" und auf Fragen des Überlebens von Schlüsseltechnologien im Falle feindlicher Angriffe.

Namhafte Vorstandsvorsitzende deutscher Unternehmen erstaunten auf dfer Strategie-Tagung der letzten Woche vor allem die amerikanischen Zuhörer mit Berichten, wie bedenklich und teilweise enttäuschend die Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen sein kann, wenn kein politischer Begleitrahmen Schutz gebietet. So berichtete ein Firmenvertreter von einem Wissenschaftler, der bei seiner Arbeit in den USA auf einem Forschungsgelände für den Gang in ein 300 Meter weiter gelegenes Institut erst eigens neue Erlaubnis einholen mußte.

Mehrfach beschworen die amerikanischen Konferenzteilnehmer ihre deutschen Partner, von dem Mißtrauen Abstand zu nehmen, die Europäer würden bei der SDI-Kooperation besonders diskriminiert. Die in Betracht kommende Technologie bringe es mit sich, daß das Pentagon auch den amerikanischen Firmen strenge Sicherheitskontrollen auferlegen müsse. So gebe es Projekte, die „schubfächerhaft" aufgeteilt seien, sodaß nur wenige Eingeweihte Einblicke in das ganze Projekt bekommen können.

Die Konferenz war sich insgesamt darüber einig, daß die Strategische Verteidigungsinitiative auf absehbare Zeit die gültige Strategie der Abschreckung nicht werde ersetzen können. Vor Ende des Jahrhunderts werde es keine bündigen Antworten im Bereich neuer Verteidigungssysteme geben. Dennoch halten die Kenner es für wahrscheinlich, daß gerade im europäischen Schauplatz SDI-Technologien am ehesten anwendbar werden könnten. In diesem Bereich würde die Einführung neuer Defensivtechniken auch keine Verletzung des ABM-Vertrages darstellen, der sich lediglich auf die strategischen Abwehrsysteme bezieht.

Der Atomphysiker Teller erläuterte in seinem Pressegespräch, warum die Mittelstreckenreichweiten für die Abwehr leichter zu handhaben seien. Er bezog sich dabei besonders auf bodengestützte Laser-Technik, die bei kürzeren Reichweiten von Offensivwaffen kaum „über den Horizont" zu operieren habe und im Zusammenspiel mit optischen Spiegeln, die in Krisenzeiten rechtzeitig im Weltraum stationiert wären, rascher die feindliche Rakete treffen könnte, möglichst noch in ihrer Aufstiegphase. Da Projektile der kurzen Reichenweiten auf ihrer Flugbahn nur in den Randzonen der Erdatmosphäre bleiben, kann der Angreifer auch weniger mit Attrappen arbeiten, da diese sich in ihrem Flugverhalten sofort von wirklichen Sprengköpfen unterscheiden würden.

Teller schloß im Übrigen nicht aus, daß die SDI-Technik auch nuklear operieren könne, so im Bereich der „X-Ray Laser", die mit Hilfe atomarer Explosionen besondere Energie entwickeln könnten. Andere Wissenschaftler wiesen auf den Anwendbereich auch bei konventionellen Waffen hin. So läßt sich etwa die „rail gun", ein elektromagnetisches Waffensyteme, auch auf Panzern denken. Viele Tagungsteilnehmer glaubten vorauszusehen, daß der 1972 geschlossene ABM-Vertrag zwischen Moskau und Washington irgendwann zur Disposition gestellt werden müsse, da an der Raketenverteidigung auf beiden Seiten inzwischen mit Hochdruck gearbneitet werde.

Gorbatschow erneuert Parteiprogramm

DW. Moskau/Washington

Das Politbüro der sowjetischen KP hat Parteichef Michail Gorbatschow den Vorsitz einer Kommission übertragen, die ein neues Parteiprogramm entwerfen soll, meldete am Wochenende die sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Das Programm dürfte im Februar 1986 auf dem 27. Parteitag verabschiedet werden. Das gegenwärtig gültige dritte Parteiprogramm stammt aus dem Jahr 1961.

Gorbatschow wird auf der morgen beginnenden Tagung des Obersten Sowjets möglicherweise zum Staatsoberhaupt gewählt werden. Allerdings halten sich in Moskau immer noch Spekulationen, wonach auch Außenminister Andrej Gromyko für das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets in Frage kommen könnte.

Wie die Londoner „Sunday Times" unter Berufung auf gut unterrichtete diplomatische Kreise berichtet, sollen sich Washington und Moskau in Geheimverhandlungen geeinigt haben, daß Präsident Reagan und Gorbatschow vom 19. bis 21. November in Genf ein Gipfeltreffen abhalten. Das Weiße Haus ließ hingegen wissen, daß bisher weder Ort noch Zeit eines Gipfeltreffens festständen. Reagans Sprecher Speakes betonte, Moskau zeige jedoch prinzipielles Interesse an einer solchen Begegnung. Reagan hatte Gorbatschow im März zu einem offiziellen Besuch in die USA eingeladen.

Ob das Treffen tatsächlich zustande kommt, soll erst in den nächsten vier Monaten entschieden werden, was von dem Ablauf „internationaler Ereignisse" abhänge, meinte die britische Sonntagszeitung. Als wichtigstes Hindernis gilt gegenwärtig noch die verfahrene Lage bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, wo die Sowjets auf der Maximalforderung der Aufgabe des SDI-Projekts der Entwicklung von Weltraumwaffen bestehen. Gorbatschow hatte bei einer Rede in der ukrainischen Stadt Dnjepropetrowsk indirekt mit dem Abbruch der Genfer Gespräche gedroht. Er forderte, die USA müßten die SDI-Forschung gleich von Anfang an aufgeben, um erfolgreiche Verhandlungen zu ermöglichen. Erst dann stünde der Weg für beträchtliche Rüstungsreduzierungen offen.

In Genf versuchte Georgij Arbatow, ein Berater der Kreml-Führung, den psychologischen Druck der Aussage Gorbatschows noch zu erhöhen. Arbatow: „Das erste Opfer von SDI wären die sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen." SDI werde für alle Seiten ernste Probleme schaffen und den Ausbau strategischer Offensivwaffen beleben.

Machtkämpfe zwischen Schiiten verlängerten das Geiseldrama

Berris und Assads Position im libanesischen Lager ist offensichtlich geschwächt

PETER M. RANKE, Kairo

Die 39 amerikanischen Geiseln in Beirut sind zu unfreiwilligen Beteiligten in einem schweren Macht- und Einflußkampf unter den libanesischen Schiiten-Organisationen geworden. Ein Teil der Amal-Miliz sowie die noch radikaleren Gruppen der Hizbollah-Partei und des „Islamischen Heiligen Krieges" widersetzten sich bis gestern den mündlichen Abmachungen, die Amal-Chef und Justizminister Nabih Berri mit den Syrern und Amerikanern über die Geiseln getroffen hatte.

Am Samstag hatten sich die „Kämpfer" der Hizbollah-Partei unter Scheich Fadlallah geweigert, vier in ihren Händen befindliche Geiseln herauszugeben. Trotz stundenlangen Wartens in Rot-Kreuz-Bussen konnten die 35 Geiseln einschließlich der drei TWA-Crew-Mitglieder nicht nach Damaskus gebracht werden.

Nabih Berri erwies sich als zu einflußlos, um die Abfahrt aller 39 Geiseln bereits am Samstag durchzusetzen. Von Damaskus aus sollten sie nach Frankfurt geflogen werden. Berri sagte zweimal am Samstag nachmittag eine Pressekonferenz ab. Schließlich wiederholte sein Vertreter Husseini die alten Forderungen: Gleichzeitige Freilassung der 735 Schiiten von Israel, keine Vergeltungsaktionen und Rückzug der US-Flotte von der Küste.

Berri hatte bei einem oder zwei Geheimtreffen in Damaskus mit Präsident Hafez El Assad auf dessen Drängen eingewilligt, alle 39 Geiseln nach Damaskus zu bringen, wo sie syrischer Souveränität unterstellt und sofort freigelassen würden. Assad sieht in dieser Verfahrensweise eine Anerkennung seiner Vormachtrolle in Libanon durch Washington. Außerdem soll ihm die US-Regierung 300 bis 500 Millionen Dollar als Finanzhilfe zugesichert haben, wurde aus Schiiten-Kreisen in Beirut bekannt.

Sowohl von Assad als auch von der US-Regierung wird vorausgesetzt, daß die Israelis ihre Gefangenen freilassen, wenn die Geiseln frei sind. Geheime Absprachen darüber bestehen zweifellos. Die US-Regierung soll sich deshalb „einsichtig" gezeigt haben, daß die im Vorjahr und in diesem Frühjahr entführten vier Franzosen und sieben Amerikaner jetzt nicht freigelassen werden können, weil sie sich in den Händen von Hizbollah und „Islamischer Heiliger Krieg" befinden und Berris Amal-Miliz sie angeblich nicht aufspüren kann.

Die Stellung Nabih Berris ist durch die Ereignisse zweifellos geschwächt worden. Bei radikaleren Schiiten wird Berri als „Knecht der Amerikaner" bezeichnet. Schon vor zwei Wochen mußte er in Damaskus einem Waffenstillstand mit den Palästinsern zustimmen, nachdem seine Amal-Miliz die Lager der PLO in West-Beirut trotz eines monatelangen Kampfes nicht einnehmen konnte. Diese Lager-Kämpfe hatten die arabische Welt und Iran gegen Berri und Assad aufgebracht, so daß Syrien die Amal-Miliz schließlich zurückpfeifen mußte.

Offenbar hatte Berri gehofft, durch eine schnelle „Vermittlung" im Geiseldrama mit der Freilassung der 735 Schiiten aus israelischem Gewahrsam seine Position verbessern zu können. Daran sind die radikaleren Gruppen aber nicht interessiert. Sie bestehen auf einer möglichst langen und tiefgreifenden Demütigung des „amerikanischen Satans". Beobachter in Beirut sprechen davon, daß das libanesische Lager der Schiiten in eine pro-syrische Gruppe um Berri und eine zunehmend erstarkende Pro-Khomeini-Gruppe um Hizbollah gespalten ist.

Diese Konstellation hat Rückwirkungen auf das Verhältnis Syrien–Iran, die bisher wegen des gemeinsamen Gegners Irak Verbündete sind. Aber schon beim kürzlichen Besuch des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsanjani vermied es Assad, sich der „strategischen Allianz" Libyen–Iran anzuschließen.

Auf keinen Fall ist Assad daran gelegen, daß sich von Beirut bis Südlibanon ein radikaler Schiiten-Kanton unter Hizbollah-Führung etabliert, der die Herrschaft der Syrer nicht anerkennt und Damaskus in einen Krieg mit Israel zu verwickeln droht. Denn die Khomeini-Gefolgsleute wie Scheich Fadlallah oder „Islamische Amal" und „Islamischer Heiliger Krieg" wollen Jerusalem und Israel für den Islam erobern. (SAD)

Vor Entscheidung über „Fangunion"

Die Zukunft der deutschen Fischereiflotte steht auf dem Spiel / China will die Schiffe kaufen

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Das Bundeskabinett wird voraussichtlich heute endgültig über die Zukunft der deutschen Fischereiflotte entscheiden. Im Rahmen des Bundeshaushalts 1986 werden die Minister über das umstrittene Startkapital für die sogenannte Fangunion befinden, in die die letzten vier Hochseefischerei-Reedereien eingebracht werden sollen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat nämlich klipp und klar erklärt, daß die angestrebte Fangunion bei weitem nicht mit der geforderten Subvention von 100 Millionen Mark rechnen könne. Der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, meinte, daß die über vier Jahre zu verteilende Soforthilfe deutlich unter 90 Millionen liegen werde.

Die Gründung der Fangunion hängt aber nicht nur von staatlichen Zuschüssen ab. Würde der Bund rund 40 Millionen bereitstellen, blieben ungeachtet des Bremer Engagements von 10 Millionen Mark noch zwischen 30 und 50 Millionen Mark unfinanziert. Die sollen von den Reedereien selbst aufgebracht werden.

Auch Niedersachsen hat sich bereit erklärt, 10 Millionen für das neue Unternehmen zu geben, allerdings unter der Voraussetzung, daß es nach Cuxhaven kommt. Die Bremer Landesregierung stellte im nachhinein die gleiche Bedingung bezogen auf den Standort Bremerhaven.

Nach einem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit, ist Bremerhaven der günstigere Standort für die Fangunion. Einmal werden in Bremerhaven doppelt so viele Fischmengen angeliefert wie in Cuxhaven; zum zweiten kommt die Treuarbeit zu dem Ergebnis, daß der Standort Cuxhaven bei der jetzigen Struktur in der Marktbeschickung Zusatzkosten in Höhe von 476 000 DM zur Folge hätte.

„Wenn die Fangunion nicht kommt, dann bleibt uns nur die Liquidation," erklärte der Direktor der Hanseatischen Hochseefischerei in Bremerhaven, Dieter Koch, zwar besäßen die Deutschen eine der modernsten Fischereiflotten der Welt, aber das Korsett für den Fang sei zu eng geworden. Die Situation hat sich immer mehr zugespitzt, seit Mitte der siebziger die Nordatlantikstaaten die 200-Meilen-Wirtschaftszone einrichteten und die Fangmengen beschränkten.

Jetzt warten auch Chinesen und Norweger auf das Ergebnis der Kabinettssitzung, denn sie wollen die modernen Schiffe kaufen.

IG Metall kündigt harte Forderungen an

dpa, Stuttgart

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Überstunden sind die zentralen tarifpolitischen Ziele der IG Metall. Auf der Konferenz des IG Metall-Bezirks Stuttgart erklärten sowohl Bezirksleiter Ernst Eisenmann als auch der zweite Vorsitzende Franz Steinkühler in Balingen, die Wochenarbeitszeitverkürzung habe sich entsprechend den Prognosen der Gewerkschaft als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen erwiesen.

Eisenmann sprach von 31 000 neuen Arbeitsplätzen im Land, Steinkühler bundesweit von rund 80 000 Neueinstellungen, die „ausschließlich das Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung" seien. Die 38,5-Stunden-Woche sei bei 95 Prozent aller Metallbeschäftigten verwirklicht. Steinkühler: „Wir müssen und werden diesen begonnenen Weg fortsetzen." Die 35-Stunden-Woche müsse rascher kommen als die in elf Jahren erreichte 40-Stunden-Woche.

Eisenmann meinte, durch Lohnverzicht in den letzten Tarifrunden, durch Sozialabbau und Steuerprogression sei Nachholbedarf bei den Realeinkommen der Arbeitnehmer entstanden, und kündigte an: „Die Forderung nach einer kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhung ist für das Frühjahr 1986 an erster Stelle zu sehen". Steinkühler kritisierte den Gegensatz zwischen „Gewinnrekorden in Milliardenhöhe und Arbeitslosenrekorde in Millionenhöhe". Die Nettoeinkommen seien seit 1983 um nur 2,5 Prozent, die Nettogewinne jedoch um 25 Prozent gestiegen. Die Lohnkosten seien gesunken, doch zeige die Massenarbeitslosigkeit immer neue Rekorde.

SPD-Pläne für Steueränderungen

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Bereitschaft der Unternehmen zu mehr produktiven Investitionen durch eine Fülle steuerlicher Änderungen erleichtern. Eine strengere Steuerkontrolle von Finanz- und Immobilienanlagen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzinvestitionen, eine Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen, Entlastungen von der Vermögenssteuer der Betriebe sowie der Abbau von Steuersubventionen sind Vorschläge der vom SPD-Parteivorstand eingesetzten Arbeitsgruppe „Steuern und Abgaben".

Neue Realität

hi (London) – Großbritannien gilt im Ausland immer noch als das Land der ungezählten Arbeitskämpfe. Dieses Bild war auch bis vor nicht allzu langer Zeit gar nicht so falsch. Und fast alle Streiks waren auch erfolgreich. Die Frage nach der Legalität erübrigte sich dabei von vornherein, weil gar kein Gewerkschaftsrecht bestand. Und sollten Unternehmen durch Streik erpreßte Zusagen an den Rand des Bankrotts gebracht worden sein, dann beeilte sich in der Regel die Regierung, mit Steuergeldern das Loch zu stopfen.

Heute sieht die Sache grundlegend anders aus. Die Chancen für die Arbeitnehmer, bei Streiks zu verlieren, *sind größer denn je zuvor.* Auf dem Spiel steht der Ausfall von Lohn und Gehalt über mehrere Wochen für ein Ergebnis, das nichts oder nur sehr wenig bringt. Sollte es zum Firmen-Bankrott kommen, wird man nun vergeblich auf den Rettungswagen aus Whitehall warten. Und dann hängt über jeder Streikaktion, der nicht eine geheime Urabstimmung vorausging oder bei der es zu massenhaften Aufstellung von Streikposten kommt, das Schwert schwerer Gerichtsstrafen bis hin zur Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen.

Kein Wunder folglich, daß sich bei den Gewerkschaften nach und nach ein neuer Realismus durchzusetzen scheint. Das anfangs verbissen bekämpfte neue Gewerkschaftsrecht der Regierung Thatcher wird, jedenfalls was die Abhaltung von Urabstimmungen betrifft, von immer mehr Gewerkschaften befürwortet. Großbritannien das *streikärmste Land in Europa?* Das ist durchaus keine Utopie mehr.

Flaute ohne Ende

Von LEO FISCHER

Schon seit Monaten bieten die Rohstoffmärkte das genaue Spiegelbild der Aktienbörse. Während hier beinahe täglich neue Höchstkurse erzielt werden, bestehen an den Commodity-Börsen überhaupt keine Anzeichen für eine Preiserholung. Der Konjunkturaufschwung jedenfalls ist anders als bei den Aktien an den Rohstoffen beinahe völlig vorbeigegangen. Seit dem vierten Quartal letzten Jahres befinden sich die Rohstoffnotierungen wieder auf dem Rückzug und es gibt kaum Ausnahmen, die das triste Bild aufhellen. Sowohl der auf Dollarpreisen basierende Moody's-Index wie auch der nach Pfundkursen berechnete Reuters-Index fielen weiter zurück. Der *Moody's-Index ist zwischenzeitlich* mit 920,9 auf das niedrigste Niveau seit Mitte 1978 zurückgefallen und das britische Brokerhaus Phillips & Drew hält sogar einen Rückgang auf 800 für wahrscheinlich.

Zwar ist es nicht das erste Mal, daß sich Aktien und Rohstoffe gegenläufig entwickeln. Zu unterschiedlich sind die Anlegergruppen, die sich auf den verschiedenen Märkten tummeln, zu unterschiedlich sind die Preisbestimmungsfaktoren, zu heterogen sind die Rohstoffmärkte. An der Aktienbörse *heißt es* „Geht Käse, geht Butter", will heißen, eine Hausse pflegt im allgemeinen den Markt in seiner ganzen Breite mit nach oben zu ziehen. Anders an den Rohstoffmärkten. So können zum Beispiel Rekordernten bei Weizen und Kakao auf die Notierungen dieser Produkte drücken, während umgekehrt eine Mißernte zu Preissteigerungen führt.

Gleichwohl muß es wundern, daß diejenigen Faktoren, die die Aktienkurse in die Höhe treiben, an den Rohstoffmärkten ohne Wirkung bleiben. Der inzwischen allerdings wieder schwächer werdende Konjunkturaufschwung in den USA, die sich verbessernde Investitionsneigung, die auch über eine Ausdehnung der Lagerhaltung die Nachfrage nach industriellen Rohstoffen steigern sollte, der starke Rückgang der Zinsen, die sich bessernden Unternehmenserträge machen die Hausse an den Aktienmärkten aus und sollten eigentlich auch auf den Rohstoffbörsen Wirkung zeigen.

Lediglich die niedrige Inflationsrate wirkt auf die Rohstoffbörsen anders als bei Aktien. Nicht nur Gold, sondern auch anderere Rohstoffe werden vielfach als Schutz gegen die Inflation angesehen. Inzwischen ist auch ein weiterer Haussefaktor für die in Pfund Sterling notierten Rohstoffe wie die NE-Metalle und Kaffee und Kakao weggefallen. Die Dollar-Hausse in Verbindung mit der Pfundschwäche hatte bei einigen Rohstoffen zu optisch hohen Kursen geführt und teilweise die negativen fundamentalen Faktoren überkompensiert. Seitdem der Dollar leicht über drei Mark schwankt, sind auch solche Sonderbewegungen ausgeblieben.

Zu einem überraschenden Preisrückschlag kam es bei Aluminium. Mit 783,75 Pfund je Tonne rutschte die Aluminium-Notiz auf das niedrigste Niveau seit Februar 1983. Ende des Vormonats kostete das Metall noch 1000 Pfund. Der viele Experten überraschende Preiseinbruch wird auf den starken Anstieg der Aluminium-Vorräte in den Warenhäusern der London Metal Exchange zurückgeführt. Die Vorräte stiegen um 26 400 Tonnen (auf 122 500 Tonnen); dies war wohl die stärkste wöchentliche Zunahme der Vorräte, seit der Aluminium-Markt 1978 eröffnet wurde. Für die Marktbeobachter war die Zunahme besonders deshalb überraschend, weil damit der seit Wochen anhaltende Trend eines Lagerabbaus plötzlich beendet war.

Insgesamt hielten sich die NE-Metalle im letzten Monat recht gut, obwohl außer bei Aluminium auch bei Kupfer, Blei, und Zinn die Lagervorräte zunahmen. Besonders bei Kupfer mußten die Lager in den vergangenen Monaten erheblich aufgestockt werden. Neben der abflauenden US-Konjunktur werden dafür auch saisonale Gründe genannt. Im Sommer, zur Zeit der Betriebsferien, leidet das rote Metall immer unter einer gewissen Nachfrageflaute.

Eine Sommerflaute kennen die Kaffee-Märkte im allgemeinen nicht. Denn dann bedrohen Fröste die Kaffee-Ernte im winterlichen Brasilien. Die ersten Fröste haben sich auch der Jahreszeit entsprechend eingestellt – sind aber offensichtlich glimpflicher abgelaufen als befürchtet. Zudem ist die Ernte weitgehend eingebracht; von einer Verstärkung der Fröste wäre allenfalls die nächste Ernte betroffen. Daher neigten die Kaffeenotierungen eher zur Schwäche.

Allerdings bergen die geringen Vorräte bei den Röstern durchaus die Gefahr eines plötzlichen Preisausbruchs. Langfristig scheinen die Preiserwartungen aber eher gedämpft. Denn nach Schätzungen des US-Schatzamtes wird die Produktion des Jahres 85/86 mit 99,1 Millionen Sack (ein Sack = 60 Kilo) die des Rekordjahres 1981/82 knapp und die des Vorjahres deutlich übertreffen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Juni 1985	Ende Mai 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	1089,5	1121,5	1342,5	1089,5
Zink	L	£/t	636	650,25	851	602,5
Zinn	L	£/t	9672,5	9480	10265	9142,5
Blei	L	£/t	301,5	290,75	395	289
Aluminium	L	£/t	768,25	818,5	1060,25	768,25
Nickel	L	£/t	4132,5	4436,5	4927,5	4132,5
Gold	L	$/Unze	316,25	313,15	329,9	285
Silber	L	p/Unze	472,8	477,8	576,9	472,8
Platin	L	£/Unze	206,3	206,85	252,4	206,3
Weizen	C	Cts/bu	321,37	314,87	373,37	312,62
Mais	C	Cts/bu	273,5	274,62	285,62	262
Kakao¹	L	£/t	1706,5	1741,5	2266,5	1696,5
Kaffee¹	L	£/t	1935	2013,5	2423,5	1935
Zucker	L	£/t	85	89	122,5	83
Sojaöl	C	Cts/lb	30,21	30,07	33,03	25,59
Baumwolle²	Li	Cts/kg	61,90	62,28	71,95	60,33
Schweißwolle	S	Cts/kg	623,5	633	650,5	555
Kautschuk	L	p/kg	67,5	64,57	3,75	63,75
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			923,6	905,1	973,4	903,3
Reuter's (31. 9.31=100) London			1759,9	1799,3	2101,4	1759,9

¹Zweite Abladung ²A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

BANKGEHEIMNIS / Vorschläge der OECD zur Bekämpfung der Steuerflucht

Auskunftspflicht gegenüber den Finanzämtern soll erweitert werden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Rat der Organisation für wirtschaftiche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird am Mittwoch über den brisanten Bericht seines *Steuerausschusses zum „Mißbrauch des Bankgeheimnisses"* entscheiden. Denn darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Steuerbehörden und den internationalen Austausch dieser Auskünfte zu verstärken, um eine korrekte Steuerveranlagung sicherzustellen und der Steuerflucht besser entgegenzuwirken.

Der noch unveröffentlichte Bericht geht auf eine schwedische Initiative zurück. Sie wurde vor allem von der amerikanischen und französischen Delegation unterstützt und vorangetrieben. Washington und Paris kommt es darauf an, insbesondere die Schweiz sowie *in zweiter Linie* Luxemburg und Österreich zur Lockerung des Bankgeheimnisses zu bringen. Die Bundesregierung hatte gegen die *Empfehlungsvorschläge* des Ausschusses grundsätzlich nichts einzuwenden.

Nachdem aber Bern entsprechende Ratsbeschlüsse durch sein Veto zu verhindern androhte, entschloß sich Bonn am letzten Freitag im Exekutivausschuß der OECD zu einer vermittelnden Position. Sie läuft darauf hinaus, die Vorschläge des Steuerausschusses so weit zu entschärfen, daß ein *Kompromiß* mit den drei „Steuerparadiesen" möglich wird.

In dem Bericht, dem die schweizerische und luxemburgische Delegation des Steuerausschusses nicht zugestimmt hat, wird zunächst festgestellt, daß das Bankgeheimnis grundsätzlich geschützt bleiben muß. Denn es sichere die notwendige Vertraulichkeit gegenüber Bankkunden. Dem Staat gegenüber dürfte das Bankgeheimnis aber nicht „mißbräuchlich" ausgenutzt werden. Als Beispiele werden die Steuerhinterziehung und die Steuerflucht genannt. Das Bankgeheimnis könne hier „unerwünschte" *Konsequenzen haben,* insbesondere staatliche Einnahmeausfälle, und das übergeordnete Prinzip der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen verletzen.

Darüber hinaus können einem Staat durch die Steuerflucht Wettbewerbsnachteile und Zahlungsbilanzschwierigkeiten entstehen, heißt es in dem Bericht. Die unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen über die Auskunftspflicht der Banken müßten deshalb zwischen den einzelnen OECD-Staaten harmonisiert werden. Eine Verschärfung der deutschen Rechtsvorschriften stand in dem Ausschuß aber nicht zur Debatte.

Außerdem setzt sich der Ausschuß für eine Verstärkung der gegenseitigen Amtshilfepflicht der Steuerbehörden ein. Auf das in den bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen verankerte Recht, Auskunftsbegehren abzulehnen, sollte dem Bericht zufolge „wo immer möglich" verzichtet werden. Denn der auskunftsersuchende Staat sei normalerweise besser in der Lage als der Ersuchte, dem Steuerflüchtling auf die Spuren zu kommen. Deshalb sollten gegen die Übermittlung von Bankauskünften an ausländische Behörden grundsätzlich dann keine Bedenken erhoben werden, wenn diese Auskünfte bei den Behörden des auftraggebenden Landes bereits vorliegen.

Im übrigen ist der Bericht des Steuerausschusses nicht sehr präzise formuliert. So erfolgt insbesondere keine klare Abgrenzung zwischen der *illegalen Steuerhinterziehung* beziehungsweise dem Steuerbetrug auf der einen und der Steuervermeidung auf der anderen Seite, die in der Bundesrepublik völlig legal ist. Bei einer extensiven Auslegung der Vorschläge könnten sich deshalb durchaus negative Konsequenzen, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, ergeben.

Bei den der Ratssitzung vorangegangenen Delegationsgesprächen überwog die Auffassung, daß sich vor allem die Schweiz mit ihrem besonders weitgehenden Bankgeheimnis *öffnen sollte.* Bern *drohte damit* in die Isolierung gedrängt zu werden. Andererseits kann der Rat der OECD, Beschlüsse nur einstimmig fassen. Bei einem Veto der Schweiz würde der ganze Bericht hinfällig, bei einer Stimmenthaltung wären seine Empfehlungen gegenüber der Schweiz nicht anwendbar.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street nimmt die Indikatoren nicht ernst

H.-A. SIEBERT, Washington

Der gewaltige Sprung der führenden Konjunkturindikatoren – 0,7 Prozent im Mai nach minus 0,6 und 0,1 Prozent im April und März – hat die US-Aktienmärkte kaum beeindruckt. Zweifel an ihrer Verläßlichkeit und das *zweithöchste monatliche* Handelsdefizit in der Geschichte Amerikas warfen zu lange Schatten, um eine Flut von Kauforders auszulösen. Anstöße kamen jedoch vom Rentenmarkt, an dem sinkende Zinsen für höhere Notierungen sorgten. Zuvor hatte er problemlos *17 Mrd. Dollar* an neuen Treasury-Papieren aufgenommen, wobei Ausländer kräftig mithalfen.

Am Freitag legte der Dow Jones-Industrie-Index nur bescheidene 3,25 Punkte zu. Zusammen mit einem Wochenplus von 10,98 Punkten reichte das jedoch für ein neues Hoch. Zieht man die Bilanz für das erste Halbjahr 1985, dann ist das populäre Barometer um 124 auf 1335,46 Punkte oder 10,2 Prozent gestiegen. Der umfassende Nyse-Index schloß die Woche mit 111,11 (0,39 und 1,27) Punkten – ebenfalls ein neuer Rekord. Seit dem 31. Dezember gewann er 15,3 Prozent, was die Breite der im Herbst 1984 begonnenen Hausse unterstreicht.

Unter den Wall-Street-Analysten hat der Index der führenden Konjunkturindikatoren erheblich an Wert verloren, weil er sich hauptsächlich auf die Daten des verarbeitenden Gewerbes stützt, das auf der Export- und Importseite die gesamte Last des überbewerteten Dollars trägt. Dagegen wird der mächtige Dienstleistungssektor, der inzwischen zwei Drittel des Sozialprodukts stellt, *ungenügend berücksichtigt. Wenigstens* solange das Wechselkurs-Gleichgewicht nicht wiederhergestellt ist, kommt es dadurch zu starken Verzerrungen. Außerem wird der Index, der sich zunehmend erratisch verhält, immer öfter revidiert.

Mit diesen Einschränkungen versehen, signalisieren die Indikatoren ein weiterhin moderates Wirtschaftswachstum in den USA. Die von der Administration für 1985 anvisierte Rate von real vier Prozent ist aus heutiger Sicht nicht erreichbar. Wahrscheinlicher sind 2,7 Prozent, wie von der OECD vorausgesagt. Das Tempo bleibt auch im dritten Quartal mäßig. Andererseits wäre das Indexplus ohne die von der US-Notenbank ausgeweitete Geldmenge nicht zustandegekommen. Sie unternimmt in der Tat alle Anstrengungen, um ein Abkippen der Konjunktur zu vermeiden.

Offensichtlich vertraut die Börse auf diese Art „Akkommodierung". Denn die meisten ernst zu nehmen*den Broker setzen auf eine Fortset*zung der Hausse. So soll der „Dow" nach einer Sommerpause auf 1380 bis 1445 Punkte klettern, wobei eine zweimalige Diskontsenkung auf 6,5 (zur Zeit: 7,5) Prozent unterstellt wird. Industrie-Aktien gelten als unterbewertet, empfohlen werden verbrauchernahe Papiere.

AUF EIN WORT

„Die Wirtschaft einer Region wie Nordhessen wird den notwendigen Strukturwandel am besten bewältigen, wenn sie *sich nicht nur* auf Hilfe von außen verläßt, sondern sich auf ihre Stärken besinnt, sie sichtbar macht und gezielt in Kooperation untereinander und mit der Wissenschaft einsetzt."

Christian Decken, Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel.
FOTO: LENGEMANN

USA

Handelsdefizit auf 150 Mrd. Dollar?

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Warenverkehr mit dem Ausland geraten die USA immer tiefer in die roten Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung erreichte das Defizit in der Handelsbilanz im Mai 12,7 Mrd. Dollar – 816 Mill. Dollar mehr als im April. Bis Ende Mai schlug der Passivsaldo mit *57,3 Mrd. Dollar* zu Buch, 51,3 Mrd. waren es im Vorjahreszeitraum. Damit ist das Defizit auf Jahresbasis bereits auf 138 (1984: 123,3) Mrd. Dollar gestiegen. An einem neuen Rekord ist kaum zu zweifeln, da sich die Konjunktur beschleunigt, was den Importsog verstärkt.

Wie US-Handelsminister Malcolm Baldrige mitteilte, nahmen im Mai die Exporte *um 2,1 Prozent auf 17,4 Mrd.* Dollar ab, während die Einfuhren trotz niedrigerer Ölbezüge um 1,5 Prozent auf 30,1 Mrd. Dollar anzogen. Die Ausfuhr verarbeiteter Erzeugnisse hat sich zwar leicht um 0,2 Prozent auf 12,2 Mrd. Dollar erhöht, sie lag aber weiter unter dem Durchschnitt des ersten Quartals.

Die Krise des US-Außenhandels spiegeln diese Zahlen: Die sonst hohen Überschüsse im Agrarexport sind im Mai auf 336 Mill. Dollar geschrumpft, dagegen stieg das Defizit *im Austausch von verarbeiteten Gü*tern auf 9,0 Mrd. Dollar. Baldrige macht dafür den überstarken Dollar verantwortlich: „Wenn der Dollar nicht sinkt und die Auslandskonjunktur schwach bleibt, schließe ich für 1985 ein US-Handelsdefizit von *140 bis 150 Mrd. Dollar nicht aus."*

AIRBUS

Großauftrag der Lufthansa

dpa/VWD, Frankfurt/Hamburg

Europas Flugzeugbauer haben einen neuen Großauftrag erhalten und damit im härter gewordenen Duell mit dem US-Branchenführer Boeing weiter an Boden gewonnen: Die Deutsche Lufthansa und die europäische Airbus-Industrie haben am Samstag einen Vertrag über 50 Verkehrsflugzeuge unterzeichnet. Die Lufthansa bestellte als achte Fluggesellschaft der Welt 15 Jets des neuen Typs Airbus A-320 und sieben Airbus A-300-600. Darüber hinaus wurden Optionen für 25 weitere A-320 und drei *A-300-600* erteilt.

Der Vertrag hat nach Angaben der Airbus-Industrie einschließlich aller *Ersatzteile und Optionen ein Volu*men von gut sechs Milliarden Mark; der finanzielle Rahmen der Festbestellungen wird von Luftfahrtexperten auf weit über drei Milliarden Mark beziffert.

Der 150sitzige Airbus A-320 soll ab *1990* das *Mittelstreckenflugzeug* Boeing 727 ablösen; derzeit sind bei dem Konzern 34 Flugzeuge dieses Typs im Einsatz. Der *zweistrahlige* Airbus A-320 gilt als das technisch modernste Flugzeug, das derzeit entwickelt wird, und soll nach Angaben *des Herstellers nur noch etwa halb so* viel Treibstoff verbrauchen wie die Boeing 727. Für den neuen Airbus A-320 liegen bis jetzt 90 Festbestellungen von acht Gesellschaften vor. Für den Airbus A-300-600, eine Weiterentwicklung des Ursprungstyps *A-300, wurden 27 feste Order erteilt.*

VERKEHRSETAT / Steigerung liegt mit 1,1 Prozent unter Haushalts-Durchschnitt

Jede zweite Mark für Investitionen

HEINZ HECK, Bonn

Praktisch jede zweite Mark des Bonner Verkehrsetats fließt in Investitionen. Damit handelt es sich um den größten Sachinvestitionshaushalt im Bonner Etatentwurf, den die *Bundesregierung am heutigen Mon*tag in einer ganztägigen Sitzung verabschiedet.

Zwar steigt der Verkehrsetat laut Entwurf nur geringfügig um 1,1 Prozent auf 25,4 Milliarden Mark, während die durchschnittliche Steige*rungsrate für den Bundeshaushalt* 2,4 Prozent beträgt. Doch wird im Verkehrsministerium darauf hingewiesen, daß allein die erhöhten Personalausgaben und die Zinsen für die Kreditaufnahme rund 1,5 Prozentpunkte der Steigerung der Gesamtausgaben *verzehren, so daß für den Rest 1986* nur eine Steigerungsrate von knapp einem Prozent verbleibe.

Darüber *hinaus ist der* Investitionsanteil am Gesamtvolumen des Verkehrsetats in den letzten Jahren gesteigert worden und soll auch in den nächsten Jahren weiter steigen: Erreicht er in diesem Jahr (Soll) 48,9 Prozent, so sind es laut Entwurf für das nächste Jahr 49,5 und für 1987 in der mittelfristigen Finanzplanung 49,7 Prozent. In Ausgabenbeträgen bedeutet dies einen Anstieg von 12,3 auf 12,6 und 12,7 Milliarden Mark. Demgegenüber sah der 1982 noch von der früheren Bundesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf für 1983 nur einen Investitionsanteil von 47,3 Prozent vor, und in der mittelfristigen Finanzplanung zeigte sich bis 1986 sogar eine deutlich sinkende Tendenz auf 45,3 Prozent.

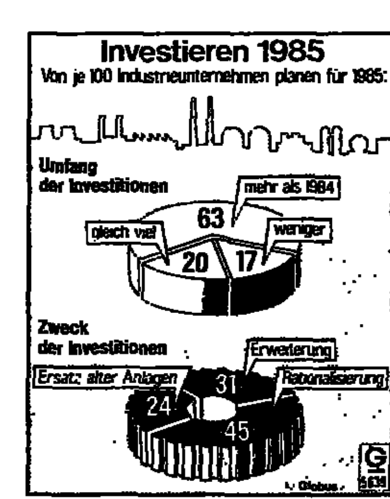
Gegenüber dem Vorjahr wie dem bisher geltenden Finanzplan sollen die Investitionsausgaben bis *1989* jährlich um durchschnittlich 200 bis 300 Millionen Mark erhöht werden. *Im einzelnen ist vorgesehen,* die Investitionsausgaben für Bundesfernstraßen wie die Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn um jährlich je 100 Millionen Mark zu steigern. Das bedeutet bis einschließlich 1989 ein Plus von insgesamt 800 Millionen Mark. Auch für Investitionsausgaben unter anderem zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des kommunalen Straßenbaus sind bis 1989 weitere rund 100 Millionen Mark zusätzlich geplant.

Die Verpflichtungsermächtigungen im Verkehrsetat 1986 fallen mit *3,6 Milliarden Mark* etwas geringer aus als im laufenden Etat (3,76). Die langfristigen Verkehrsinvestitionen machen langfristige Deckungszusagen erforderlich, für die die Verpflichtungsermächtigungen die haushaltsmäßige Voraussetzung schaffen. *Von diesen 3,6 Milliarden Mark* dürfen 1987 gut 2,3 Milliarden und 1988 rund 932 Millionen Mark fällig werden, *also* durch Ausgaben belegt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hüttenvertrag begrüßt

Bonn (HH) – Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD begrüßen die zwischen Kohle und Stahl vereinbarte Anschlußregelung zum Ende 1988 auslaufenden Hüttenvertrag. Gerstein (CDU) hebt als wichtige Vereinbarungen die Vollversorgung der Stahlindustrie mit deutscher Steinkohle, den Wettbewerbspreis und die Vertragsdauer bis zum Jahr 2000 hervor. Wolfram (SPD) mahnt nunmehr die Entscheidungen des „dritten und wichtigen Partners" Bund über die flankierenden Maßnahmen, also die Fortführung der Kokskohlenbeihilfe an. Dieses Beihil*fesystem müsse auch für den Kohle*absatz in die EG gelten. Eine Exportkürzung hätte dagegen weitere Zechenstillegungen zur Folge.



Das Investitionsklima in der Bundesrepublik ist gegenwärtig so gut wie seit langem nicht. Nach dem neuesten Ifo-Investitionstest wollen 63 Prozent der Industrieunternehmen in diesem Jahr mehr investieren als 1984. QUELLE: GLOBUS

Kredit für Kolumbien

***New York** (dpa/VWD) – Ein Ban*kenausschuß hat Kolumbien einen Neukredit in Höhe von einer Milliarde Dollar zugesagt. Das gab Finanzminister Roberto Jungito nach Verhandlungen mit Mitgliedern des Steuerungsausschusses eines inter*nationalen Bankenkonsortiums* bekannt. Es handelt sich um einen Kredit mit neun Jahren Laufzeit. Der Zinssatz wurde für die ersten vier Jahre auf 1-1/2 Prozent und für die verbleibenden fünf Jahre auf 1-3/8 Prozent über dem Londoner Interbanksatz (Libor) festgesetzt.

Weniger Versteigerungen

Bonn (HH) – Bei Zwangsversteigerungen von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist offensichtlich der Höhepunkt überschritten, hat Bauminister Schneider (CSU) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion erklärt. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken hätten die eingeleiteten Zwangsversteigerungsverfahren bei den Hypothekenbanken – gemessen an der Zahl der Deckungshypotheken von rund 850 000 – nur einen Anteil von etwa 0,8 Prozent; der der durchgeführten Zwangsversteigerungen liege bei nur 0,2 Prozent.

Wechsel beim „Fed"

Washington (Sbt.) – Im Federal Reserve Board, der zusammen mit den zwölf regionalen Notenbanken über die amerikanische Geld- und Währungspolitik wacht, scheiden zwei von sieben Gouverneuren aus: Lyle E. Gramley wird am 1. September Chefökonom der Mortgage Bankers Association of America; im Januar *läuft die Amtszeit von J. Charles Par*tee aus. Vor allem mit Gramley verliert „Fed"-Chef Paul Volcker einen wichtigen Verbündeten im Kampf gegen die Inflation. Allgemein wird befürchtet, daß Präsident Reagan Nachfolger beruft, die wie die von ihm ernannten Preston Martin und Martha Seger für einen weniger restriktiven Geldkurs eintreten. Im Board würde Volcker dann die Mehrheit für seine Politik verlieren. Am New Yorker Devisenmarkt wurden die Markgewinne gegenüber dem Dollar auf Gramleys Rücktritt zurückgeführt.

Hohe Zigarettenexporte

Hamburg (dpa/VWD) – Die deutschen Zigarettenhersteller werden in *diesem Jahr voraussichtlich der* zweitgrößte Exporteur mit einem Ausfuhrvolumen von über 50 Milliarden Stück. Dies geht aus Zahlen des Verbands der Cigarettenindustrie, Hamburg, hervor. Der größte Exporteur Bulgarien mit etwa 77 Milliarden *Stück liefert allerdings hauptsächlich* in Staatshandelsländer. Der Anteil der Exporte an der Zigarettenproduktion in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und steigt weiter. 1984 betrug er knapp 30 Prozent. Das gesamte Exportvolumen erreichte nach Angaben es Statistischen Bundesamts 44,3 Milliarden Stück.

Gebrauchtwagen-Rekord

Flensburg (dpa/VWD) – Mit 579 550 Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen wurde im Mai dieses Jahres das Rekordergebnis vom Mai 1984 (579 382) geringfügig übertroffen. Das teilte das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg mit. Beim Besitzwechsel von Pkw gab es ein geringfü*giges Minus.* 499 274 Pkw und Kombis gingen im Mai über den privaten und gewerblichen Gebrauchtwagenmarkt auf andere Halter über. Im Vorjahresmonat waren es knapp 503 000.

JAPAN

Private Anleger kaufen mehr Gold

FRED de LA TROBE, Tokio

Immer mehr Japaner legen ihre Ersparnisse in Gold an. 1984 betrugen die japanischen Goldeinfuhren 194,7 Tonnen. Damit war Japan der größte Importeur der Welt des gelben Edelmetalls. Es bezog 18 Prozent der insgesamt im vergangenen Jahr geförderten Goldmenge von 1100 Tonnen. Über ein Drittel der japanischen Einfuhren wurden von Privatpersonen erworben, der Rest wurde für die Herstellung von Schmuck und für den industriellen Gebrauch – besonders für Halbleiterbleche – verwendet.

Beim privaten Golderwerb hat wegen der niedrigen Preise auf den internationalen Märkten die Hortungsnachfrage sehr zugenommen. Unter den Goldkäufern sind immer mehr junge Berufstätige und verheiratete Frauen. Häufig werden kleinere Mengen von jeweils 100 oder 200 Gramm erworben. Bei Hortungskäufen spielen auch Steuergründe eine entscheidende Rolle. Anders als bei der Anlage auf Spar- oder Depositenkonten – die steuerlich erfaßt werden – können Golddepots den Behörden verborgen bleiben.

Die Importe und der Handel von Gold sind in Japan seit 1973 frei. Etwa zwei Drittel der Einfuhren kommen aus England und der Schweiz. Unter den restlichen Bezügen sind auch Direktkäufe in Südafrika und der Sowjetunion. In Japan selbst werden jährlich nur etwa fünf Tonnen gefördert. Seit 1982 gibt es in Tokio auch einen Goldterminmarkt, der neben Hongkong der zweite in Ostasien ist.

Auch der Absatz von Diamanten ist in Japan kräftig gestiegen. Die Einfuhren erhöhten sich im vergangenen Jahr um 16 Prozent auf 1,2 Millionen Karat. Stark ist die Nachfrage nach Diamanten-Ringen. Auch der Bedarf der Industrie ist wächst. (SAD)

KREDITKARTEN / Von der britischen Öffentlichkeit besser angenommen als auf dem Kontinent

Mehr als 13 Millionen benutzen das Plastikgeld

WILHELM FURLER, London

„Plastikgeld" hat in Großbritannien in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung erlebt. Aus den USA kommend sind Kreditkarten von der Öffentlichkeit rascher aufgenommen und zum festen Bestandteil des täglichen Lebens gemacht worden als irgendwo anders in Europa. Heute ist einer vor kurzem durchgeführten Untersuchung zufolge jeder dritte erwachsene Brite im Besitz einer Kreditkarte.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Kreditkarten und Charge-Karten in Großbritannien auf 22,7 Millionen, 40 Prozent mehr als nur drei Jahre zuvor. Mehr als 13 Millionen Erwachsene nutzen heute die Vorteile, mit einer oder mehreren Plastikkarten nicht nur bargeldlos einkaufen, tanken oder ins Restaurant gehen zu können, sondern damit auch einen zusätzlichen Kreditrahmen auszunutzen.

Der große Boom der Kreditkarten in Großbritannien ist ganz besonders von den führenden Banken unterstützt worden. Während sich die größte britische Geschäftsbank, Barclays, mit der Visa-Gruppe zusammentat (Visa-Barclaycard), geben die drei anderen Großbanken, National Westminster, Midland und Lloyd's Bank, Access-Karten aus, die der internationalen Mastercard-Gruppe mit der ebenfalls angeschlossenen Eurocard-Organisation angehören. Sowohl bei Barclaycard als auch bei Access werden zudem Goldkarten an besonders einkommenstarke Personen ausgegeben.

Entsprechend werden rund 75 Prozent aller Kredit- und Charge-Karten-Konten in Großbritannien von den Banken ausgestellt. Die absolute Spitze teilen sich Access und Barclaycard mit jeweils mehr als sieben Millionen Karten. Zur Visa-Gruppe zählen zudem noch 2,1 Millionen Kreditkarten-Konten der Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank mit deren TSB Trustcard sowie rund 300 000 weitere Visa-Karten.

Unter den sogenannten Charge cards hält American Express mit 800 000 Konten unangefochten die Spitze, gefolgt von Diners Club mit rund 300 000. Immer erfolgreicher auf diesem Gebiet werden einige britische Kaufhausketten, die ihren Kunden eigene Karten für bargeldlose Einkäufe anbieten. Es wird geschätzt, daß bereits 200 000 solcher Kreditkarten-Konten eingerichtet sind.

Unterschiedlich sind die Kreditrahmen der einzelnen Karten-Organisationen. Bei Access-Mastercard liegt die Obergrenze bei durchschnittlich 2600 DM, bei Visa-Trustcards bei 2350 und bei Visa-Barclaycards bei 2100 DM. 54 Prozent der Kreditkartenhalter sind Männer, und 25 Prozent leben in London.

Während es in den Ballungsräumen Großbritanniens und insbesondere im Süden des Landes einschließlich Londons heute kaum noch eine Tankstelle, kaum noch ein gutes Restaurant oder Hotel und kaum noch ein gehobenes Einzelhandelsgeschäft gibt, das keine der führenden Kreditkarten akzeptieren würde, wird man als Deutscher auf einige Schwierigkeiten stoßen, mit Euroscheck und Scheckkarte zu bezahlen. Allerdings akzeptieren alle Geschäftsbanken Euroschecks bis zu einem Betrag von 100 Pfund (knapp 400 Mark).

Die britischen Postämter verweigern noch die Annahme von „Plastikgeld". Dagegen kann bei der Staatsbahn British Rail mit allen gängigen Kreditkarten bezahlt werden. Immer dichter wird im übrigen das Netz der Stellen, die sowohl Karten der Visa-Gruppe als auch Karten der Mastercard-Gruppe (Access, Eurocard) akzeptieren.

ITALIEN / OECD: Lira ist weiterhin überbewertet

Die Konjunktur belebt sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die italienische Wirtschaft hat sich in den letzten 18 Monaten „befriedigend" entwickelt, stellt die OECD fest. Mit 2,6 Prozent erreichte ihre Expansionsrate 1984 wieder den Durchschnitt der westlichen Industriestaaten, wobei entgegen dem allgemeinen Trend die Arbeitslosigkeit leicht zurückging. Auch in der Inflationsbekämpfung erzielt Italien Fortschritte, übertrifft hier aber immer noch das OECD-Niveau erheblich.

Andererseits hat sich die Lira seit ihrer letzten Abwertung vom März 1983 gegenüber den anderen europäischen Währungen sehr gut behauptet. Das führen die OECD-Experten vor allem auf die hohen italienischen Zinssätze zurück. Diese fortschreitende Überbewertung der Lira schadet aber der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Italiens. Außerdem wird der Staatshaushalt durch die hohen Zinsen belastet.

Aus diesem Dilemma dürfte Italien so schnell nicht herauskommen, heißt es in dem OECD-Bericht. Denn Rom braucht eine stabile Währung und hohe Zinsen zur Dämpfung der Binnennachfrage und zur Inflationsbekämpfung. Um dennoch, das heißt ohne Abwertung, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, empfiehlt die OECD vor allem mehr Lohndisziplin und den Abbau der öffentlichen Defizite. Dies sei aber nicht zuletzt ein innenpolitisches Problem, heißt es.

Was die Staatseinnahmen betrifft, so sollte der Steuerdruck fühlbar, und zwar etwa einen Prozentpunkt pro Jahr, verstärkt und der Steuerhinterziehung energischer das Handwerk gelegt werden. Außerdem müßte der Staat seine Ausgaben kürzen und beispielsweise die Indexierung der Pensionen beseitigen.

Immerhin erreichte die italienische Staatsverschuldung 91 Prozent und der Finanzbedarf der öffentlichen Finanzverwaltung 13,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Auch hat sich infolge der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit die italienische Leistungsbilanz inzwischen wieder verschlechtert. Nach einem Überschuß von 0,6 Milliarden Dollar 1984 entstand 1985 ein Defizit von 2,8 Milliarden Dollar.

IMMOBILIEN / Nach vierjährigem Rückgang ziehen in Italien die Preise wieder an

Sanierte Altbauwohnungen gefragt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Angeführt von großen Städten wie Mailand und Rom zeichnet sich am italienischen Immobilienmarkt nach beinahe vierjähriger Stagnation neuerdings eine leichte Belebung ab. Impulse gehen in erster Linie von der Substitutionsnachfrage aus, während der Neubaumarkt noch immer von Schwächetendenzen gekennzeichnet ist. Experten registrieren eine leichte Preis- und Nachfrageerholung vor allem für zentral gelegene Großraumwohnungen und für kleinere Wohnungen an der Peripherie. Verstärktes Interesse verzeichnen Experten außerdem für sanierte Altbauwohnungen.

Nach einem fast vierjährigen Preisverfall haben in diesen Fällen die Preise seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder anzuziehen begonnen. Damit ist aber der reale Stand des Jahres 1981 erst zum Teil wieder erreicht. Im Landesdurchschnitt sanken die Immobilienpreise nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Immobilienmakler um real 40 Prozent zwischen 1981 und 1984. Eine überdurchschnittliche Verminderung um beinahe 48 Prozent ergab sich in Mailand, wo 1984 nochmals eine Abnahme von 10,6 Prozent erfolgte. Die Substitutionsnachfrage wird vor allem durch Käufer genährt, die von kleineren auf größere Eigentumswohnungen umsteigen wollen, sowie von Singles die Kleinwohnungen bevorzugen.

Im vergangenen Jahr wurden in Italien nach Verbandsschätzungen rund 0,6 Millionen Häuser und Wohnungen gekauft und verkauft und etwa ebenso viel neu vermietet. Gemessen an den ungefähr 17 Millionen Häusern und Wohnungen, die am Jahresende belegt waren, entsprach dies einem Anteil von rund acht Prozent. Damit hielt sich die Mobilität im Rahmen des westeuropäischen Durchschnitts. Eine Rückkehr zu der Immobilienhausse, die zwischen 1979 und 1981 die schon vorher stark gestiegenen Preise noch einmal nach oben schießen ließ, wird von Experten vorerst ausgeschlossen. Übereinstimmend wird hierbei darauf hingewiesen, daß durch die in den letzten vier Jahren gebotenen positiven Realzinsen am Rentenmarkt und neu eingeführte Formen des Alternativsparens die Flucht vor der Inflation eine geringere Rolle spielt. Und die staatlichen Mieterschutzgesetze tragen ein übriges dazu bei, so daß Immobilien als Renditeobjekte kaum noch attraktiv sind. Auf der Anklagebank der Haus- und Wohnungseigentümer befindet sich in diesem Zusammenhang nicht nur das Gesetz, mit dem der „gerechte Mietzins" durchgesetzt wird, sondern auch die gesetzlichen Bestimmungen, mit denen der Gesetzgeber die Kündigung von Mietverhältnissen und die Durchsetzung von Räumungsklagen erschwert.

Im Jahre 1984 wurden nach Schätzungen etwa 0,2 Millionen Wohneinheiten errichtet, womit wie im Vorjahr ein Rückgang von beinahe sechs Prozent eintrat. In den letzten vier Jahren wurden durchschnittlich im Jahr knapp 240 000 Wohnungseinheiten gebaut, davon etwa 40 Prozent in Süditalien. In den vergangenen Jahren hat die Altbausanierung immer größere Bedeutung erlangt. Während 1971 erst 28,3 Prozent der gesamten Investitionen im Wohnungsbau auf Altbausanierungen und -restaurierungen entfielen, machte dieser Anteil 1984 bereits 45,3 Prozent aus. Diese Tendenz wird Experten zufolge noch weiter anhalten. Etwa die Hälfte des gesamten italienischen Hausbestandes wurde vor 1945 errichtet.

Chile einigt sich mit Privatbanken

dpa/VWD, New York

Chile hat sich mit dem Lenkungsausschuß eines internationalen Bankenkonsortiums über ein neues Finanzierungspaket zu günstigeren Konditionen geeinigt. Wie die Manufacturers Hanover Bank mitteilte, gehören zu den wichtigsten Elementen ein Neukredit von 768 Mill. Dollar und eine Kofinanzierung mit der Weltbank in Höhe von 300 Mill. Dollar. Diese Finanzierung wird von den Privatbanken aufgebracht und zur Hälfte von der Weltbank garantiert.

Das Abkommen sieht ferner die Umschuldung der zwischen 1985 und 1987 fälligen öffentlichen und privaten Schulden Chiles vor. Die Verhandlungsteilnehmer einigten sich außerdem auf einer Verlängerung von Chiles kurzfristigen Handelskrediten bis Ende 1987. Schließlich wurden die Kreditkonditionen zugunsten Chiles geändert. In dem Umschuldungsabkommen für 1983 wurde ein Zinssatz von 2-1/8 Prozent über Libor (London Interbank Offered Rate) angesetzt. Im neuen Abkommen liegt der Zinssatz 1-3/8 Prozent über Libor.

Im Februar einigte sich Chile mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Wirtschaftsprogramm für 1985. Chile hat im Ausland insgesamt 20 Mrd. Dollar Schulden.

RENTENMARKT / Wenig Aktivitäten

Hoffnungen gedämpft

Am Rentenmarkt spielt sich zur Zeit nicht allzuviel ab. Die Zinsnervosität in den Vereinigten Staaten hat manche in der Vorwoche gehegten Zinssenkungshoffnungen in der Bundesrepublik in den Hintergrund gedrängt. Und es wird jetzt weniger darauf spekuliert, daß die Bundesbank in absehbarer Zeit den für den Zinstrend ohnehin irrelevant gewordenen Lombardsatz von sechs auf 5,5 Prozent zurücknimmt. Anlageinteresse besteht derzeit praktisch nur für Papiere mit Laufzeiten bis zu fünf Jahren, die auch bei Ausländern Anklang finden. Gewisse Hoffnungen gelten allerdings den heute bevorstehenden Zins-Kuponterminen per 1. Juli. Die siebenprozentige Nordrhein-Westfalen-Anleihe meldete einen nur zögerlichen Start. Die Durchschnittsrendite rutschte auf einen neuen Sechs-Jahres-Tiefstand von 6,84 Prozent. (cd.)

Emissionen	28.6. 85	21.6. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,50	6,52	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,67	6,71	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,58	6,59	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,87	6,87	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,63	6,63	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,34	6,34	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,13	7,13	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,62	6,62	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,19	7,19	7,20	8,08	8,45

VERSTEIGERUNGEN

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 2. August 1985, 10 Uhr, auf dem Gelände des Flugplatzes Ganderkesee, 2875 Ganderkesee 1, versteigert werden das im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen beim Amtsgericht Braunschweig, Blatt 2673, eingetragene Luftfahrzeug (Flugzeug) Cessna 425, Kennzeichen: D-IAAS, Werknummer der Zelle 425-0012, Luftfahrzeugrolle Blatt 11 973. Der Versteigerungsvermerk ist in das Pfandrechtsregister eingetragen worden am 31. 1. 1985. Zu diesem Zeitpunkt war als Eigentümer eingetragen: Aquair Luftfahrt GmbH & Co. Betriebs-KG in Kirchheim. Der Verkehrswert des Luftfahrzeugs nebst Zubehör ist gem. §§ 74a, 85a ZVG festgesetzt auf 2 270 000,– DM. Bietinteressenten müssen ggf. am Versteigerungstermin Sicherheit für ihr abgegebenes Gebot in Höhe von 1/10 in bar an das Gericht leisten. – 27 a K 13/85 – (21. 5. 1985).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge, Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

[illegible]

FINANZANZEIGEN

BMA / Stützungsmaßnahmen im Beteiligungsbereich

Trendwende zum Positiven

D. SCHMIDT, Braunschweig

Früher als ursprünglich erwartet hat sich bei der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt AG (BMA) die angestrebte Trendwende eingestellt. Nach Angaben des Vorstands haben lediglich Stützungsmaßnahmen zur Konsolidierung bei Beteiligungsgesellschaften dazu geführt, daß „trotz der deutlichen Gesamtverbesserung" noch ein Jahresfehlbetrag von 1,28 Mill. DM ausgewiesen wird. Einschließlich des Verlustvortrags aus dem Vorjahr von 3,64 Mill. DM ergibt sich so ein Bilanzverlust von 4,92 Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

BMA-Vorstandschef Rolf-W. Könnecke will zum Umfang der Stützungsmaßnahmen zwar keine näheren Angaben machen, räumt aber ein, daß der „größere Teil" der Position „Verluste aus Wertminderungen" (10,48 Mill. DM) davon betroffen ist. Neben der „Trocknungs-Anlagen-GmbH" mußte auch gegenüber der US-Tocher Silver Engineering Works Inc. ein Forderungsverzicht ausgesprochen werden. Könnecke geht davon aus, daß weitere Hilfsmaßnahmen nicht erforderlich werden und die Bereinigung weitgehend abgeschlossen ist.

Im Geschäftsjahr 1984 erhöhte sich der Umsatz der BMA um 22 Prozent auf 99,6 (81,5) Mill. DM. Die angepaßte Fertigungskapzität – das Werk in Schladen wurde geschlossen und die Produktion in Braunschweig konzentriert – sei voll ausgelastet gewesen. Inzwischen hat sich nach den Worten Könneckes der Auftragsbestand weiter verbessert. Für die überschaubare Zeit gebe es keine Beschäftigungsprobleme für die rund 650 Mitarbeiter. Wegen des im Anlagengeschäft ungewissen Fakturierungszeitraums lasse sich aber zu den Ergebnissen des laufenden Jahres nichts Konkretes sagen.

Der nicht konsolidierte Konzernumsatz der BMA dürfte bei 160 Mill. DM liegen. Wichtigste Tochter ist die Starcosa GmbH, die 1984 einen Umsatz von 23 (11) Mill. DM und eine Gesamtleistung von 37,5 (19,6) Mill. DM erzielte. Die Ertragsentwicklung wird als befriedigend bezeichnet. Veräußert hat die BMA 50 Prozent der Anteile an der Balco Filtertechnik GmbH. Diese Gesellschaft habe den Verlustvortrag aus 1983 ausgleichen können. Insgesamt weist die BMA Beteiligungserträge von 4,3 (1) Mill. DM aus. Das Unternehmen gehört zu den führenden deutschen Herstellern von Anlagen für die Zuckerindustrie. Am Grundkapital von 25 Mill. DM ist die C. Deilmann AG, Bad Bentheim, mit 98 Prozent beteiligt.

DILLINGER HÜTTE / Vorsicht mit Prognose

Neue Blüte im Stahlgeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ihren im Vorjahr getrübten Ruf als Perle nicht nur der saarländischen Stahlindustrie bekräftigt die AG der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen, im 1984er Abschluß gleich zweimal. Erstens wurde der Vorjahresverlust von 35,2 Mill. DM in 25 Mill. DM Jahresüberschuß verwandelt, der freilich fast komplett der Verlustvortrag-Tilgung diente und noch nichts für die Rückkehr zur Dividende (zuletzt mit dem Supersatz von 25,4 Prozent für 1980 gezahlt) brachte. Zweitens schaffte das mit 178,5 Mill. DM Aktienkapital in französischem (Montan-) Mehrheitsbesitz liegende Unternehmen nun eine Wiederaufstockung seiner Mitarbeiterzahl auf 5736 (5575), was in der mühsam schrumpfenden EG-Stahlindustrie als Ausnahmeerscheinung gewertet werden darf.

Solche positive Besonderheit verdankt die Dillinger Hütte der traditionellen Konzentration auf rationellste Erzeugung ihres obendrein einigermaßen gut im Markt liegenden Hauptprodukts Grobblech mit weitem Einsatzbereich von Röhrenproduktion bis zu Schiff- und Apparate/Behälterbau. Nebst Produktverbund mit des Hauptaktionärs Lothringer Sollac-Hütten stieg 1984 der Rohstahlausstoß auf 2,66 (2,03) und der Walzstahlversand auf 2,19 (1,66) Mill. t.

Das brachte, auch noch von Preiserholung beflügelt, einen Umsatzanstieg auf 2,33 (1,79) Mrd. DM. Abseits der mit 67,6 (44,6) Mill. DM fortgesetzten Sachinvestitionen – bei 53,6 (81,9) Mill. DM Abschreibungen – treibt die Firma die saarländischen „Gemeinschaftsobjekte" zentraler Koks/Roheisenerzeugung zwecks Strukturverbesserung dieser Montanregion voran. Doch alles mündet für den Vorstand nur in der Erkenntnis, daß eine Geschäftsprognose für 1985 noch nicht möglich ist.

HANNOVER ZUCKER / Fusionsbemühungen fortgesetzt

Schlechtestes Betriebsergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Hannoversche Zucker AG, Rethen, wird trotz des Einspruchs des Bundeskartellamtes die Bemühungen um eine Fusion mit der Lehrter Zucker AG fortsetzen. Das erklärte der Vorstand auf der Hauptversammlung. Der im vergangenen Jahr abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag zwischen beiden Unternehmen habe neben der Ausschöpfung kurzfristiger Kosteneinsparungen vor allem die Vorbereitung der Fusion zum Ziel. Die Bereinigung der Zukkerfabrikstruktur in der Region sei eine wesentliche Voraussetzung für die Absicherung des Zuckerrübenanbaus und der Zuckererzeugung über einen längeren Zeitraum. Von daher gebe es zu dem beabsichtigten Zusammenschluß keine vernünftige Alternative.

Planmäßig verläuft dagegen die innerbetriebliche Umstrukturierung. Der Ausbau des Werkes Rethen mit Blick auf die Stillegung des Werkes Weetzen nach der Kampagne 1987 ging im Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.) weiter voran.

Tiefe Spuren haben bei der Hannoverschen Zucker AG die Brüsseler Beschlüsse zum Abbau des Währungsausgleichs, die zu einer Senkung der Zuckerpreise zum 1. 1. 1985 führten, hinterlassen: Der Vorstand spricht von dem „schlechtesten Betriebsergebnis seit langen Jahren". Die eingeleiteten Maßnahmen der Kostensenkung und der Erlössicherung durch Export und Intervention von Zucker hätten keinen Ausgleich schaffen können. Der Jahresüberschuß, der nur noch 0,48 (1,61) Mill. DM erreichte, spiegelt diese Entwicklung wider. Die Aktionäre erhalten dennoch eine unveränderte Dividende von 8 Prozent. Die Rücklagen blieben im Berichtsjahr (1,13 Mill. DM) undotiert.

Die Anbaufläche erhöhte sich um 2,8 Prozent auf 14 523 (14 124) Hektar. Verarbeitet wurden 6,9 (5,2) Mill. Dezitonnen (dt) Zuckerrüben. Bei einem Anstieg der Hektar-Erträge auf 455 (360) dt erhöhte sich die Zuckerproduktion auf 103 000 (83 000) Tonnen. Der Umsatz wird mit 172 (152) Mill. DM ausgewiesen. Die Aussichten für das laufende Jahr beurteilt der Vorstand weiter negativ.

NAMEN

Dr. Hans Fahning, geschäftsleitender Direktor der Hamburgischen Landesbank, wird heute 60 Jahre alt.

Hans-Lothar von Salmuth (65), seit über zehn Jahren im Vorstand der Ruhrgas AG, Essen, geht Ende Juni in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird **Achim Middelschulte** (40), der bisher das Zentrale Vorstandsbüro des Unternehmens leitete.

Klaus Dandel (39), Geschäftsführer der Marktkauf GmbH, Bielefeld, wurde zum Vorstandsmitglied der Muttergesellschaft AVA AG bestellt. Er ist Nachfolger von **Erich Beckmann**, der in den Ruhestand tritt.

Paul Kahn, Geschäftsführer der zur Zeller + Gmelin GmbH + Co. (ZG), Eislingen/Fils, gehörenden Südöl Mineralöl-Raffinerie GmbH, Eislingen, trat am 30. Juni in den Ruhestand. Nachfolger wird **Peter Waldt**.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Fa. Dornhege GmbH, Wadersloh; **Brilon:** Nachl. d. Franz Schluer, Landwirt, Brilon-Madfeld; **Detmold:** Eckhoff GmbH, Bad Salzuflen; **Idstein:** RENTUM Mietkontor Grundstücksverwaltungs-Ges. mbH i.L. Niedernhausen-Engenhahn; **Krefeld:** Technische-Durchführungs- u. Planungsges. mbH (TE-DU-Plan GmbH); **Landshut:** Castessa-Moden GmbH; **Michelstadt:** Behindertenhilfe Haus Irmagard GmbH, Hainburg; **Moers:** Nachl. d. Heinrich Gerhard Scholten; **Mühldorf a. Inn:** Horst Schönbeck, Schönberg; **Osnabrück:** Promotion Service H + P Richter GmbH; **Tübingen:** Compact-Haus Bauges. mbH, Tübingen-Bühl; **Wiesbaden:** Elektro-Tele-Service-Center Ernst Cassel GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt; VAD Video- u. Audio-Dienst Wiesbaden GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt; **Würzburg:** Helmut Tönnies, Thüngen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Neustadt/Rbge.: Walter Pflüger GmbH & Co. KG „bautreff", Wunstorf.

NORDMENDE / Gemeinsam mit Facheinzelhändlern Mittelstandskreis gegründet

„Bescheiden erfolgreiches Jahr"

W. WESSENDORF, Bremen

Die Nordmende GmbH, Bremen, hat bis Mai 1985 ein Umsatzplus von 2 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr erzielt. „Eine Entwicklung, die uns zuversichtlich stimmt, wenn auch mit zurückhaltendem Optimismus", beurteilt Geschäftsführer Dieter Kunkel den weiteren Geschäftsverlauf der Thomson-Brandt-Tochter. „Wir rechnen im Inland für 1985 mit einem knapp über dem Vorjahr liegenden Absatz von Fernseh-, Color- und Videogeräten."

Die Bremer Hersteller erwarten 1985 einen Inlandsabsatz von 2,2 Mill. Colorgeräten für die deutsche Industrie der Unterhaltungselektronik. Die Schätzungen für den Gesamtmarkt 1985 liegen für Fernsehgeräten bei 2,75 Mill. Stück, für Videorecordern bei 1,55 Mill. Das bedeute, daß die Konsumenten voraussichtlich 11,8 Mrd. DM für Geräte der Unterhaltungselektronik ausgeben werden.

Das Geschäftsjahr 1984 ist laut Kunkel „ein bescheiden erfolgreiches Jahr" gewesen. Die Umsatzsteigerung betrug 2 Prozent, das Betriebsergebnis im Inland wurde um einige Millionen Mark verbessert. Insgesamt kam der Umsatz auf etwas über 600 (599) Mill. DM. Der Geschäftsführer: „Das ausgeglichene Ergebnis kam aufgrund des Abführungsvertrages an die deutsche Holding zustande."

Im Mai wurde die „Nordmende-Spectra-Mittelstandskreis Gesellschaft bürgerlichen Rechts", kurz GBR genannt, gegründet. Der Nordmende-Geschäftsführer erklärte: „Eine Anzahl fortschrittlicher und weitblickender mittelständischer Facheinzelhändler unserer Branche hat gemeinsam mit uns die Initiative dazu ergriffen." Damit soll „die sich dramatisch verschlechternde Marktsituation stabilisiert werden". Ziel der GBR sei es, die Mittelstandsempfehlungen zu nutzen, die der Gesetzgeber für mittelständische Unternehmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Großvertriebsformen geschaffen habe. Nach Angaben von Kunkel liegt unterdessen eine schriftliche Stellungnahme des Bundeskartellamtes vor, diese definiere und präzisiere die Spielregeln, innerhalb derer die GBR auf völlig legaler Basis operieren könne.

Zu den Mittelstandsempfehlungen zählten auch die Preisempfehlungen. Die regional organisierten GBR-Gesellschafter werden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen künftig feste Endverbraucherpreise für ihre empfohlenen Aktionen festlegen. Das bedeutet laut Geschäftsführung, daß es im Bundesgebiet unterschiedliche Preise geben werde, jedoch pro Region nach dem Willen der Mitglieder der GBR einheitliche Preisempfehlungen; das sei dem nichtorganisierten Mittelstand bislang nicht möglich gewesen.

Allianz von Nestlé und Unilever

J. Sch. Paris

Auf dem französischen Markt für frische Molkereiprodukte (Frischkäse, Joghurt und so weiter) ändern sich die Wettbewerbsverhältnisse: Die Nestlé-Tochter Chambourcy und die zur Unilever-Gruppe gehörende La Roche aux Fées sollen einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Firma Unifrais unter Leitung von Nestlé übertragen werden, verlautet in Paris. Mit einem Umsatz von 2,4 Milliarden Franc und einer Produktion von 240 000 Tonnen im Jahr würde Unifrais einen Marktanteil von 25 Prozent repräsentieren und damit auf das Niveau des bisher zweitgrößten Produzenten Yoplait rücken.

Größter Hersteller bliebe aber weiterhin Gervais Danône mit einem Marktanteil von 30 Prozent. Die beiden multinationalen Konzerne haben sich zu der Allianz in Frankreich deshalb entschlossen, weil der Verbrauchszuwachs an Frischprodukten stark zurückgegangen ist – von 9,3 Prozent 1983 auf 4,6 Prozent 1984 – und weil sich gleichzeitig der Preiswettbewerb verschärfte. Zur Erlangung größerer Mengenrabatte begrenzten die Supermärkte inzwischen ihr Angebot an Frischprodukten auf ein bis zwei Marken.

Verbund-Erfolg für Continentale

J. G. Düsseldorf

Den Neuzugang habe man auch im ersten Halbjahr 1985 auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten, die „Verbund-Idee" zahle sich also aus. Die Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund, durch die Angliederung von „Europa-Versicherungen" und Deurag/Rechtsschutz über ihr angestammtes Krankheitskosten-Versicherungsgeschäft hinaus weit in die Lebens- und Sach-Versicherung hineingedrungen, zeigt sich mit solchem Kommentar zum aktuellen Geschäft stark in der Expansion. Denn schon 1984 erzielte dieser „Verbund" mit vierprozentigem Anstieg seiner Beitragseinnahmen auf 1,4 Mrd. DM ein im Branchenvergleich „zum Teil überdurchschnittliches" Wachstum.

Die Lust zu Neuem ist nicht gestillt. Jüngstes Exempel: Zur Erweiterung der Angebotspalette erwarb die (im Verbund dominierende) Continentale Krankenversicherung im April die Aktienmehrheit an der Münchner Kapitalanlage AG, die 5 Wertpapierfonds mit reichlich 250 Mill. DM Gesamtvolumen verwaltet. „Wiederum günstig" nennt die Continentale, die 2,5 Mill. Versicherte zusammenzählt, in allen Sparten den 1984 erzielten Überschuß.

Matra sucht neuen Partner

J. Sch. Paris

Der französische Technologiekonzern Matra will seine Kooperation im Autobereich mit dem staatlichen Renault-Konzern lösen. Es geht dabei insbesondere um den von Matra gebauten und von Renault vertriebenen Freizeitwagen „Espace". Da Renault die für die Produktionssteigerung notwendigen Investitionen nicht mitfinanzieren wolle, müsse sich Matra einen anderen Partner suchen, erklärte Matra-Präsident Lagardère auf der Generalversammlung.

Kontakte seien bereits mit General Motors und Toyota aufgenommen worden. Matra hatte 1984 im Automobilbereich 90 Millionen Franc Verluste verbucht. Offensichtlich will sich die Gesellschaft stärker auf die Hochtechnologie konzentrieren. Zu diesem Zweck hatte sie kürzlich mit der norwegischen Norskdata ein Abkommen über die Entwicklung eines kompakten Hochleistungscomputers – das erste im Rahmen von „Eureka" – getroffen. Renault dagegen sucht die Sanierung durch den Verkauf nichtstrategischer Beteiligungen wie zuletzt der auf elektronisches Zubehör spezialisierten Gesellschaft Renix an die amerikanische Allied.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beteiligung neu geordnet

Baden-Baden (dpa/VWD) – Die Beteiligungsverhältnisse zwischen der Korf KG, Baden-Baden, und der Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die Anfang 1983 aus der zusammengebrochenen Korf-Gruppe ausgegliedert worden war, sind jetzt neu geordnet. Eine in dieser Woche durch Vermittlung der baden-württembergischen Landesregieurng zwischen der Korf KG und der BSW-Gruppe geschlossene Vereinbarung sieht unter anderem vor, daß die Korf KG von BSW deren Beteiligung von 49 Prozent an der Korf-Transport GmbH erwirbt. Im Gegenzug gibt Korf-Transport ihre 5-Prozent-Beteiligung an der Badische Stahl-Engineering GmbH ab, heißt es in einer Mitteilung der Korf KG.

Wieder im Tritt

Bad Salzuflen (ndt.) – Nach endgültiger Trennung vom unrentabel gewordenen Industriegeschäft zeichnet sich bei der Hoffmanns's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen (Umsatz 1984: 73,03 Mill. DM), wieder eine positive Entwicklung ab. Mit dem Jahresüberschuß von 1,66 Mill. DM konnte der noch bestehende Verlustvortrag getilgt werden. Wie Vorstandssprecher Walter R. Blumenthal auf der Hauptversammlung mitteilte, entsprachen die Umsätze in den ersten fünf Monaten 1985 den Planvorgaben. Weitere Impulse werden als Folge des inzwischen vollzogenen Übergangs der Aktienmehrheit auf die britische Reckitt & Colman plc erwartet.

Kooperation mit China

Stuttgart (nl.) – Die Zählerfabrik J. Hengstler KG, Aldingen, hat mit dem chinesischen Zähler-Hersteller Qingdao eine Kooperation vereinbart. Beabsichtigt sei zunächst, zwei der erfolgreichsten Hengstler-Zählertypen in China zu produzieren. Dazu wurden Verträge zur Übertragung von Know-how und zur Lieferung von Werkzeugen und Vorrichtungen abgeschlossen.

Mitarbeiter-Genußscheine

Lübeck (VWD) – Die Drägerwerk AG, Lübeck, will ihren Mitarbeitern 1985 erneut Genußscheine zu Vorzugsbedingungen anbieten. Wie das Unternehmen mitteilte, hatten bei zwei vorangegangenen Aktionen rund 1300 Mitarbeiter Genußscheine erworben. Damit seien zur Zeit rund 30 Prozent der Mitarbeiter an Kapital und Gewinn des Unternehmens beteiligt. Für 15 Genußscheine im Gegenwert von 3000 DM muß nach Unternehmensangaben ein Mitarbeiter 1416 DM bezahlen. Die Rendite betrage 8,5 Prozent vor Steuern.

Messe Frankfurt gut ausgelastet

INGE ADHAM, Frankfurt

Schneller als erwartet hat die Messe Frankfurt, die in den letzten Jahren erhebliche Ausbau- und Strukturmaßnahmen durchzog, die vor der Erweiterung vorhandene Auslastung wieder erreicht. Grund genug für die Messegesellschaft, über einen weiteren Ausbau nachzudenken.

Als ersten Schritt in diese Richtung beschloß der Aufsichtsrat der Messe- und Ausstellungs-GmbH, Frankfurt (an der die Stadt Frankfurt mit 60 und das Land Hessen mit 40 Prozent beteiligt sind), jetzt die Erneuerung der denkmalgeschützten Kongreßhalle für 36 Mill. DM. Gleichzeitig soll die Vorplanung für die neue Ausgestaltung des citynahen Ostteils des Messegeländes forciert werden. Zur Finanzierung wird man nicht mehr die Gesellschafter zur Kasse bitten, da mehrere Institutionen schon Interesse an einer Finanzierung über einen geschlossenen Immobilienfonds angemeldet hätten, betont Messe-Geschäftsführer Horstmar Stauber.

Dieses Jahr werde mit 23 Messen und Ausstellungen, „sicheren" 26 000 Ausstellern und erwarteten 2,5 Millionen Besuchern zum „dichtesten" Messejahr seit Bestehen, heißt es. Beim weiteren Wachstum setzt die Messegesellschaft nach wie vor auch auf neue Veranstaltungen (u. a. „Broadcast" und „Techtextil").

Wochenschlußkurse

New York

	28.6.	21.6.
Adv. Micro Dev.	26,125	24,625
Aetna Life	44,625	46
Alcan Aluminium	25,125	24,875
Alcoa	34,25	35,625
Allied Chemical	42,625	41,625
AMR Corp.	47,875	45,125
Amax	14,875	14,625
Am. Cyanamid	50	48,25
Am. Express	47,5	47,375
Am. Motors	3,125	2,875
Am. Tel. & Telegr.	24,125	24,5
Amoco Corp.	64,125	60,625
Asarco	20	22,875
Atlantic Richfield	59,875	57,625
Avon Products	21,375	20,75
Bally	17,5	16,25
Bk. of America	19,25	18,625
Bethlehem Steel	16,125	16,375
Black & Decker	19,75	19,5
Boeing	44,75	43,625
Brunswick	36,875	36,125
Burroughs	58,5	57,125
Caterpillar	33,125	33,75
Celanese	120,125	111,75
Chase Manhattan	60,375	59,375
Chrysler	36,375	35,25
Citicorp	49,375	46,875
City Investing	35,25	35,25
Clorox	37,625	37
Coca-Cola	69,375	69,375
Colgate	26,625	26,375
Commodore	9,75	8,875
Commw. Edison	30,875	31,75
Comm. Satellite	35,875	35,375
Control Data	25,875	25,75
CPC Int.	45,625	45,25
Curtiss Wright	34,75	–
Deere	30,125	29,875
Delta Airlines	49	47,125
Digital Equipm.	95,875	89,875
Dow Chemical	35,75	34,75
Du Pont	58,125	57,75
Eastern Gas-Fuel	22,875	22,875
Eastman Kodak	44,25	43,875
Exxon	53,875	53
Firestone	21,5	21,375
Fluor	17,25	17,25
Ford	45,125	45,125
Foster Wheeler	13,375	13,25
Fruehauf	22	23
GAF Corp.	34,25	33,875
General Dynamics	74,375	74,375
General Electric	61,875	60,375
General Foods	81	82,125

	28.6.	21.6.
General Motors	72,25	72,875
Gen. T. & E.	40,5	42,625
Goodrich	31,875	31,75
Goodyear	29,5	30
Grace	40,375	39,875
Halliburton	29,25	29
Heinz	54,625	53,5
Hewlett Packard	35	34,125
Homestake	24,5	24,875
Honeywell	61,75	60
IBM	125,75	119,625
Int. Tel. & Tel.	32,125	31
Int. Harvester	8,25	8
Int. Paper	49	49,25
Int. North. Inc.	44	44,75
Jim Walter	37,125	38,625
Litton Industries	82,25	85,625
Lockheed Corp.	51,25	50,375
Loew's Corp.	49,5	47,625
Lone Star	24,625	24,5
Louisiana Land	32,25	31
LTV Corp.	7,375	7,875
Mc Dermott	27,25	25,5
Mc Donnel Doug.	75,125	76,875
Merck & Co.	112,625	115,375
Merrill Lynch	32,375	30,5
Mesa Petroleum	14,75	13,75
MGM (Film)	14,75	15
Minnesota M.	78	75,875
Mobil Oil	30,25	30,875
Monsanto	48,375	47,375
Morgan J.P.	51,5	51
Nat. Semiconductor	12	12
National Steel	26,875	26,25
NCR	30,625	29,125
Newmont	41,75	42,25
PanAm World	7,125	6,5
Pfizer	49,5	49,375
Phibro	42,625	41,625
Philip Morris	85,375	85,875
Phillips Petroleum	38,125	37,5
Pittston	11,25	11,5
Polaroid	31,5	31,625
Prime Computer	18,75	18,125
Procter & Gamble	56,25	57
RCA	47,625	47,125
Revlon	40,75	40,125
Reynolds Ind.	31,75	31,375
Rockwell Int.	37,25	36,75
Rorer Group	34,625	35,125
Schlumberger	38,625	37,75
Sears, Roebuck	38,375	38,5
Shell Oil	–	–
Singer	34,75	35,875
Sperry Corp.	53	53
Stand. Oil Calif.	37,375	36,625
Storage Techn.	2,25	2,375
Tandy	35,75	33,625

	28.6.	21.6.
Teledyne	257,375	258,5
Telex Corp.	40,25	38,625
Tesoro	10,875	10,25
Texaco	37,875	37,875
Texas Instrum.	95,625	100
Tosco	3,5	2,75
Trans World Corp.	39,625	37
Transamerica	32	32,375
Travelers	46,25	45,875
UAL	53,625	53,25
Unocal Corp.	14,75	13,375
Union Carbide	46,5	43,875
Union Oil of Calif.	29,25	30,25
US Gypsum	42,5	39,875
US Steel	27,875	27,25
United Technologies	41,5	41
Walt Disney	93,875	89,875
Warner Comm.	31,5	30,625
Westinghouse El.	34,375	33,25
Weyerhaeuser	28,75	29
Whittaker	24,625	23
Woolworth	47	46,875
Xerox	52,5	50,375
Zenith Radio	19,875	29,625
Dow Jones Index	1335,46	1324,04
Stand. & Poors	191,85	189,58

Toronto

	28.6.	21.6.
Abitibi-Price	18,5	18,75
Alcan Alu.	54,125	54
Bk. of Montreal	30,125	59,5
Bk. of Nova Scotia	13,5	13,75
Bell Can. Enterprises	43,875	44
[illegible] Oil	3,8	3,9
Bow Valley Ind.	14	15,125
Brenda Mines	8,875	–
Brunswick M & Sm.	12,375	11,875
Cdn. Imperial Bk.	36,75	35,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	28,5	29,5
Cdn. Pacific Ltd.	19,625	21
Cominco	13,125	13,25
Coseka Res.	2,95	3,15
Denison Mines	11,875	12,25
Dome Petroleum	2,1	2,65
Domtar	18,375	18,125
Falconbridge Ltd.	18,75	18,5
Great Lakes Forest	21	20,25
Gulf Canada	18,375	18
Gulfstream Res.	1,55	1,5
Hiram Walker Res.	30,125	29,5
Hudson Bay Mng. Sp.	7	7
Husky Oil	9,875	9,625
Imperial Oil -A-	48,25	48,5

	28.6.	21.6.
Inco	17,875	17,25
Inter City Gas Ltd.	15,75	15,75
Interprov. Pipeline	41,5	41,75
Kerr Addison	16,625	16,5
Lac Minerals	28	27,75
Massey Ferguson	2,66	2,73
Moore Corp.	27,125	26,375
Noranda Mines	15,625	15,375
Norcen Energy Res.	15	15,25
Northgate Expl.	4,85	4,9
Northern Telecom.	48,625	48,375
Nova An Alberta "A"	6,375	6,375
Nu West Group	0,50	0,45
Oakwood Petrol	7,75	7,75
Provigo Inc.	22,25	22,25
Ranger Oil	4,2	4,2
Revenue Properties	1,7	1,6
Rio Algom	19,875	20,625
Royal Bk. of Can.	30,125	30,125
Seagram	57,375	55,5
Shell Canada	27,25	25,5
Sherritt Gordon	7,125	6,75
Stelco -A-	19,625	20
TransCda. PipeLines	26,625	26,875
Westcoast Transm.	19	18,25
Index: TSE 300	2712,50	2701,40

Tokio

	28.6.	21.6.
Alps	1610	1610
Bank of Tokyo	819	842
Banyu Pharma	761	760
Bridgestone Tire	570	546
Canon	1160	1140
Daikin Kogyo	605	585
Daiwa House	651	677
Daiwa Sec.	950	909
Eisai	1400	1350
Fuji Bank	1680	1670
Fuji Photo	2020	1840
Fuji Radio	–	1930
Hitachi	736	720
Honda	1410	1410
[illegible] Iron	370	361
Isetan	605	630
Ito Yokado	2650	2650
Japan Air	7400	7600
Japan Met.	415	394
Japan Syn. Rubber	362	360
Kajima	313	314
Kansai Elec.P.	1860	1900
Kao Soap	859	855

	28.6.	21.6.
Kawasaki H	181	182
Kawasaki S	149	151
Kirin Brewery	696	730
Komatsu	463	476
Kubota Iron	357	368
Kyocera	4350	3960
Makita El.	1040	990
Marui	1200	1240
Matsushita El. Ind.	1400	1390
Matsushita El. Wks.	–	770
Mitsubishi CP	660	669
Mitsubishi El.	375	393
Mitsubishi Estate	805	820
Mitsubishi Heavy I.	329	337
Mitsui Co. Ltd	407	413
Mitsukoshi	623	649
Mitsumi El	837	800
Nichicon	780	–
Nihon Cement	289	288
Nikko Sec.	810	776
Nippon El.	1050	1010
Nippon Kokan	140	143
Nippon Oil	940	955
Nippon St.	159	168
Nippon Yusen	300	306
Nissan Motor	645	612
Nomura Sec.	1300	1280
Olympus	1190	1170
Penta-Ocean	295	300
Pioneer	1870	1860
Renown	705	720
Ricoh	970	948
Sankyo	1280	1300
Seiyu Stores	703	715
Sekisui Pref.	720	717
Sharp	910	900
Shiseido	1120	1130
Sony	4160	3920
Sumitomo Bank	1920	1940
Taisei Corp.	241	256
Taisho Marine	595	577
Takeda Chem.	848	852
Teijin	480	472
Tokyo Elec.	1050	1050
Tokyo Gas	227	235
Tokio Marine	930	921
Tokyo El. Power	2040	2070
Toray Ind.	485	476
Toshiba Elec.	362	366
Toto	731	710
Toyo Kogyo	458	439
Toyota Motor	1270	1250
Yamaichi	849	799
Yamanouchi	3120	3090
Yamaha	715	680
Yamazaki	810	781
Index	1028,68	1010,60

Leichtathleten laufen hinterher, und bei den Schwimmern macht ein Albatros auch noch keinen Sommer

● Die Niederlagen bei Männer und Frauen im Länderkampf der deutschen Leichtathleten gegen das (ersatzgeschwächte) Team der USA waren erwartet worden. Doch das Debakel von Bremen läßt Rätsel zurück. „So machen wir unser Image kaputt", sagt der gerade gewählte Verbands-Präsident Eberhard Munzert.

● Selbstverständlich, nach Olympia gibt es immer einen Umbruch. Aber wo bleiben die neuen Talente? Bundestrainerin Hannelore Keydel: „Wenn wir alles schleifen lassen würden, wäre unsere Misere zu erklären. Aber das Frustrierende ist, wir strengen uns riesig an, und es kommt nichts dabei heraus."

● Noch niemals zuvor wurde die Dominanz von Olympiasieger Michael Groß (21) so deutlich wie bei den deutschen Schwimm-Meisterschaften in Remscheid. Ein Zuschauer flüsterte auf der Tribüne: „Der wird mir langsam unheimlich." Michaels Mutter Ursula, die das hörte, sagte darauf: „Da kann ich nicht widersprechen."

● Fünf Wochen vor den Europameisterschaften in Sofia kann es für den deutschen Verband nur noch besser werden. Der einzige Trost: Auch das Niveau der Titelkämpfe der beiden führenden europäischen Verbände „DDR" und UdSSR war in der nacholympischen Saison wesentlich schwächer als in früheren Jahren.



Zum Gähnen langweilig? Die offensichtlich müde Diane Dixon (rechts) gewann wenigstens noch über 400 Meter. Und Brigitte Kraus, 28 Jahre alt, aber eine der Frischesten, über 1500 Meter. FOTOS: WEREK / SCHMIDT

Wort zur Blamage: „Ich kann nicht mehr, denn mehr kann ich nicht"

KLAUS BLUME, Bremen

Kann man dem Fernseh-Zuschauer so etwas noch guten Gewissens zumuten? Oder müssen angesichts der Unfähigkeit deutscher Leichtathleten künftig Live-Übertragungen von Länderkämpfen vorerst abgesetzt werden? Überlegungen, die nach den kläglichen Vorstellungen beim Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland in Bremen nun in den ARD-Sportredaktionen angestellt werden und die etwas über den aktuellen Stellenwert dieser olympischen Kernsportart aussagen. Jedenfalls aus deutscher Sicht.

Nur drei Siege gab es am ersten Tag für das deutsche Team, und das waren allesamt Erfolge der Erfahrenen und Sieggewohnten: Harald Schmid gewann über 400 m Hürden (48,96 Sekunden), Brigitte Kraus über 1500 m, und Alwin Wagner (62,90 m) sowie Olympiasieger Rolf Danneberg (62,16 m) gelang ein Doppelsieg im Diskuswerfen.

Doch ansonsten? Der zweimalige deutsche 1500-m-Meister Uwe Becker aus Wolfsburg, in einem verbummelten Spurtrennen lediglich dritter hinter den beiden Amerikanern Assuma und Harbour, brachte es auf die Formel: „Ich kann nicht mehr, denn mehr kann ich nicht."

Beckers Aussage wirft mehr als ein Schlaglicht auf die deutsche Leichtathletik-Szene ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Los Angeles. Zum kläglichen, wenig athletischen Erscheinungsbild gesellte sich obendrein taktisches Unvermögen. Der Doppelsieg der Amerikaner über 1500 m ist dafür ebenso Beweis wie die Niederlage der beiden Langstreckenläufer Herle und Orthmann über 5000 m. Herle, der Olympia-Fünfte von Los Angeles über 10 000 m und schnellste deutsche Marathonläufer, verschleppte bis 850 m vor dem Ziel das Tempo, weil er sich für einen schnellen 10 000-m-Lauf am Mittwoch in Oslo schonte, um dann von den international unbekannten Amerikanern Brantley und Sapienza abgehängt zu werden. Orthmann, dem in den letzten acht Jahren bewußt geworden sein sollte, daß ihm die Schnelligkeit für den Endspurt abgeht, hätte Herle zwar zuvor unterstützen können – doch er trabte lieber lustlos an letzter Stelle hinterher.

Zwei Stunden lang hatten 10 000 Zuschauer die Veranstaltung mit betretenem Schweigen und allenfalls höflichem Applaus verfolgt – doch nach dieser Vorstellung hallte das Bremer Weserstadion von einem gellenden Pfeifkonzert wider.

Nun schiebe man nichts aufs kühle Wetter und den mitunter drehenden Wind. Der 100-m-Läufer Mike Morris, Achter der aktuellen Weltrangliste (10,12 Sekunden), wirbelte die kurze Sprintstrecke in 10,16 Sekunden herunter. Was das wirklich wert ist, erklärte sein Landsmann Tony Rambo, ein 400-m-Hürdenläufer der internationalen Extraklasse: „Training und Wettkämpfe haben wir bei uns zu Hause bei Temperaturen zwischen 32 und 34 Grad Wärme absolviert. Wir kommen uns hier vor wie im Winter."

Wer will da noch nach Ausreden suchen, auf das nacholympische Zwischentief verweisen, wenn andere Athleten zur selben Zeit am selben Ort dies ad absurdum führen? Die Ursachen liegen tiefer: Da sagt zum Beispiel Lothar Pöhlitz, der Bundestrainer der Mittelstrecklerinnen: „Ich habe ab Montag zu einem dreiwöchigen Lehrgang nach St. Moritz eingeladen, alles kostenlos und noch dazu im Engadin. Siebzig Prozent der Eingeladenen haben abgesagt, aus allen möglichen Gründen: Beruf, Studium, Prüfungen, Privates." Frauen-Sprint-Trainer Wolfgang Thiele: „Um 100 m in 11,70 Sekunden zu schaffen, braucht man eigentlich nicht mehr sechsmal in der Woche zu trainieren. Da genügt zweimal."

Und dann gibt es noch die Ungereimtheiten und Reibereien zwischen Verband, Athlet und Trainer – und deren fatale Auswirkungen. Als Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg wegen einer Nierenbecken-Entzündung absagte, wurde kurzfristig der Frankfurter Gerd Nagel berufen. Weil zuvor aber kein Wort über dessen mögliche Nominierung verloren wurde, hatte er auf die Schnelle einen Wettkampf zum Wochenanfang in Toronto abgeschlossen. Um deshalb Zeit zu sparen, bat Nagel den Verband, die Reise nach Bremen doch per Flugzeug von Frankfurt aus antreten zu dürfen. Das wurde ihm verwehrt, er mußte mit dem Auto fahren, während Thränhardt von Düsseldorf aus mit dem Flugzeug anreiste. Der verärgerte Nagel rächte sich auf seine Weise: Eigentlich wollte er schon bei 2,20 m das Handtuch freiwillig werfen, doch dann überquerte er doch noch als zweiter 2,24 m. Beim Einspringen ging es allerdings gut und gerne sechs Zentimeter höher . . .

Oder da schickte Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch dem Verband einen Brief, der am Samstag vormittag, kurz vor Länderkampf-Beginn, eintraf. Sie müsse wegen einer Verletzung absagen. Am Freitag abend hatte sie in Hamm 63,12 m erzielt, was die drittbeste deutsche Leistung aller Zeiten bedeutet. Verbands-Sportwart Otto Klappert: „Eine Athletin, die 63 m werfen kann, ist nicht verletzt." Was dahinter steckt? Der Versuch des Losch-Trainers Gehrmann, seine ehemalige Athletin, die jetzige Diskus-Bundestrainerin Eva Wilms, nach dem Motto in Mißkredit zu bringen: Die Dame versteht nichts von der Materie, sie stellt zum falschen Zeitpunkt die falschen Werferinnen auf.

Erheblicher Rückschlag

Das sind die Chancen der Schwimmer aus der Bundesrepublik, wenn sie in Sofia ins Wasser springen. Michael Groß wird nicht zu besiegen sein, die von ihm getragenen Staffeln und die Krauler über 200 Meter haben Medaillen-Chancen. Das gilt auch für Stefan Pfeiffer und Rainer Henkel über 400 und 1500 Meter Kraul. Selbst wenn er sich doch noch entschließt, in Sofia an den Start zu gehen – für Frank Hoffmeister gilt das im Feld mit den Athleten aus der „DDR" und der UdSSR nicht. Besonders ernüchternd wird das Abschneiden der Frauen sein (ohne „DDR" und UdSSR in Los Angeles noch mit einer Silber- und vier Bronzemedaillen gefeiert). Im Brustschwimmen rutschte das Niveau gar auf die Stufe von Entwicklungsländern des Schwimmsports ab. Internationalen Maßstäben wurden nur die Lagen-Schwimmerin Petra Zindler und Rückenspezialistin Svenja Schlicht gerecht. Aber: Selbst Bundestrainer Niels Bouws spricht im Augenblick nicht von Medaillen. Ein erheblicher Rückschlag im nacholympischen Jahr . . .

Geschafft! Trotz und Triumph mischen sich bei Michael Groß nach seinem Weltrekord Nummer neun. FOTO: SIMON

Funktionärs-Streit, Enttäuschung um die Frauen, Stagnation der Talente

sid/dpa, Remscheid

Zwei Weltrekorde (400 m Freistil und 200 m Schmetterling) durch Michael Groß, zwei deutsche Rekorde (100 m und 200 m Rücken) durch Frank Hoffmeister, Weltjahresbestzeit (50 m Freistil) und DSV-Rekord durch den mit ihm nicht verwandten Bernd Hoffmeister, Enttäuschungen durch die Frauen, stagnierende Leistungen des Nachwuchses und grundsätzliche Probleme im Präsidium des Deutschen Schwimmverbandes. Das Fazit der Schwimmwoche in Remscheid, der 97. deutschen Meisterschaft: Frust und Freude.

Die Platzprobleme im Gartenhallenbad Remscheid und die damit verbundene Aufregung wurden beseitigt, die Auseinandersetzungen im Präsidium dagegen weiteten sich aus. Am Samstag nahm erstmals auch einer der Vizepräsidenten des Schwimmverbandes (DSV) Stellung zu den Vorwürfen des Präsidenten Harm Beyer. „Das, was der Präsident an die Öffentlichkeit gebracht hat, kann so nicht stehenbleiben", forderte Beyers Stellvertreter Wilhelm Schmidt. Es klang wie eine Kriegserklärung an den Präsidenten, der im Vorfeld der Schwimmwoche die mangelnde Zusammenarbeit im DSV-Vorstand kritisiert hatte. Dabei hatte Beyer die Entscheidungen von Schwimmwart Kozel heftig attackiert und mehr Macht für sich selbst gefordert. Andernfalls hat er seinen Rücktritt für die Jahreshauptversammlung im Frühjahr angekündigt.

Am Ende der Schwimmwoche war die Entscheidungsgewalt von Schwimmwart Jürgen Kozel wieder gefragt. Denn zu seinen Aufgaben gehört die Nominierung des Kaders für die Europameisterschaft in Sofia (4. bis 11. August). Wobei die nächsten Probleme entstanden: Im 26köpfigen Aufgebot (16 Männer, zehn Frauen) werden auch Frank Hoffmeister (Bochum-Wattenscheid) und Miroslav Rolko (Heidelberg) genannt, die beiden schnellsten über 100 m und 200 m Rücken. Beide werden jedoch wahrscheinlich auf einen Start in Sofia verzichten, weil sie um ihre Sicherheit bangen. Hoffmeister flüchtete vor 13 Monaten aus der „DDR", Rolko vor drei Jahren aus der CSSR. Beide fürchten in Bulgarien den Zugriff ihrer Heimatländer und werden vermutlich zu Hause bleiben. Wodurch die Medaillenchancen des DSV sowohl in den Rückenwettbewerben als auch in der Lagenstaffel auf ein theoretisches Minimum reduziert werden.

In den anderen Disziplinen sind die Aussichten erfreulicher, wenngleich mit einer Medaillenchance des erst 18jährigen Brustspezialisten Detlef Stöckigt noch nicht zu rechnen ist. Das Talent aus Berlin soll zunächst Erfahrungen sammeln. Er gehört zu jenen Schwimmern, die den „DDR"-Cheftrainer Wolfgang Richter zu anerkennendem Lob veranlaßten: „Bei den bundesdeutschen Herren gibt es sehr viele Talente."

Doch bei den Frauen fehlt im Deutschen Schwimmverband jegliche Perspektive. Schwimmwart Kozel mußte sich deshalb für den relativ großen Frauen-Kader rechtfertigen: „Wir wollen alle Staffeln besetzen. Deswegen mußten wir trotz der schwachen Leistungen zehn Mädchen nominieren." Angesichts der jüngsten Leistungen ist in Sofia von ihnen keine Medaille zu erwarten. Allein die Lagenschwimmerinnen Petra Zindler (Köln) und Birgit Schulz (Bonn) sowie die Hamburger Rükkenspezialistin Svenja Schlicht erreichten internationales Niveau. Im Brustschwimmen waren die Frauen so schwach wie seit Jahren nicht. Für die beiden neuen Titelgewinnerinnen kam der nationale Erfolg entweder zu spät oder noch zu früh: Die Siegerin über 100 m, Karin Schwarz (Aachen), war mit 25 Jahren die älteste Teilnehmerin und ist über ihren Leistungshöhepunkt längst hinaus, während die neue 200-m-Meisterin, die erst 14jährige Silke Pritzkow (Köln), mit ihrer Zeit international noch keine Rolle spielt. Völlig unter Normalform präsentierten sich die ehemaligen Meisterinnen im Brustschwimmen, Angelika Knipping und Ute Hasse, sowie die Kölner Freistilspezialistin Ina Beyermann. Sie trat nach erneutem Streit mit Trainer Gerhard Hetz zum Staffelwettbewerb gar nicht mehr an, hat außerdem seit Wochen Meinungsverschiedenheiten mit Schwimmwart Jürgen Kozel und leidet seit eineinhalb Jahren an einer Schulterverletzung. Möglicherweise macht sie jetzt endgültig Schluß: „Ich weiß nicht, ob ich noch ein paar Jahre weitermache. Vielleicht trainiere ich bei einem Klub in Leverkusen nur noch aus."

Zum EM-Aufgebot zählt auch der Hamburger Langstreckenspezialist Stefan Pfeiffer, der seinen schon sicher geglaubten Titel über 1500 m Freistil und die geforderte EM-Richtzeit wegen eines Mißgeschicks verpaßte: Er wähnte sich schon nach 1400 m am Ziel und wollte bereits das Wasser verlassen, bevor er seinen Irrtum bemerkte. Dann reichte es nur noch zum zweiten Platz hinter Rainer Henkel.

Das Aufgebot: Reiner Henkel, René Schaffgans (Köln), Stefan Pfeiffer, Alexander Schowtka, Peter Bermel (Hamburg), Rolf Beab, Bert Göbel, Stephan Güsgen (Dormagen), Miroslav Rolko (Heidelberg), Dirk Korthals, Frank Hoffmeister (Bochum), Detlef Stöckigt (Berlin), Michael Groß, Thomas Fahrner (Offenbach), Ralf Diegel (Bonn), André Schadt (Darmstadt). – Frauen: Karin Seick (Winsen), Iris Zscherpe (Berlin), Susanne Schuster (Bietigheim), Christiane Pielke, Susanne Eckert (Hannover), Petra Zindler, Julia Lebek (Köln), Svenja Schlicht (Hamburg), Wenke Hansen (Heidelberg) und Birgit Schulz (Bonn).

Rätsel Groß und Muskeln vom Typ 2 B

Es war alles wie gehabt: Michael Groß trat zu wichtigen Wettkämpfen an – und schwamm Rekorde. Zwei Weltrekorde bei den 97. deutschen Schwimmeisterschaften in Remscheid. Erwartungsgemäß. Weltrekord Nummer acht über 400 m Freistil (3:47,80), Rekord Nummer neun über 200 m Schmetterling (1:57,01). Nur er selbst behauptete, davon überrascht worden zu sein. Doch auch das wird mittlerweile von ihm erwartet. Nichts Neues also von dem Mann, der „Albatros" genannt wird.

Und doch war irgend etwas anders als bei den sieben Weltrekorden vorher. Äußerlich vielleicht festzumachen an den ins Haar gefärbten Buchstaben EOSC, für Erster Offenbacher Schwimmclub. Die äußere Neuerung als Ausdruck innerer Veränderung? Erstmals gab er sich locker, entspannt, erleichtert. Ein richtig umgänglicher Mensch. Freundlich und aufgeschlossen. Ein neuer Michael Groß? Nicht länger schroff, unnahbar, unpersönlich und unsicher? Er selbst nimmt keine Stellung: „Ihr Journalisten müßt immer alles interpretieren. Ich bin, wie ich bin."

Womit nichts erklärt ist. Bleibt immer noch die Frage: Wer ist das, dieser Groß, der Ausnahmeschwimmer, der Rekordjäger, der seine Überlegenheit nicht wahrhaben will?

Er ist ein Phänomen (ein „hochbegabter, genialer Mensch", erklärt der Duden). Für Phänomene im allgemeinen gilt, daß nur die Erscheinungsformen der Dinge, nicht aber die Dinge selbst erkannt werden können. Für die sportliche Leistung des Michael Groß muß das wohl so hingenommen werden. Rätsel bleiben. Trainer Oeleker lobt die Trainingsbereitschaft: „So konsequent wie Michael trainiert kein anderer." Mannschaftsarzt Dannmaier bemüht die Laktat-Werte, und Verbandsarzt Weiß beruft sich auf die schnellen Muskelfasern des Typs 2 B im Körper von Groß.

Erklärungen für seine Leistungsfähigkeit wird es möglicherweise nie geben. Für sein Verhalten gibt es schon eher Ansatzpunkte. Einen beschrieb er selbst: Er sei jetzt erfahrener im Umgang mit der Öffentlichkeit. Eine andere Erklärung bietet Vater Günter Groß. Er fragt sich, ob „Michael das nicht eines Tages alles sehr vermissen wird. Die Reisen und seine Position im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Irgendwann ist er nicht mehr so stark. Und dann wird sich zeigen, ob er den Rückfall in die Anonymität so gut verkraften kann."

Zurückhaltung und schroffe Abwehr als Selbstschutz. Weil die Persönlichkeitsentwicklung mit der körperlichen Leistungsexplosion nicht im Gleichschritt verlief. Bis vor wenigen Monaten war das Leben des Michael Groß in den täglich gleichen Rhythmus zwischen Elternhaus, Schule und den Schwimmbädern der Welt minutiös eingezwängt. Inzwischen hat er das Abitur in der Tasche, eine Sonderstellung als Bundeswehrsoldat und eine eigene Wohnung. Nun „kann ich tun, was ich will". Er scheint viel aufgeholt zu haben, denn allmählich entspricht das Selbstbewußtsein der sportlichen Leistung. Nur so ist zu erklären, daß er unmittelbar nach seinem Rekord über 200 m Schmetterling sagte: „Eigentlich müßte ich in diesem Jahr noch 1:56 irgend etwas schwimmen." So deutlich hat sich Michael Groß noch nie unter Erfolgszwang gesetzt.

ULLA HOLTHOFF

Brigitte Kraus – noch aus der alten Garde übriggeblieben

KLAUS BLUME, Bremen

„In erster Linie laufe ich für mich und nicht für die Mannschaft. Ich versuche, auch in Länderkämpfen meine Leistung zu bringen – so gut es eben geht. Aber auch ich habe schon Länderkämpfe abgesagt. Doch wenn es irgendwie geht, bin ich dabei." Eine Aussage von Brigitte Kraus, der Kölner Vize-Weltmeisterin über 3000 m, die beim Länderkampf in Bremen für ihren 52. Einsatz im deutschen Nationaltrikot geehrt wurde. Bislang hielt sie diese Rekordmarke (51 Mal) gemeinsam mit der früheren Diskus-Weltrekordlerin Liesl Westermann. Nun wurde sie von Brigitte Kraus übertroffen.

28 Jahre alt ist die Kölnerin jetzt, 54 Mal gewann sie deutsche Meistertitel, und in Bremen setzte sie sich in einem 1500-m-Spurtrennen gegen die beiden Amerikanerinnen Leann Warren und Darlene Backford durch. Darlene Backford, das ist jene Läuferin, die vor einer Woche überraschend die südafrikanische Weltrekordlerin Zola Budd geschlagen hatte, um festzustellen, daß ihre Nichtnominierung für Los Angeles eine Ungerechtigkeit war.

„Darlene Backford? Die ist bei uns mitgelaufen und die hat sogar schon Zola Budd geschlagen?" fragt Brigitte Kraus erstaunt. Und dann lächelt sie amüsiert. Warum hätte sie sich zuvor darüber den Kopf zerbrechen sollen? Sie ist seit gut zehn Jahren im internationalen Geschäft. Da weiß man auch, wie man notfalls in einem Rennen zu improvisieren hat, in dem selbst für sie noch unbekannte Situationen auftreten. Hier hat sie es getan, obwohl auch sie derzeit keine große Motivation treibt: „1985 ist für mich ein relativ unwichtiges Jahr. Selbst eine Niederlage hätte mir hier nicht allzuviel ausgemacht." Aber sie hat eben doch gewonnen.

Brigitte Kraus sei eine Übriggebliebene aus der alten Garde, sagt einer am späten Abend im dem Bremer Hotel, in dem die Athleten wohnten. Und dann fragte er sie, ob sie sich nun nicht wie eine einsame Leitfigur innerhalb des deutschen Teams vorkäme? „Ich, nein." Aber eine Vorbildfunktion habe sie doch? „Das ist wohl so." Ob sie deshalb mal mit ihren weniger erfolgreichen Mannschaftskameradinnen reden könne? „Nein."

Die Dame ist nicht für Auseinandersetzungen, wenn sie einmal außerhalb des sportlichen Wettkampfes stattfinden sollen. Oder? „Wenn ich mal aufhöre, möchte ich ganz gern jungen Mädchen helfen, laufen zu lernen." Und wenn diese dann, vielleicht gerade 17 Jahre alt, auch über die Leistungssteigerung per Pille und Spritze diskutieren wollen? „Dann würde ich sagen: Mit mir nicht." Und dann, fast resignierend: „Das Zeug bekommen die ja trotzdem irgendwoher."

28 Jahre alt, 52 Länderkämpfe: Brigitte Kraus – eine Realistin.

800 Meter: Doppelsieg

sid/dpa, Bremen

Mit zwei Doppelsiegen begann der zweite Tag in Bremen für die deutschen Leichtathleten vielversprechend. Im 800-m-Lauf der Männer brandete erstmals echte Länderkampf-Stimmung auf. Nach verbummelter erster Runde überrannte Matthias Aßmann (Stuttgart) das Feld in 1:50,21 Minuten, während der Tuttlinger Peter Braun in einem furiosen Endspurt in 1:50,81 Platz zwei erkämpfte. Erfreuliche Ergebnisse auch im Hammerwerfen: Christoph Sahner (Wattenscheid) siegte mit 79,50 m vor dem Leverkusener Klaus Ploghaus (76,82 m) und dem Amerikaner Jud Logan (76,58 m). Gegenüber dem ersten Wettkampftag lag das Niveau gestern allgemein höher. Deutlich wurde das im Hürdensprint, den Olympiassieger Roger Kongdom in 13,31 Sekunden gewann. Vor Cletus Clark (13,45) und dem Mannheimer Michael Radzey, der in 13,87 die erste DLV-Jahresbestleistung aufstellte.

Im Hürdensprint der Frauen vergab die Leverkusenerin Ulrike Denk erst an der letzten Hürde die Chance, Amerikas Olympiasiegerin Benita Fitzgerald-Brown zu bezwingen: „Ich kam durch den Wind leicht aus dem Rhythmus, und schon war Benita vorbei," erklärte sie ihre Unsicherheit, die einen möglichen DLV-Rekord vereitelte. Trotz des Patzers verfehlte sie ihre Rekordzeit in 13,04 nur um sechs Hundertstelsekunden.

Spencer: „Das Erfolgsgeheimnis bin ich selbst"

sid, Assen

Freddie Spencer kam, sah, siegte – und stürzte. Beim Großen Preis der Niederlande in Assen feierte der Superstar der Motorrad-Weltmeister in der Klasse bis 250 ccm seinen fünften Sieg im siebten Rennen, mußte jedoch wenige Stunden später seine Hoffnungen auf einen Doppelsieg nach einem Sturz in der 500er Klasse bereits kurz nach dem Start begraben.

Doch dessenungeachtet war Spencer der König von Assen. Vor den allgegenwärtigen Kameras der amerikanischen Fernseh-Anstalten gab er geduldig Interviews. Durch und durch ein Profi, vermittelte er gekonnt das Bild vom netten amerikanischen Jüngling, der vor drei Jahren das heimatliche Shreveport verließ, um die Welt der Motorrad-Rennfahrer im Sturm zu erobern. Daß sich hinter der manchmal fast schüchtern wirkenden Fassade des 23jährigen ein enormes Selbstbewußtsein versteckt, manifestierte sich in einem einzigen Satz: „Mein Erfolgsgeheimnis bin ich selbst."

Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen seiner Überlegenheit („das fragt man mich jeden Tag zwanzigmal") gab Spencer in Assen ohne Worte. Nach dem Abschlußtraining setzte er sich auf eine Honda-Tourenmaschine und spulte Runde um Runde auf dem 6,1 km langen Kurs ab. Ganz langsam fuhr er, „um die Strecke mit all ihren Tücken genau zu studieren. Im Training hat man da nicht viel Zeit zu, da muß es in erster Linie schnell gehen." Die Beschaffenheit der Streckenoberfläche, so Spencer weiter, könne sich von Runde zu Runde ändern. „Staub, Reifenabrieb und ähnliche Dinge verlangen vom Fahrer eine enorme Flexibilität. Ich studiere jede Strecke so lange, bis ich mich kurzfristig auf sie einstellen kann." Mit fast wissenschaftlicher Akribie versuchte er auch in Assen alles zu erforschen, was im Rennen möglicherweise zu einem mitentscheidenden Faktor werden könnte.



Ein Schluck für den Zweiten: Spencer, Wimmer (l.). FOTO: SIMON

Angesichts dieser Sorgfältigkeit läßt der Erfolg nicht lange auf sich warten. Jetzt hat er 28 Punkte Vorsprung auf den zweitplazierten Münchner Martin Wimmer. Und Wimmer sagt: „Freddie fährt ein paar Runden, bevor er aufs Treppchen klettert, und wir versuchen, Zweiter zu werden." Da geriet selbst die Leistung des viermaligen Weltmeisters Anton Mang aus Inning ins Hintertreffen: 29. im Training, nach fünf Runden in Führung, schließlich dritter hinter Spencer und Wimmer. Diesen Platz nimmt er auch in der WM-Wertung ein.

Und selbst wenn den Superstar Spencer das eigene Glück verläßt, eilt ihm das Pech der Konkurrenz zu Hilfe. Als er bei strömendem Regen bereits unmittelbar nach dem Start des 500er-Rennens auf die Grünfläche rutschte, machten es ihm die Mitfavoriten um Titelverteidiger Eddie Lawson (USA/Yamaha) wenig später nach. In der WM-Wertung, die Spencer mit 81 Punkten anführt, änderte sich dadurch nichts. Vize-Weltmeister Randy Mamola (40 Punkte) aus den USA, der Sieger von Assen, liegt zu weit zurück, um die Spitzengruppe gefährden zu können.

Angesichts der Dominanz eines Freddie Spencer gerieten die übrigen drei Rennen fast zur Staffage. In der Klasse bis 80 ccm rutschte der Titelverteidiger aus der Schweiz kurz vor dem Ziel aus und mußte dem Österreicher Gerd Kafka den Sieg überlassen. Bei den Seitenwagen, die die Schweizer Biland/Waltisberg gewannen, stürzten die Briten Webster/Hewitt in einen Wassergraben. Webster wurde mit gebrochenem Arm und Verdacht auf Rükckenverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

NACHRICHTEN

Zola Budd in Bestzeit

Gateshead (sid) – Die in Südafrika geborene Britin Zola Budd stellte bei einem Drei-Länder-Kampf in Gateshead in 8:44,54 Minuten eine Weltjahresbestzeit über 3000 m auf. Stephane Caristan sorgte bei den Männern in 13,61 Sekunden für eine europäische Jahresbestzeit über 110 m Hürden. Die französische Männermannschaft kam zu einem überraschenden 155,5-Punkte-Gesamtsieg über Gastgeber Großbritannien (148,5 Punkte). Platz drei belegte die CSSR (118 Punkte).

200-Meilen-Sieg für Bellof

Nürnberg (sid) – Erst in der letzten Runde entschied der Gießener Formel-1-Fahrer Stefan Bellof auf einem Brun-Porsche 962 die „200 Meilen von Nürnberg" auf dem Norisring für sich. Auf den Plätzen folgten der in Monaco lebende Jochen Mass (Joest-Porsche 956) und der dreimalige Le-Mans-Gewinner Klaus Ludwig (Kremer-Porsche 956). Der Grainauer Hans Stuck kam in dem 62-Runden-Rennen um den Bilstein-Cup auf den vierten Rang und verteidigte damit die Führung in der Gesamtwertung zur Deutschen Sportwagen-Meisterschaft.

Präsident wiedergewählt

Stuttgart (dpa) – Gerhard Mayer-Vorfelder, Minister für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg, wurde mit seiner fünfköpfigen Führungsmannschaft als Präsident des VfB Stuttgart wiedergewählt. In der Bilanz des letzten Geschäftsjahres des Fußball-Bundesliga-Vereins schlägt bei den Passiva vor allem das 7,26 Millionen Mark teure Vereinsheim zu Buche. Auf der Aktiva-Seite stehen Sachwerte von über 7,7 Millionen Mark.

Langer vorgerückt

Monte Carlo (sid) – Der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer verbesserte sich am zweiten Tag der mit 150 000 Dollar dotierten offenen Meisterschaften von Monte Carlo vom 20. auf den 15. Rang. Der Masters-Sieger liegt damit neun Schläge hinter dem führenden Engländer Robert Lee (129 Schläge) zurück.

Müller zum FC Udinese

Rom (sid) – Der ehemalige Stuttgarter Hans Müller soll in der kommenden Saison beim FC Udinese, dem Elften der italienischen Fußball-Liga, spielen. Der ehemalige Nationalspieler war in der vergangenen Spielzeit für den AC Como aktiv, nachdem er von Inter Mailand ausgeliehen worden war.

Judo: Glahn Präsident

Wolfsburg (sid) – Der Wolfsburger Klaus Glahn, 1972 Silbermedaillen-Gewinner bei den Olympischen Spielen in München, ist neuer Präsident des Deutschen Judo-Bundes. Der bisherige Präsident Klaus-Jürgen Schulze (Langen) und Vize-Präsident Werner Bräsch (Hamburg) waren aus persönlichen Gründen zurückgetreten.

Röhrl fiel zurück

Auckland (sid) – Bei der Rallye Neuseeland hat sich nach 20 von 40 Wertungsprüfungen an der Spitze ein Schlagabtausch zwischen den zweimaligen Weltmeistern Walter Röhrl/Christian Geistdörfer (Regensburg/München) und dem in der WM-Wertung führenden Peugeot-Werksteam Timo Salonen/Seppo Harjanne (Finnland) entwickelt. Kurz vor dem zweiten Etappenziel Rotorua im siebten von zwölf Läufen zur Fahrer-Weltmeisterschaft schoben sich die Finnen an dem bis dahin führenden deutschen Audi-Team vorbei und bauten ihren Vorsprung auf 29 Sekunden aus.

Titel für KSV Langen

Langen (sid) – Der KSV Langen ist deutscher Mannschaftsmeister im Gewichtheben. Der Aufsteiger konnte auch den Rückkampf gegen Vorjahresmeister AC Mutterstadt gewinnen. Für einen deutschen Rekord sorgte Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky mit 208 kg im Stoßen der 82,5-kg-Klasse.

Simmelbauer vor Japtok

Bad Laasphe (dpa) – Sieger der ersten Weltmeisterschafts-Qualifikation im Kunstturnen wurde überraschend der 22jährige Medizinstudent Bernhard Simmelbauer (Mühldorf) mit 55,60 Punkten vor Andreas Japtok (Hannover/55,00) und dem Favoriten Kurt Szilier (Weiskirchen/54,95).

Schumacher verletzt

Stuttgart (dpa) – Einen Ellbogenbruch erlitt die Stuttgarter Straßenrennfahrerin Sandra Schumacher. Die 18jährige Bronzemedaillengewinnerin von Los Angeles stürzte bei einem Kriterium in Schorndorf und muß vermutlich mehrere Wochen pausieren.

Gericht wies Klage ab

London (dpa) – Das oberste britische Gericht in London hat die Klage von vier britischen Fußballvereinen und des Verbandes der Fußballprofis abgewiesen. Das Gericht bestätigte das vom englischen Fußballverband nach der Brüsseler Tragödie verhängte Spielverbot. Begründung: „Im Interesse des Spiels und seiner Zukunft" habe der Verband das Recht, die Teilnahme von Klubs an europäischen Wettbewerben zu verweigern.

WIMBLEDON / Claudia Kohde schon ausgeschieden, Boris Becker schwächer als bisher und ein stiller, unbemerkter Sieger

Maurer traurig: „Zu mir kam fast niemand"

CLAUS GEISSMAR, **London**

„Totgesagte leben länger", murmelte ein deutscher Rundfunkkorrespondent, als endlich der Sieg des Neussers Andreas Maurer gegen den als Nummer neun gesetzten Johan Kriek feststand. Maurer führte klar mit 6:1, 6:4 und 3:2, als die Sender der ARD eine Niederlage des Deutschen meldeten. Die Falschmeldung war in Wimbledon durch einen Ergebniscomputer ausgelöst worden. Weil der Computer ein Ergebnis in die falsche Zeile gerückt hatte, verbreiteten Nachrichtenagenturen die Fehlinformation. Es dauerte ziemlich lange, bis der 27 Jahre alte Deutsche seinen gleichaltrigen Gegner und den Computer geschlagen hatte. Denn zum Zeitpunkt der Falschmeldung fielen wieder Regentropfen. Die Pause dauerte zunächst nur 25 Minuten, und beide Spieler warteten am Schiedsrichterstuhl, bis der Wimbledon-Rasen seine Feuchtigkeit wieder verloren hatte. Andreas Maurer lief unruhig hin und her, denn er ahnte: Jetzt war sein Rhythmus gestört, jetzt drohte das Match umzukippen. Was die kleine deutsche Kolonie unter den 500 Zuschauern auf Platz sechs befürchtet hatte, trat tatsächlich ein. Andreas Maurer verlor die nächsten vier Spiele und den dritten Satz mit 3:6. Die nächste Regenpause folgte, als der Deutsche auch im vierten Satz mit 3:2 führte. Jetzt mußten die Spieler sogar in die Umkleideräume zurück. Hatten sich die Wimbledon-Wettergötter gegen Andreas Maurer verschworen? Es war eine große psychische Belastung, das Match ein drittes Mal anzufangen. Aber Andreas Maurer schaffte es. Das 6:3 im vierten Satz garantierte dem Deutschen einen Sieg, der im Herren-Einzel von Wimbledon zu den bisher größten sportlichen Überraschungen gehört. Der Neusser steht damit zum ersten Mal unter den letzten 16 Spielern von Wimbledon. Sein bitterer Lohn der (Regen-)Angst ist – höchstwahrscheinlich ein Spiel gegen John McEnroe (Dienstag). Doch, so Maurer halb im Scherz, „der muß sich ja erst noch für die vierte Runde qualifizieren". Der Neusser kann sich dennoch trösten: Auch im Falle einer Niederlage gegen McEnroe im Achtelfinale ist ihm jetzt schon ein Preisgeld von 34 500 Mark sicher. Und noch wichtiger ist wahrscheinlich eine indirekte sportliche Vorentscheidung: Der Deutsche Tennis-Bund wußte bisher nicht, wer neben Boris Becker am ersten Augustwochenende in Hamburg als Einzelspieler im Davis-Pokal gegen die USA antreten soll. Maurer hat in Wimbledon Schwaier geschlagen und mit Johan Kriek nun die Nummer 14 der Weltrangliste bezwungen. Der DTB wird es schwer haben, Andreas Maurer bei der Davis-Pokal-Auswahl zu übergehen.

Maurer, der still, fast unbemerkt gewinnt: „Jetzt kann ich es ja sagen, traurig stimmte mich schon, daß sich das öffentliche Interesse in Deutschland fast ausschließlich auf Becker konzentriert. Zu meinen Spielen kam fast niemand, auch kein deutscher Journalist."

Boris Becker erlebte gleichzeitig auf Platz eins vor 6000 Zuschauern, daß gerade in Wimbledon die Bäume nicht in den Tennis-Himmel wachsen. Sein Match gegen den als Nummer sieben gesetzten Schweden Joakim Nystroem begann erst um eine Minute vor 19.00 Uhr. Vom ersten, etwas nervösen Spiel abgesehen, gab Nystroem in seinem folgenden Aufschlagspiel des ersten Satzes nur zwei Punkte ab. Becker hatte es wesentlich schwerer, seinen Aufschlag zu halten, und verlor den ersten Satz mit 3:6. Erst im zweiten Satz brachte auch Becker alle Aufschlagspiele durch, so daß der Satz im Tiebreak entschieden werden mußte. Beim 3:3 in diesem Tiebreak machte der Schwede seinen einzigen schweren Fehler. Mit einem Doppelfehler gab er die Führung an Becker ab, der den Satz dann mit 7:6 gewinnen konnte. Danach mußte Oberschiedsrichter Alan Mills die Partie nach 86 Minuten in der Abenddämmerung abbrechen.

Für Trainer Günter Bosch („Nystroem hat sehr sicher gespielt, Boris nicht so gut, wie er eigentlich kann") entstand damit die Gelegenheit, Bekker noch einmal auf eine Fortsetzung dieses Kampfes vorzubereiten. Nach der Sonntagspause kann das Match erst heute nachmittag beendet werden. Bosch ist sich darüber im klaren, daß Nystroem in der ersten Hälfte dieses Kampfes um Nuancen stärker war. Er setzte den Ball immer wieder in so geschickte Winkel, daß sich Boris Becker nach Hechtsprüngen auf dem Rasen rollte.



Tränen nach der Niederlage: Claudia Kohde. FOTO: AP



Im Schatten von Boris Becker erfolgreich: Andreas Maurer, 27 Jahre alt. FOTO: DPA

Zaghaft und ängstlich

dpa/sid, **London**

Auf unterschiedliche Weise bekamen Claudia Kohde und Bettina Bunge die Wirkung des Centre Courts in Wimbledon zu spüren: Er kann lähmen, aber auch beflügeln. „Meine kleine Schwester hätte wahrscheinlich heute besser, zumindest aber intelligenter gespielt", meinte Claudia Kohde (20) nach ihrer Niederlage (6:4, 1:6, 2:6) in der zweiten Runde. Ihre Gegnerin Jo Durie, Nummer eins in England, habe ihr „die Bälle um die Ohren geschlagen, daß mir Hören und Sehen verging". Zu ihrem Überraschungssieg über die an Nummer sechs gesetzte Saarbrückerin sagte die 24jährige Engländerin: „Ich habe gegen eine sehr ängstliche Gegnerin gespielt."

Zwar verlor auch Bettina Bunge ihr Spiel. So couragiert und aggressiv wie beim 6:7, 3:6 gegen Martina Navratilova (USA) war die 22 Jahre alte Deutsch-Amerikanerin aber in letzter Zeit selten aufgetreten. Der erste Tiebreak-Punkt wurde ihr vom Schiedsrichter aberkannt, weil ein Balljunge noch während des Ballwechsels auf den Platz gelaufen war.

Donald Budge über Becker: Von Cramm war besser . . .

Donald Budge ist der Amerikaner, der 1937 den deutschen Gottfried von Cramm in seinem letzten Wimbledon-Endspiel schlug. Der inzwischen 70jährige ist eine legendäre Figur der Tennis-Geschichte, weil ihm als erstem Spieler (1938) der „Grand Slam" (Sieg bei den Meisterschaften von Frankreich, England, USA, Australien in einem Jahr) gelang. Jetzt saß Budge dabei, als Boris Becker in Wimbledon spielte. WELT-Korrespondent Claus Geissmar fragte Budge, ob Deutschland endlich einen sportlichen Erben für den berühmten Tennis-Baron gefunden hat?

Budge: Boris Becker ist mit Sicherheit ein großer Spieler.

WELT: Kann man ihn mit Gottfried von Cramm vergleichen?

Budge: Ich glaube, nein. Von Cramms Spiel war eleganter. Sein Tennis war ästhetischer, schöner. Und in seinem Spiel steckte zugleich eine sportlich größere Finesse. Sogar sein Aufschlag war stärker.

WELT: Hat Beckers Aufschlag nicht viel mehr Kraft?

Budge: Der Aufschlag ist eine der wichtigsten Waffen im Tennis, und Becker schlägt wirklich mit großer Wucht auf. Es kommt jedoch auch darauf an, gut variieren zu können. Mit Kraft allein kann man nicht alles erzwingen. Ich habe zum Beispiel auch das Match von Becker in Paris gesehen, das er gegen Wilander verloren hat. Gottfried von Cramm wäre diese Niederlage nicht passiert.

WELT: Kann sich Becker noch verbessern?

Budge: Er ist ja erst 17. Und in diesem Alter kann man mit Sicherheit noch viel lernen. Ich möchte auch betonen, daß ich mir noch kein abschließendes Bild von ihm gemacht habe. Ich möchte Boris Becker noch einige Turniere lang beobachten, ehe ich ein endgültiges Urteil fälle. Und obwohl ich ihn nicht mit Gottfried von Cramm vergleichen möchte, kann es durchaus sein, daß er international ähnliche Erfolge erzielen wird. Die größte deutsche Begabung seit Gottfried von Cramm ist dieser junge Mann bestimmt.

TOUR DE FRANCE

Thurau: Noch nicht kaputt

sid/dpa, **Lanester**

Der 23 Jahre alte Belgier Eric Vanderaerden gewann das Sekundenspiel um das Gelbe Trikot bei der Tour de France. Die erste Etappe der Rad-Rundfahrt über 256 km von Vannes nach Lanester durch die Bretagne gewann im Sprint des Hauptfeldes sein drei Jahre älterer Landsmann Rudy Matthijs. Der zweite Platz reichte jedoch Vanderaerden, der dann eine Zeitgutschrift von 20 Sekunden bekam. Der Frankfurter Dietrich Thurau, Teamkollege des Überraschungs-Siegers Matthijs, zeigte sich auf der Etappe sehr aktiv und war vor allem gegen Ende des Rennens immer wieder in der Spitzengruppe zu finden. Über seine Ziele sprach Thurau in einem kurzen Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa):

Frage: Zuletzt sind Sie bei der Tour de Suisse und bei der deutschen Meisterschaft vom Rad gestiegen. Kann man mit einer solchen Vorbereitung in die Tour gehen?

Thurau: Wenn es gleich in die Pyrenäen ginge, wäre das natürlich nicht so gut. Aber die ersten neun Tage sind ja Flachetappen, und ich hoffe, die nehmen es erst mal locker und knallen nicht so los wie bei der Tour de Suisse.

Frage: Gibt es in Ihrem Vertrag bei Hitachi Splendor in der Mannschaft des belgischen Weltmeisters Claude Criquelion eine Klausel: Ohne Tour kein Geld – oder weniger?

Thurau: Nein. Ich bekomme mein Geld monatlich und bin dafür verpflichtet, die Rennen zu fahren, die vorher im Vertrag festgelegt waren. Die Bezahlung hat nichts damit zu tun, wie ich fahre. Man kann ja vorher nie wissen, was passiert. Der zweimalige Tour-Sieger bekommt ja auch sein Geld, obwohl er in diesem Jahr nach einer Operation kaum noch fahren wird.

Frage: Raimund Dietzen hat im Vorjahr als einziger deutscher Tour-Fahrer die Frankreich-Rundfahrt als 64. beendet. Ihr Ziel?

Thurau: Mit diesem Platz wäre ich sicher nicht zufrieden. Bei meiner wahrscheinlich letzten Tour will ich noch einmal gut aussehen. Ich bin noch nicht kaputt, ich hab' noch was drin.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

TENNIS

Wimbledon, Herren, zweite Runde: Acuna (Chile) – Cash (Australien) 7:6, 6:3, 3:6, 6:7, 6:4, Lendl (CSSR) – Leach (USA) 6:3, 1:6, 6:2, 6:7, 6:4, Gerulaitis – Sadri (beide USA) 5:7, 6:4, 3:6, 7:6, 6:4, van Patten – Mitchell (beide USA) 7:5, 6:3, 6:2, Giammalva (USA) – Smid (CSSR) 6:3, 6:2, 6:4. – **Damen**, zweite Runde: Smith – Gadusek (beide USA) 2:6, 6:4, 6:2, Rinaldi (USA) – Fairbank (Südafrika) 7:5, 6:4, Wade (England) – Gerken (USA) 6:3, 6:7, 7:5. – Dritte Runde: Sukova (CSSR) – White (USA) 6:1, 6:4, Garrison (USA) – Mesker (Holland) 6:3, 6:1, Ilys (Südafrika) – Hu Na (staatenlos) 6:2, 4:6, 6:0, Shriver (USA) – Hobbs (England) 6:3, 6:2, Kohde (Deutschland) – Durie (England) 6:4, 1:6.

LEICHTATHLETIK

Länderkampf Deutschland – USA in Bremen, Männer, Stand nach dem ersten Tag 49:77: 100 m (zu starker Rückenwind 2,6 m): 1. Morris 10,16, 2. McNeil (beide USA) 10,25, 3. Haas (D) 10,38, 4. Heer (D) 10,52. – 400 m: 1. Caldwell (USA) 46,18, 2. Skamrahl (D) 46,35, 3. Dixson (USA) 46,46, 4. Just (D) 46,97. – 1500 m: 1. Harbour 3:44,48, 2. Assuma (beide USA) 3:44,58, 3. Becker 3:44,65, 4. Ralf Eckert (beide D) 3:45,30. – 5000 m: 1. Brantly 14:11,98, 2. Sapienza (beide USA) 14:12,52, 3. Herle 14:15,37, 4. Orthmann (beide D) 14:21,06. – 400 m Hürden: 1. Schmid (D) 48,96, 2. Page (USA) 50,27, 3. Schmitt (D) 50,35, 4. Laverty (USA) 50,89. – 4 x 100 m: 1. USA (Glance, Scott, Cook, Morris) 38,93, 2. Deutschland (Bestians, Haas, Sewald, Lübke) 39,26. – 10 km Bahngehen: 1. Lewis 40:20,57, 2. Evonjuk (beide USA) 41:02,78, 3. Schwarz 41:09,48, 4. Mattern (beide D) 42:33,51. – Hochsprung: 1. Stanton (USA) 2,24, 2. Nagel (D) 2,24, 3. Balkin (USA) 2,20, 4. Thränhardt (D) 2,15. – Stabhoch: 1. Olson und Dial (beide USA) je 5,30, 3. Winkler 5,20, Schmidt (beide D) ohne gültigen Versuch. – Weit: 1. Jackson (USA) 7,75, 2. Wörner 7,67, 3. Kessler (beide D) 7,66, 4. Waynes (USA) 7,58. – Kugel: 1. Akins (USA) 20,45, 2. Gelhausen 19,43, 3. Kneißler (beide D) 18,95, Jesse (USA) ohne Punkt. – Diskus: 1. Wagner 62,90, 2. Danneberg (beide D) 62,16, 3. Binley 60,32, 4. McSeveney (beide USA) 60,24. – **Frauen**: (Stand nach dem ersten Tag 28:45): 100 m: 1. Marshall (USA) 11,32, 2. Gaugel (D) 11,43, 3. Finn (USA) 11,48, 4. März (D) 11,83. – 400 m: 1. Dixon (USA) 51,59, 2. Brinkmann 53,41, 3. Thimm (beide D) 53,53, 4. McIntosh (USA) 54,68. – 1500 m: 1. Kraus (D) 4:15,56, 2. Warren 4:15,62, 3. Beckford (beide USA) 4:16,31, 4. Borgschulze (D) 4:21,42. – 4 x 100 m: 1. USA (Torrance, Finn, Smith, Marshall) 43,96, 2. Deutschland (März, Bersch, Gaugel, Thimm) 44,15. – 400 m Hürden: 1. Brown-King 56,08, 2. Sheffield (beide USA) 57,11, 3. Everts 57,57, 4. Holzapfel (beide D) 59,18. – 5 km Bahngehen: 1. Torellas 22:51,10 (USA-Rekord), 2. Vaill (beide USA) 23:23,57, 3. Behring 25:18,50, 4. Zschieschang (beide D) 25:30,42. – Diskus: 1. Cady (USA) 60,34, 2. Galler 59,34, 3. Gutewort (beide D) 56,46, 4. Neer (USA) 55,56.

SCHWIMMEN

97. Deutsche Meisterschaften in Remscheid/Wuppertal, sechster und letzter Tag, Endläufe: Herren: 100 m Freistil: 1. Schowtka (Hamburg) 51,08, 1500 m Freistil: 1. Henkel (Köln) 15:20,69, 200 m Schmetterling: 1. Groß (Offenbach) 1:57,01 (Weltrekord), 200 m Lagen: 1. Bermel (Hamburg) 2:05,31 (DSV-Rekord), 4 x 100 m Lagen: 1. Offenbach (Peter, Schäfer, Groß, Fahrner) 3:48,04. – **Damen**: 200 m Freistil: 1. Zindler 2:04,18 (Köln) 2:04,48, 100 m Schmetterling: 1. Seick (Winsen) 1:02,59, 200 m Rücken: 1. Schlicht (Hamburg) 2:15,75, 200 m Lagen: 1. Zindler 2:18,91, 4 x 100 m Lagen: 1. Bonn (Lange, Hasse, Schulz, Paul) 4:24,75.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, erster Spieltag: Gruppe 1: Malmö – Antwerpen 5:0 – Gruppe 2: Düsseldorf – FC Lüttich 4:2 – Gruppe 3: Göteborg – Admira/-Wacker Wien 2:0 – Gruppe 5: Braunschweig – Slavia Prag 4:1 – Gruppe 6: Sparta Prag – Danzig 0:0 – Gruppe 7: Gornik Hindenburg – Bern 3:0, Zalaegerszeg/Ungarn – Aarhus 1:0 – Gruppe 8: Haifa – Bielefeld 2:1, Jerusalem – Graz 2:0 – Gruppe 9: Vejle/Dänemark – Sofia 1:1, Ostrau – Linz 0:0. – Gruppe 10: Hammarby/ Schweden – Eisenstadt/Österreich 4:0, Oslo – Ujpest Budapest 2:0 – Gruppe 11: Kristiansand/-Norwegen – MTK Budapest 3:3, Burgas/Bulgarien – Aarau 4:1.

MOTORRAD

Großer Preis der Niederlande in Assen, siebter Lauf zur WM: Klasse bis 80 ccm, 12 Rd. = 73,608 km: 1. Kafka (Österreich) Seel 33:33,88, 2. Dörflinger (Schweiz) Krauser 34:06,94, 3. Martinez (Spanien) Derbi 34:35,41, . . .10. Waibel (Deutschland) Seel-Real. – Stand in der WM-Wertung: 1. Dörflinger 64, 2. Martinez 52, 3. Herreos 40, . . 5. Waibel 19. – Klasse bis 125 ccm, 16 Rd. = 98,144 km: 1. Bianchi MBA 43:49,24, 2. Gianola auf Garelli 43:58,37, 3. Gresini (alle Italien) Garelli 44:13,02, . . .9. Waibel (Deutschland) 45:38,97. – Stand WM-Wertung: 1. Bianchi 63, 2. Gresini 49, 3. Gianola 42. – Klasse bis 250 ccm, 18 Rd. = 110,412 km: 1. Spencer (USA) Honda 45:14,57, 2. Wimmer Yamaha 45:26,87, 3. Mang (beide Deutschland) Honda 45:31,06. – Stand WM-Wertung: 1. Spencer 89, 2. Wimmer 61, 3. Mang 60. – Klasse bis 500 ccm, 20 Rd. = 122,690 km: 1. Mamola (USA) Honda 50:47,22, 2. Haslam (England) Honda 51:00,81, 3. Gardner (Australien) Honda 51:22,98. – Stand WM-Wertung: 1. Spencer 81, 2. Lawson (USA) 74, 3. Gardner 53. – Seitenwagen, 16 Rd. = 98,144 km: 1. Biland/Waltisperg (Schweiz) Krauser 39:01,47, 2. Schwärzel, Buck (Deutschland) I CR 39:04,51, 3. Streuer, Schnieders (Holland) I CR 39:07,77. – Stand WM-Wertung: 1. Schwärzel, Buck 39, 2. Biland, Waltisperg 38, 3. Streuer, Schnieders 28.

KUNSTTURNEN

WM-Qualifikation der Turner in Bad Laasphe, Stand nach der Pflicht: 1. Simmelbauer (Mühldorf) 55,60 Punkte, 2. Japtok (Hannover) 55,00, 3. Szilier (Weiskirchen) 54,95, 4. Wochnowski (Norderstedt) 54,75, 5. Winkler (Heusenstamm) 54,60, 6. Brümmer (Stuttgart) 54,25, 7. Garziella (Bolanden) 53,90, 8. Geiger (Herbolzheim) 53,75.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. Eagleflight (D.K. Richardson), 2. Schützenmajor, 3. Patria, Toto: 16/11, 13, –, ZW: 68, DW: 120, 2. R.: 1. My Love's Dream (Frau P. Malone), 2. Absalom, 3. Luanda, Toto: 32/14, 18, 20, ZW: 188, DW: 1136, 3. R.: 1. Fortunato (R. Ording), 2. Tokay, 3. Wabana, Toto: 32/22, 50, 34, ZW: 848, DW: 18 300, 4. R.: 1. Licinius (T. Potters), 2. Usance, 3. Ästhet, Toto: 84/17, 11, 15, ZW: 148, DW: 1168, 5. R.: 1. Ultimo (H. Horwart), 2. Cronos, 3. Aarprinz, Toto: 84/30, 19, 62, ZW: 656, DW: 14 756, 6. R.: 1. Grazie (C. Spitzke), 2. Ginsterblüte, 3. Ostruf, Toto: 92/26, 30, 46, ZW: 1292, DW: 31 620, 7. R.: 1. Nareto (N. Rumstich), 2. Obelix, 3. Wicklowina, Toto: 36/18, 38, 22, ZW: 620, DW: 4808, 8. R.: 1. Skyros (H. Horwart), 2. Isartaler, 3. Abendglut, Toto: 176/26, 19, 17, ZW: 1856, DW: 5228.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 5, 8, 15, 36, 39, Zusatzzahl: 45. – **Spiel 77**: 2 1 7 4 1 7 2. – **Rennquintett**: Rennen A: 14, 7, 6. – Rennen B: 33, 29, 26. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL

Erfolge für Düsseldorf und Braunschweig

sid, Düsseldorf

Fußball-Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig und Fortuna Düsseldorf sicherten sich die Tabellenführung zum Auftakt der mit jeweils 15 000 Schweizer Franken für den Gruppensieg dotierten Intertoto-Runde. Die Düsseldorfer setzten sich in der Gruppe zwei mit 4:2 gegen den FC Lüttich durch. Braunschweig kam in der Gruppe fünf zu einem 4:1-Erfolg über Slavia Prag.

Die einzige Niederlage erlitt Bundesliga-Absteiger Arminia Bielefeld beim 1:2 gegen den israelischen Meister Maccabi Haifa. Vize-Meister Werder Bremen gibt erst in der nächsten Woche sein Intercup-Debüt. Die Norddeutschen spielen in der Gruppe eins, die Malmö FF nach einem 5:0 über den FC Antwerpen anführt.

Nur etwa 2500 Zuschauer verfolgten die die bisher drei Begegnungen der DFB-Klubs. Auf einem Nebenplatz des Düsseldorfer Rheinstadions verloren sich beim Spiel gegen den Tabellendritten der belgischen Meisterschaft aus Lüttich 1100 Fans. In Ramat Gan bei Tel Aviv erschienen nur 150 Besucher zum Spiel des israelischen Titelträgers gegen Bielefeld.

Trotz der Niederlage in Israel sorgte die neuformierte Bielefelder Elf für Positiv-Schlagzeilen. Die Ostwestfalen, die nach dem Bundesliga-Abstieg fast nur noch Nachwuchsspieler aufbieten können, hielten lange ein Unentschieden, nachdem Ustermann den Ausgleich geschossen und Torwart Hellmann einen Handelfmeter pariert hatte. Torschützen der Düsseldorfer waren Holmquist, Kaiser, Demange und Weikl. Braunschweigs Treffer markierten Pahl, Plagge und der zweimal erfolgreiche Posipal.

Verfolger der Niedersachsen in der Gruppe fünf sind UEFA-Pokal-Teilnehmer Wismut Aue und die norwegische Elf von Viking Stavanger. Noch ohne Konkurrenz blieb Fortuna Düsseldorf in der Gruppe zwei, wo Rot-Weiß Erfurt und Twente Enschede (Holland) spielfrei waren. Bereits drei Spiele wurden in der Gruppe acht der Bielefelder, die den dritten Rang belegen, ausgetragen. Der nächste Spieltag der Intertoto-Runde, in der 44 Mannschaften aus 14 Ländern die elf Gruppensieger ausspielen, findet am kommenden Samstag satt.

Erstmals in seiner Vereinsgeschichte wurde der KBC Duisburg Deutscher Meister im Damen-Fußball. Vor 5200 Zuschauern im Endspiel gegen Bayern München gewannen die Duisburgerinnen trotz spielerischer Unterlegenheit mit 1:0. Das entscheidende Tor erzielte in der 76. Minute die erst kurz zuvor eingewechselte Anja Klinkowski.

GALOPP / Hydros, der größte Außenseiter, gewann Otto-Schmidt-Rennen

Lontano Achter. Bocskai: Plötzlich hat er die Beine durcheinandergeworfen

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Zwei heiße Favoriten aus dem Stall des in den letzten Wochen in einer wahren Erfolgsorgie badenden 34maligen Champion-Trainers Heinz Jentzsch (65) aus Köln gingen am Samstag zum Auftakt der Derby-Woche auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn an den Start – beide versagten.

Da ging zunächst der 20:10-Favorit Lontano im Otto-Schmidt-Rennen, dem allerletzten Test für das am nächsten Sonntag anstehende 116. Deutsche Derby, kläglich unter. Nach 2200 Metern entdecken ihn alle Zuschauer, die auf ihn gewettet hatten, an achter Stelle unter zwölf Startern. Geschlagen war er aber nicht erst im Ziel, sondern schon 300 Meter vorher. Jockey Georg Bocskai (26): „Bis zum Schlußbogen galoppierte Lontano sehr gut. Dann hat er plötzlich die Beine durcheinandergeworfen, aus war's." Trainer Jentzsch war mit der von Bocskai eingeschlagenen Taktik allerdings auch nicht sonderlich zufrieden, er sei mit Lontano allzu früh an die Spitze gegangen. Jentzsch: „Aber daran hat es bestimmt nicht allein gelegen."

Für den Sieger des Rennens rührte sich unter den 6000 Zuschauern (Wettumsatz 930 040 Mark) kaum eine Hand zum Applaus. Nicht verwunderlich, denn Hydros ging als letzter Außenseiter ins Rennen. Wer zehn Mark auf seinen Sieg gesetzt hätte, hätte – eine ungewöhnlich hohe Quote – 568 Mark erhalten. Hinter Hydros belegten Fellini und Cassis die Plätze zwei und drei. An den Auszahlschaltern trafen sich nur einige wenige, die viel Mut zum Risiko bewiesen hatten. Aus der unteren Leistungsklasse hat sich Hydros nach oben gearbeitet, zuletzt gewann er in Baden-Baden. Aber zur Kategorie der Derby-Pferde zählte man ihn eigentlich nicht. Das war allein schon aus der Wahl des Stalljockeys Erwin Schindler erkennbar, der sich auf Leguan setzte und dem Kollegen Kevin Woodburn den Ritt auf Hydros überließ.

Woodburn ist eigentlich die Jockey-Entdeckung der Saison, obwohl der 27jährige Engländer schon seit Jahren in Deutschland reitet, aber eher durch flapsiges Auftreten als durch Künste im Rennsattel auffiel. Es machte ihm nichts aus, wenn er zu einer Siegerehrung erschien, die Knöpfe an einer bestimmten Stelle der Reithose aber nicht zuknöpfte. Er wußte auch zu berichten, daß er in seinem Leben erst einmal ein Buch gelesen habe: Kürzlich gewann er in einem Rennen in Köln als Ehrenpreis das Pferdebuch von ZDF-Mann Armin Basche. Jetzt flachste Woodburn: „Da habe ich sofort drin gelesen, schon klappte es auch in einem großen Rennen."

Im Derby wird Woodburn Hydros nicht reiten, denn er ist für Ephialtes verpflichtet, der im Stall des Krefelder Trainers Jupp Kappel steht. Und bei dem ist Woodburn fest engagiert. Lutz Mäder wurde noch am Samstag für den Derby-Ritt mit Hydros verpflichtet. Im Grunde waren sich die Experten einig, daß man kein sonderlich hochklassiges Otto-Schmidt-Rennen gesehen hatte – ohne den Erfolg von Hydros abwerten zu wollen.

Die Siegprämie von 17 500 Mark wird auf das Konto des Solinger Bäckermeisters Herbert Lützenkirchen überwiesen. Für 25 000 Mark hat er Hydros vom Gestüt Birkenmoor gekauft, Trainer Bruno Schütz war der Verbindungsmann.

*

Die Niederlage von Lontano lag sicher noch im Bereich des Möglichen. Daß aber die Stute Padang aus dem Gestüt Fährhof im Preis des Casino Travemünde verlieren würde, schien unter normalen Umständen ausgeschlossen. 200 Meter vor dem Ziel war die 12:10-Favoritin, klassische Siegerin im Preis der Diana, geschlagen. Kleopatra mit Peter Alafi aus dem Quartier des Stutenspezialisten Sven von Mitzlaff siegte am Ende noch deutlich. Der Kommentar von Trainer Heinz Jentzsch nach der Schlappe: „Die Form ist weg. Das Derby könnt ihr auch streichen."

Für das Derby wird mit einem Feld von 18 Pferden gerechnet. Das Favoritenduo mit Lirung und Acatenango ist klar, der monatelang hochgehandelte Kamiros hat dagegen an Kredit eingebüßt. Er fraß längere Zeit schlecht. Für Kamiros Trainingsgefährten Taft wird ein englischer Jokkey verpflichtet.

Auf der falschen Strecke – Schüler starb

dpa, Haiming/Duisburg

Ein Todesfall überschattete die deutschen Kanu-Wildwasser-Meisterschaften auf dem Inn bei Haiming in Tirol. Jens Buschhausen aus Oberhausen starb am Samstagmorgen in der Universitätsklinik von Innsbruck an den Folgen eines schweren Unfalls.

Der 14jährige Schüler hatte mit einem Vereinskamerad vor Wettkampfbeginn noch einmal den reißenden Fluß hinunterfahren wollen, obwohl für diesen Zeitpunkt kein Training vorgesehen war. Die beiden befuhren einen für Schüler nicht zugelassenen Streckenabschnitt. Bei der Abfahrt prallte der Oberhausener mit seinem Kanu gegen einen Brückenpfeiler.

Da sich die Rettungsschwimmer am Ufer noch nicht formiert hatten, blieb der Junge fast 15 Minuten unter Wasser, ehe er gefunden und mit einem Rettungshubschrauber auf die Intensivstation der Unfallklinik gebracht wurde. Die Ärzte konnten nur noch feststellen, daß die Gehirnfunktionen von Jens Buschhausen zum Stillstand gekommen waren.

Erfolgreichster Verein bei den Meisterschaften waren die Freien Fahrer Brühl mit drei Titeln. Nach den Siegen von Thomas Klatt im Canadier-Einer sowie Thomas Schöffl und Manfred Harzheim im Canadier-Zweier holten sich die Brühler auch die Mannschafts-Meisterschaft im Canadier-Zweier. Das Team der FF Brühl gewann in der Besetzung Schöffl, Harzheim, Krakant, Huhn, Bergmann, Klatt deutlich vor Titelverteidiger WV Süderelbe und KFH Kassel. Meister im Canadier-Einer wurde die Mannschaft des WV Süderelbe (Albers, Berngruber, Libuda). Im Kajak-Einer setzte sich Titelverteidiger KCD Düsseldorf-Hamm mit den Team-Weltmeistern Rolf Kilian und Jörg Winfried sowie Dirk Druschke, der Einzelmeister geworden war, durch.

Erfolgreichste Abfahrerin bei den Damen war Brigitte Gödecke. Die Hamburgerin behauptete sich überraschend gegen Weltmeisterin Karin Wahl und gewann den Einzeltitel im Kajak-Einer. Außerdem holte sie mit ihrem Vereinskameraden Matthias Eckert die Meisterschaft im Canadier-Mix.

Bei der Internationalen Regatta von Duisburg sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft im belgischen Hazewinkel belegte der Olympiasieger von Los Angeles, Uli Eicke, im Canadier-Einer über 1000 m den sechsten Platz hinter vier Osteuropäern und dem kanadischen Silbermedaillen-Gewinner Larry Cain. Die Spitzenfahrer aus der „DDR" und der UdSSR waren nicht am Start.

Eine Chance für den künstlerischen Nachwuchs? – Die „Mainzer Talentbörse"

Den meisten blieb nur eine „Leiter"

Hinter dem Begriff „Talent" verbarg sich bei den alten Griechen eine Gewichts- und Geldeinheit. Heute reduziert sich der Gehalt des Wortes auf eine besonders auffällige „Befähigung". Dies versuchen, bei künstlerisch veranlagten Menschen, clevere Geschäftsleute schamlos auszunutzen. Zwischen Kiel und München schießen „Talentwettbewerbe" wie Pilze aus dem fruchtbaren Amateurboden. Kaum eine Diskothek, die auf die Gaudi verzichtet, durch billige Wettbewerbe Umsatz zu machen – meist auf Kosten der sich darbietenden Nachwuchstalente, die sich um ihrer Kunst willen der Häme des Publikums aussetzen.

Dies war die Ausgangslage für eine Mainzer Privatinitiative des Jahres 1980. Die „Mainzer Talent-Börse" (MTB) wurde als gemeinnütziger Verein gegründet und veranstaltet in diesem Jahr zum fünften Mal ihren „Internationalen Amateurwettbewerb für Unterhaltungskünstler". Der Verein ehrenamtlich tätiger renommierter Mainzer Bürger bietet, wie sein Jahresheft verrät, „mit seinem organisatorischen und technischen Know-how den Amateurkünstlern eine adäquate Plattform, die sie zum einen leichter bekannt werden und zum anderen mit speziellen Kreisen aus der Unterhaltungsbranche und dem Showgeschäft Kontakt aufnehmen läßt."

Eine überaus positiv zu bewertende Aufgabe, die sich die rund 30 Vereinsmitglieder gestellt haben: dem künstlerischen Nachwuchs eine Brücke zu bauen, auf der er sich, wie an diesem Wochende in Mainz geschehen, dem Publikum präsentieren kann. Unterstützt wird die Talentbörse von der Stadt Mainz und dem Mainzer Verkehrsverein sowie von Sparkassen und Bankdirektoren, Sektfabrikanten, höheren ZDF-Mitarbeitern und Repräsentanten der Mainzer Geschäftswelt. Die wiederum sorgen für den finanziellen Hintergrund: für die Gestellung der Preise (es gibt eine Trophäe in Form einer „Mainzer Erfolgsleiter" in Gold, Silber und Bronze und dieses Jahr erstmals einen Betrag in Höhe von 1000 Mark für jeden Goldpreisträger in den Sparten Musikgruppen, Instrumentalsolisten, Gesang und Neukomposition) und die Durchführung der öffentlichen Veranstaltungen, für die sich diesmal 23 Teilnehmer qualifizieren konnten.

Wenn man das Jahresheft und die Pressemitteilungen dieses Vereins durchblättert, fällt auf, daß Klappern wahrlich zum Handwerk der Künstler gehört. Man liest von der MTB-Big-Band, den MTB-Singers, der MTB-Beschallungsanlage und dem privaten MTB-Videofilm-Anbieter, der beim vierten Wettbewerb dem SWF für dessen dritte Programmschiene einen neunzigminütigen Fernsehmitschnitt frei Anstalt lieferte. Aber über die interessantesten Fragen – was ist aus den Teilnehmern der vergangenen Wettbewerbsjahre geworden? Haben sie den Sprung ins Profilager geschafft? Wie viele Schallplatten haben die Preisträger aufgenommen und verkauft? – schweigt sich der Talentbörsenkatalog leider aus.

Albin Borg, MTB-Vizepräsident und agiler Trommler des ehrenamtlich tätigen Vereins, kommt an diesem Punkt auch etwas ins Stocken und meint: „Es geht uns um den Nachwuchs. Wir haben eine Fachjury, die die Teilnehmer der Endrunde festlegt, und eine Prominentenjury, die die Preise vergibt. Alles wird von einem Notar kontrolliert. In der Vorrunde haben die Kandidaten nur Nummern, so daß die Jury nicht weiß, wer sich hinter der Einsendung verbirgt. So ist gewährleistet, daß alles mit rechten Dingen zugeht."

Benötigt man dazu wirklich einen solch aufgeblähten Vereinsapparat? Borg: „Es geht darum, seriöse Namen zu bekommen, die sich in den Dienst der Sache stellen. Außerdem brauchen wir viel Personal während der öffentlichen Veranstaltung." Doch damit nicht genug. Der interessierte Amateur wird sich nach Zusendung der Teilnehmerbedingungen die Augen reiben. 150 Mark Startgeld für jeden eingereichten Beitrag muß der Künstler auf den MTB-Tisch blättern. Dazu kommen für jedes Musikstück, das für die MTB-Big-Band arrangiert wird, nochmals 400 Mark.

„Rechnet man noch die Hotel-, Verpflegungs- und Fahrtkosten hinzu, so kommt man auf ein ansehnliches Sümmchen", meint Christa Kohl, eine Hälfte des in Lüneburg beheimateten alpenländisch-folkloristisch auftretenden „Alpenduos Christa und Ilse", die 1984 in der Sparte Gesang die Mainzer Erfolgsleiter in Bronze gewonnen hatten. Hat sich die Investition für die beiden Amateursängerinnen gelohnt? „Nein! Wir waren im nachhinein sehr enttäuscht. Die Fernsehproduktion hat uns aus dem neunzigminütigen Film herausgeschnitten. Grund: weil wir aus Norddeutschland kämen, wären wir für eine Ausstrahlung über die dritten süddeutschen TV-Schienen für die Zuschauer uninteressant. Auch der nach der Veranstaltung stattfindende Umtrunk hat uns außer einem Hörfunk-Interview nichts gebracht. Die angekündigten Firmenvertreter der Schallplattenindustrie waren nicht zu sehen."

Kein Einzelfall. Anja Schweiger, ausgebildete Sängerin, bestätigt die Schilderung über den Empfang nach der Präsentation im Großen Haus von Mainz. „Ich hatte zwar keinen Preis gewonnen, was aber für mich keine Rolle spielte, weil es hieß, man könnte dort namhafte Vertreter der Musikbranche treffen. Leider war niemand von der ersten, zweiten oder gar dritten Garnitur erschienen. Ich glaube, es gibt so viele Talentwettbewerbe, daß sich die maßgeblichen Personen der Musikindustrie überhaupt nicht für diese Wettbewerbsbörsen interessieren. Uns wurde was vorgemacht: von wegen ‚Sprungbrett zur großen Karriere'."

„Außer Spesen nichts gewesen", so lautet auch das Urteil des Goldgewinners der Sparte Musik, Gerd Spies, damaliger Leiter des 17 Mann starken Trierer Swing-Orchesters. Seinen Mannen und ihm brachte die Beteiligung am 84er Wettbewerb einen einzigen Auftritt ein. Trotzdem hat sich der 84er Goldpreisträger in diesem Jahr mit einem Saxophon-Ensemble wiederum beworben. „Eine Alternative zur MTB habe ich bisher nicht gefunden. Es gibt keine. Da überhaupt so wenig Talentförderung betrieben wird, macht man eben wieder mit. Man will doch in einem angemessenen Rahmen zeigen, was man kann."

Haben wir, wie Borg meint, nur mit den falschen Interpreten des Jahrgangs 1984 gesprochen? Was müßte anders gemacht werden, damit ein so im Ansatz lobenswerter, aber doch wohl dilettantisch realisierter Wettbewerb am Leben erhalten bleibt? Dazu Franz Rüger, Unterhaltungsredakteur des Hessischen Rundfunks und Fachjurymitglied der MTB: „Es hapert daran, daß wir die Talentbörse nur nebenher machen können. Könnten wir jemanden hauptamtlich mit der Geschäftsführung beauftragen, sähe die ganze Angelegenheit längst nicht mehr so amateurhaft aus. Dazu gesellt sich das Besetzungsproblem der Fach- und Prominentenjury. Dort sitzen eine ganze Anzahl Geschäftsleute drin. Nur weil ein Sektfabrikant und ein Sparkassendirektor zu den Förderern des Vereins gehören, haben sie noch nichts mit der Musik zu tun. Auch in der Prominentenjury gibt es viele Namen, die in puncto musikalisch-fachlicher Qualifikation wenig zu bieten haben."

Das Damoklesschwert der finanziellen wie künstlerischen Pleite schwebt über der MTB. Es scheint, als habe ein Architekt bei diesem Bauwerk mit dem Dach angefangen und dabei das Fundament vergessen. Schuld an der Misere ist aber auch die deutsche Schallplattenindustrie. Albin Borg hat recht, wenn er sagt: „Ich kann die leitenden Leute doch nicht an den Haaren nach Mainz zerren!"

Und so lebt er seinen Traum: er sucht eine Fernsehanstalt, die die besten Nachwuchskünstler aus der Endrunde auswählt und mit ihnen eine abendfüllende, preiswerte Sendung produziert. Außerdem wird überlegt, ob der Verein nicht im Selbstverlag die besten Beiträge auf Platte herausbringt. Doch das dürfte wiederum eine Geldfrage sein. Werbung und MTB-Selbstdarstellung reichen eben nicht aus. Es geht um die zahlenden Amateure, die einfach eine gute solide Präsentationsmöglichkeit suchen und endlich bekommen sollten. Mit einer Staubfänger-Trophäe im Schrank ist es allein nicht getan.

ROLF PETERS

KIELER WOCHE / Nur Wolfgang und Joachim Hunger siegten in einer olympischen Bootsklasse

Mit Zelt und Auto ab zur Europameisterschaft

R. von HOLST, Kiel

Sie haben sich noch einmal umarmt, wie Brüder das oft machen, wenn sie sich verabschieden. Joachim sagte: „Bis Freitag", und Wolfgang fügte hinzu: „Vergiß nichts." Dann hat sich jeder in Strade bei Kiel, wo die Eltern wohnen, in seinen Wagen gesetzt und ist losgefahren. Joachim Hunger nach Berlin, wo er diese Woche weiter Medizin studieren will, Wolfgang nach Hamburg, wo er heute morgen um Punkt sieben Uhr in der zweiten chirurgischen Abteilung des Barmbeker Krankenhauses sein Praktikum fortsetzt. Der Alltag hat die beiden strahlendsten Sieger, die die Kieler Woche je gesehen hat (Idealnote Null, zur letzten Wettfahrt brauchten sie gar nicht mehr anzutreten) brutal eingeholt.

„Man kann sich auf solchen Erfolgen nicht ausruhen", weiß Wolfgang, „wenn man erst einmal vorne dabei ist, wird man immer gefordert. Man muß den Erfolg konservieren, neue Kraft tanken." Der 24jährige, der bereits zum zehnten Mal an der Kieler Woche teilnahm, ist mit seinen Gedanken schon bei der Europameisterschaft, die in einer Woche in Jugoslawien beginnt.

Joachim (27) sagt: „Jeder macht jetzt Jagd auf uns. Aber wir waren ja schön öfter Kieler-Woche-Sieger und anschließend wurde es sehr schwer." Das war im letzten Jahr so, als sie zum zweiten Mal hintereinander gewonnen hatten und alles auf Olympia ausgerichtet war. Als Topfavoriten waren sie in der 470er Klasse abgestempelt, 0,7 Punkte fehlten vor Long Beach schließlich zur Bronzemedaille.

„Mit dieser Niederlage konnten wir nicht abtreten", sagt Joachim, „natürlich hatten wir auch schon ans Aufhören gedacht. Aber wir finden bis auf den Tornado kein anderes olympisches Boot, in dem wir segeln könnten. Wir sind einfach zu leicht. Der Verband hätte es ganz gerne gesehen, wenn wir auf den Tornado umgestiegen wären. Das liegt aber nur daran, daß die Deutschen 470er derzeit wohl die Besten in der Welt sind."

Nach Olympia folgte eine achtmonatige Pause, in der sie überlegten, wie es weitergehen soll. Sie entschlossen sich, im 470er weiterzusegeln. Wolfgang: „Wir planen unsere weitere Zukunft nicht ganz fest, aber die Olympischen Spiele sind so interessant, daß man immer wieder daran teilnehmen möchte."

Pusan 1988 ist das Ziel. In Südkorea finden die nächsten Olympischen Spiele statt, auf die die Hunger-Brüder bereits heute hinarbeiten. Das beginnt mit der Europameisterschaft. Es geht um Geld, um Sporthilfe, um vielfache Fördermaßnahmen. Nur wenn man unter den besten acht eines solchen Wettbewerbs segelt, ist man im A-Kader, ist man im Geld, das auch Segler brauchen. Das erklärt auch, warum sie die Europameisterschaft nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Freitag abend geht es los: „Wir fahren immer die ganze Nacht durch", sagt Joachim, „es gibt Leute, die denken, wir steigen in ein Flugzeug, und irgendwelche bezahlte Helfer machen den Rest. Das ist nicht so. Wir werden auch ein Zelt mitnehmen, weil wir noch nicht wissen, ob es Appartements gibt, die wir auch bezahlen können."

1500 Mark haben sie in ihrer Reisekasse. Weil der Deutsche Segler-Verband (DSV) eine neue Förderungspolitik betreibt, bekommen die beiden Kieler-Woche-Sieger auch nur dann Reisegeld, wenn sie unter den ersten vier nach der letzten Regatta landen. Der Sportdirektor des DSV, Hans Sendes, sagt dazu: „Wir fördern erst, wenn die Leistung gebracht wurde." Das löst bei Wolfgang Hunger nur Kopfschütteln aus: „Auch der Verband weiß, daß man Erfolge nicht vorausplanen kann. Selbst bei gutem seglerischen Können und bestem Material gibt es Widrigkeiten, gegen die keiner etwas machen kann. Diese Förderungsmaßnahmen, man sollte besser sagen Einschränkungen, sind uns unverständlich. Wir müssen uns überlegen, ob wir uns den Start an einer Europameisterschaft in Zukunft überhaupt noch leisten können, wenn der Verband seine Politik nicht überdenkt."

Und so werden die strahlenden Sieger, sollten sie nun doch unter die ersten vier kommen, ein paar Mark Reisegeld bekommen: 66 Mark pro Tag und 34 Pfennige pro Kilometer.

Förderungssystem: Erst Leistung, dann Geld

INGA GRIESE, Kiel

Fast ein Jahr ist es jetzt her, daß die Flotte des Deutschen Segler-Verbandes bei den olympischen Regatten vor Long Beach glücklos unterging – doch geändert hat sich nicht viel. Bei der Kieler Woche, der größten Segelveranstaltung der Welt auf der Kieler Förde, waren wieder die Starboote und die 470er die Paradeklassen des DSV, während Tornados, Solings, Flying Dutchmen und die Finn Dinghis hinterhersegelten.

Wieder einmal waren es die Brüder Wolfgang (24) und Joachim Hunger (27), in Los Angeles nur um wenige Meter an der Bronzemedaille vorbeigesegelt, die im 470er für den einzigen deutschen Kieler-Woche-Sieg eines Bootes aus der Bundesrepublik Deutschland in den olympischen Klassen sorgten (siehe nebenstehenden Bericht). Mit Ludger Hüttermann und Niels Körte und Joachim und Stefan Oetker gingen auch die Plätze zwei und drei der Gesamtwertung an den DSV.

Besonders erfreulich war auch das Abschneiden der 470er Seglerinnen Sabine Hellmich und Cornelia Ehrenborg auf dem zweiten Platz hinter der Italienerin Paula Porta. Zusammen mit Barbara Hartung/Susanne Bergmann ruhen auf Sabine Hellmich, die als erste Frau in den Olympia-Ausschuß des DSV berufen wurde, und ihrer Vorschoterin die Hoffnungen des DSV, daß die deutschen Damen in der neugegründeten olympischen Disziplin in den nächsten Jahren international mithalten können.

Bei den Starbooten gab es durch Weltmeister Giorgio Gorla zwar einen italienischen Gesamtsieger, doch liegen auf den ersten zwölf Plätzen neun deutsche Boote. Für den Ex-Weltmeister und zweifachen „Segler des Jahres" Alexander Hagen (30) bedeutet der zweite Platz vor den Silbermedaillengewinnern von Los Angeles, Achim Griese/Michael Marcour, voraussichtlich die Wiederaufnahme in den A-Kader. Ein wesentlicher Beitrag zur breiten Leistungsspitze in dieser Klasse ist das Training während der Wintermonate in den letzten fünf Jahren auf Mallorca, das von Heinz Nixdorf, selst begeisterter Starbootsegler, ins Leben gerufen und aus seiner Privatschatulle („Sport ist viel zu schön, um damit zu werben") finanziert wird. Beim DSV wird daher zur Zeit nach Möglichkeiten gesucht, auch den anderen Kaderseglern ein ähnliches Training zu ermöglichen.

Problemkinder des DSV sind Soling und Tornado. Thomas Jungblut und seiner Crew fehlt die Konstanz, Erich Hirt, als bester Deutscher auf Platz sieben, noch an Erfahrungen, und Willi Kuhweide segelt nur „noch aus Spaß". Allerdings ist der olympische Status der Dreimann-Boote über 1988 hinaus ohnehin stark umstritten.

Bei den Tornados sorgten Ekke Trost und Manfred Böse, in Los Angeles noch Vorschoter bei Eckhart Kaphengst, auf Rang sieben für die beste Plazierung. In dieser Klasse gibt es zur Zeit auch noch Probleme mit dem neuen Trainer. Mehr als einen vierten Platz hatte man bei den Finns von Roland Gäbler erwartet, da das Feld wegen der Weltmeisterschaft, die am Freitag in Schweden begann, nicht stark besetzt war. Unter der Weltmeisterschaft (1. bis 10. Juli) auf dem Gardasee litt auch die Besetzung bei den FD's. So fehlten auch die deutschen Spitzencrews.

Insgesamt zeigte sich Bundestrainer Klaus Peter Stohl aber zufrieden, da vor allen Dingen der Nachwuchs, für den Kiel „Zielwettkampf" ist, vielversprechende Leistungen zeigte. Nach dem neuen Förderungsprogramm des DSV gibt es für die A-, B- und C-Kader-Mitglieder jeweils einen Zielwettkampf (WM, EM und Kieler Woche). Die Teilnahme wird vom DSV finanziert. Für einen A-Kader-Segler gibt es aber für die Kieler Woche nur dann Kostenerstattung zu hundert Prozent, wenn er unter den ersten drei, und zu fünfzig Prozent, wenn er unter den ersten acht plaziert ist.

Mit dem Motto: „Erst Leistung, dann Geld" will der Verband eine gleichmäßige Präsenz in allen Klassen erreichen und nicht wie in anderen Nationen nur mit den Klassen antreten, in denen er starke Segler hat. Stohl: „Ich halte das neue Förderungssystem im Hinblick auf die Olympischen Spiele 1988 in Südkorea für richtig. Und: „Es ist vollauf richtig, im nacholympischen Jahr vorrangig den Nachwuchs zu fördern."

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Gott und die Welt
10.40 Liedhoops Frau
12.10 Bilder aus Europa
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
8. Folge: Der Landstreicher
15.25 Dr. Snuggles
Die prächtige Niespulverrakete
16.00 Tagesschau
16.10 Die Schule des Flamenco
Ein Film aus Andalusien
17.20 Im Schatten der Eule
6. Teil: Päng
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
3. Teil: Aufbruch und Rebellion
21.15 Man nannte ihn Koba
Stalin im Geschichtsbild der Bürger der Sowjetunion
Film von Lutz Lehmann
Stalin und die Sowjetunion – voneinander zu trennen sind sie nicht. Personenkult und Fortschritt, Terror und Glorie sind mit seinem Namen verbunden.
22.00 Freitags Abend (9)
Letzter Teil der Medienkunde für Anfänger
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Jeanies Clique
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Jodie Foster u. a.
Regie: Adrian Lyne
0.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Die Vogelscheuche
Wurzel auf Wohnungssuche
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Die Angst reißt tiefe Gräben
Über den Umgang mit der Krankheit AIDS
20.15 Doktor ahoi!
Englischer Spielfilm (1955)
Mit Dirk Bogarde, Brigitte Bardot, Brenda de Banzie u. a.
Regie: Ralph Thomas
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Wus geweijn ... es war einmal
Letzter Teil: Berlin
22.55 Die Sport-Reportage
Internationale Tennismeisterschaften von England / Tour de France, 3. Etappe: Vitre – Fougères
23.55 Zum Jahr der Musik
Johann Sebastian Bach
Zum 300. Geburtstag: Die Kaffeekantate
0.25 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
Die Großeltern
15.30 Die Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Mondbasis ALPHA 1
18.00 Westlich von Santa Fé
Miss Milly
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Karneval in Rio
19.40 Die Rache des Samurai
Japan 1979
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Moderation: Jeanette Enders, Friedhelm Busch
21.00 Galerie Buecher
In der siebzehnten Folge ist ein gefälschtes Bild plötzlich echt, und Herzog erfährt, wie Redakteure gekündigt werden.
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Sieben Tage Frist
Deutscher Spielfilm (1969)
Mit Joachim Fuchsberger, Konrad Georg, Horst Tappert u. a.
Regie: Alfred Vohrer
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
28. Aus dem Leben eines Frosches
Kompass
Heiß und kalt (3)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Blick zurück im Zorn
Englischer Spielfilm (1959)
Mit Richard Burton, Claire Bloom, Mary Ure u. a.
Regie: Tony Richardson
23.20 Kennwort: Kino
23.50 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Das Imperium des Mark McCormack
21.00 Frauenjahre sind keine Herrenjahre
1975 – 1985: Eine Bilanz
21.45 Landesspiegel
Und das alles nach Feierabend
Der Städtische Musikverein zu Düsseldorf
22.15 Echtzeit
Ein Film ohne Drehbuch, erzählt von Hellmuth Costard und Jürgen Ebert
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
Der Tennischuh
19.15 Televisionen – Die Welt des Fernsehens (7)
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
Computerfieber
21.00 Das Montagsthema
22.00 SFB-Rocknacht-Retro
Das Beste aus drei Jahren „SFB-Rocknacht"
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Catweazle
18.55 Die Abenteuertüte
19.05 Drei – D
20.00 Horizonte
Ein ökumenisches Magazin
20.45 Die Sprechstunde
Der Tennisschuh
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
Eines Tages im Park
22.30 Jazzfest Berlin '84
Enrico Rava Italian Project

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Tango: Astor Piazolla
Ein Kulturporträt
Anschl. Misa Criolla
Ausschnitte aus der kreolischen Messe von Ariel Ramirez
20.30 Hans Hass (1)
21.15 Flash Gordon
21.30 Rückblende
21.45 Eine Reise nach Paris (1)
22.30 Jazz
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Vom Sinn des Spielens
21.30 Rundschau
21.45 Das historische Stichwort
Vor 40 Jahren: Amerikanische Truppen verlassen Sachsen, Thüringen und Mecklenburg
21.50 Blickpunkt Sport
22.50 Z. E. N.
22.55 Die Untersuchungsrichterin
Französischer Fernsehfilm
Mit Simone Signoret u. a.
0.30 Rundschau

Pankraz, Peter Gorsen und die Gulaschkanone

Die Diskussion beim Berliner „Horizonte"-Festival über das Echo der chinesischen Kulturrevolution in der linken Intelligenzia des Westens hat es wieder enthüllt: Wer nichts erfahren will, der erfährt auch nichts. Die chinesischen Teilnehmer schilderten das Ereignis in all seinem Schrecken; es wurden damals ja nicht nur Pagoden zertrümmert und Ming-Vasen zerschlagen, sondern auch unzählige Menschenleben ausgelöscht – „die Kulturrevolution war unser Holocaust", sagte ein Mann aus Peking. Die linken westlichen Diskussionspartner aber hatten dem nichts weiter entgegenzusetzen als den Standardrefrain: „Das haben wir nicht gewußt."

Dabei hätte ein Blick in die damaligen Ausgaben von „Reader's Digest" genügt, um sich hinlänglich zu informieren. Das „bunte Magazin für jedermann" brachte Berichte von Kaufleuten und Diplomaten aus dem Reich der Mitte, die einen präzisen Schattenriß der Vorgänge lieferten. Einige Jahre später berichtete „Reader's Digest" übrigens auch als erster über die Massenmorde der Pol-Pot-Kommunisten in Kambodscha. Aber weder das eine noch das andere drang auch nur bis zu den Ganglien der linken Intelligentsia vor. „Reader's Digest" – das war ja übelstes Spießbürgertum, so etwas rührte man nicht einmal an, man griff stattdessen zum „New Statesman" oder zur „Village Voice".

Daß man auf diese Weise allmählich freiwillig verblödete, begriff als erste die Schriftstellerin Susan Sontag. Auf einem Intellektuellen-Meeting in New York anläßlich der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen konstatierte sie voller Bitterkeit, daß man auch im Falle Polens wieder einmal „nichts gewußt" habe, und sie stellte die Frage, wer denn nun informationsmäßig der eigentliche Spießer sei, die Leser von „Reader's Digest" oder jene Superintellektuellen, die nur das glaubten, was in ihren Szene-Blättern stünde, und sich ängstlich von Informationen des „Klassenfeindes" abschotteten.

Leider muß man konstatieren, daß die zornige Analyse Susan Sontags kaum etwas bewirkt hat. Nach wie vor findet man die schlimmsten Ignoranten ausgerechnet in jenen Kreisen, die sich selber für furchtbar schlau halten und mit intellektueller Verachtung auf die Masse der „Nichteingeweihten" herabsehen. Dort hat man sogar eine stolze Theorie aus der eigenen Ignoranz gemacht: die Theorie der sogenannten „Kommunikationsverweigerung". Unbequeme Fakten oder auch Schlußfolgerungen dürfen demzufolge gar nicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft, bzw. diskutiert werden, denn dadurch würde man dem „Feind" ja nur die hohe Ehre des Begriffs erweisen, ihn in einen rationalen Kommunikationszusammenhang aufnehmen, den er nicht verdient.

Die „Frankfurter Schule" beispielsweise übt sich seit Anbeginn in dieser „Kommunikationsverweigerung". Pankraz erinnert sich, wie er einmal einem ihrer Zöglinge, dem heutigen Wiener Kunstprofessor Peter Gorsen, ein Buch von Arnold Gehlen brachte, weil darin eine gerade zwischen ihm und Gorsen diskutierte These seiner Meinung nach interessant illustriert wurde. Aber Gorsen weigerte sich, den Gehlen auch nur anzufassen, den Grundzug von dessen Argumentation auch nur zur Kenntnis zu nehmen. So etwas hatte Pankraz bis dahin nur in Leipzig bei gewissen Junggenossen der SED erlebt, die sich „freiwillig verpflichteten", keine Westsender zu hören, keine sekretierten Bücher aus der Bibliothek anzufordern und keine Jeans zu tragen.

Man sollte nicht vorschnell verurteilen: Natürlich hat das freiwillige Nichtwissenwollen, die Erkenntnis-Askese, auch etwas Großartiges an sich, wie jede Askese, und ihr Gegenteil, die Neugier um jeden Preis, ist nicht unbedingt ein positiver Affekt. Der Erkenntnis-Asket verzichtet auf eines der höchsten Güter, das es heute gibt, die umfassende und genaue Information; folglich muß ihm das, was er dafür eintauscht, das Vertrauen in den jeweiligen Führer oder Guru oder der Glaube an die Reinheit einer Sache, sehr, sehr teuer sein. Darüber können nur die lachen, die sich noch nie leidenschaftlich für eine Sache oder einen anderen Menschen eingesetzt haben.

Andererseits lehren die Erfahrungen speziell des zwanzigsten Jahrhunderts, daß kein Mensch und keine Sache die totale Hingebung verdienen. Ein guter Schuß Skepsis und Selber-nachsehen-Wollen sollte immer dabeisein, das ist gewissermaßen die Eiserne Ration, die uns die Aufklärung hinterlassen hat. Mag der Bote, der uns eine Nachricht überbringt, in unseren Augen auch noch so verächtlich sein – wir sollten seine Botschaft zumindest anhören und überdenken. Gegen die Theorie von der Kommunikationsverweigerung gilt es den alten Wiener Hausmeisterspruch zu setzen: „Net amoal ignorieren!" Mit anderen Worten: Keine Information, und sei sie noch so unangenehm und gleichzeitig penetrant, darf uns zum Ignoranten aus Prinzip verhärten. Wir machen uns sonst nur lächerlich.

Oder war es etwa nicht lächerlich, als seinerzeit der junge Günter Herburger, ein blinder Gläubiger der chinesischen Kulturrevolution, im „Spiegel" überschwänglich rühmte, daß die Mao-Behörden den Roten Garden sogar kostenlos Suppe aus der Gulaschkanone zur Verfügung stellten? Auf der einen Seite, nachzulesen in „Reader's Digest", Millionen Erschlagener und Gedemütigter, auf der anderen der Jubelruf eines deutschen Dichters über einen Schlag Suppe für die Mörder und Demütiger. Wer möchte heute noch dazu stehen?

Und die Kulturrevolution war es ja nicht allein. Bald danach kamen der Massenmord in Kambodscha, der Giftkrieg der Sowjets gegen afghanische Dörfer, die Vertreibung der Miskito-Indianer in Nicaragua. Susan Sontag hat recht: Wer all das ignoriert, ist nichts weiter als ein erbärmlicher Spießer.

Pankraz

Scherze wie im Stummfilm: WELT-Gespräch mit dem amerikanischen Schriftsteller Kurt Vonnegut

„Ich weiß, daß Männer nicht lesen"

Suchte man nach einer Zweitbesetzung für diesen Mann, so käme eigentlich nur Walter Matthau in Frage. Tatsächlich ähneln sich die beiden nicht nur im griesgrämig sauertöpfischen Gesichtsausdruck, sondern auch in der Art, wie sie ihre Körpergröße in einen zu kleinen Sessel verstauen. Auch bei Kurt Vonnegut verbirgt sich hinter dem Gesicht eines des Lebens überdrüssigen Bassets ein teilnahmsvoller, lebenslustiger Mann, der die Weltereignisse mit der nötigen Portion Skepsis verfolgt und über die kleinen (und großen) Absonderlichkeiten lachen kann. Zu lachen gibt es genug, und so lacht Kurt Vonnegut oft, auf eine Art, die klingt wie der sprichwörtliche rostige Teekessel, nur unterbrochen von intensivem Husten, wohl Endprodukt seines zu starken Rauchens.

„Ich denke", sagt Vonnegut, „Tränen und Lachen sind so ziemlich das gleiche, beides sind Reaktionen auf Enttäuschungen. Sie lösen keine Probleme, sie sind Möglichkeiten, sich selbst zusammenzureißen, wenn es sonst nicht mehr viel zu tun gibt. Ich ziehe das Lachen dem Weinen vor, da gibt es hinterher nicht so viel aufzuräumen." Sprach's, und setzte wieder zu einem rasselnden Ausbruch von Fröhlichkeit an.

In Gesprächen erweist sich Kurt Vonnegut als ebenso gewinnend glaubwürdig, wie er es durch den persönlichen Ton seiner Romane schon ist. Doch der Aufstieg vom wenig bekannten zum vielgelesenen Autor läßt in Deutschland weiter auf sich warten. Dabei bezeichnete ihn Graham Greene schon vor einiger Zeit einmal als „einen der besten zeitgenössischen Schriftsteller" nicht nur seines Landes. Doch Hoffnung besteht: Ein großer Teil seiner Romane liegt derzeit in deutscher Übersetzung, wenn auch in kleinen Auflagen, vor. Und gerade erschien bei Piper in München die längst überfällige Ausgabe von „Cat's Cradle", deutsch „Katzenwiege", eine bitterböse Geschichte vom möglichen Untergang und der wissenschaftlichen Verantwortung.



Ich ziehe das Lachen dem Weinen vor, da gibt es hinterher nicht soviel aufzuräumen: Kettenraucher Kurt Vonnegut FOTO: FRIEDRICH RAUCH

Kurt Vonnegut, 1922 als Sohn deutsch-amerikanischer Eltern in Indianapolis, einem der Zentren deutscher Einwanderung, geboren, begann seine berufliche Karriere in einem Bereich, der nichts mit Literatur zu tun hat. Nach dem Krieg, den er als Kriegsgefangener in der Feuerhölle von Dresden überlebte, ein Erlebnis, das er später in seinem berühmtesten Roman, „Slaughterhouse – Five", deutsch „Schlachthof – Fünf", zu verarbeiten suchte, studierte er Chemie und Anthropologie. Er arbeitete erst einige Zeit als Public Relations Manager bei der General Electric Company. Nachdem er seine dortigen Erfahrungen in sein erstes Buch, „Player Piano", einfließen ließ, die Beschreibung eines Ingenieurstaates, in dem Automatisierung und Computerisierung zu einer allgemeinen, staatlich geregelten Arbeitslosigkeit führen, entschloß er sich zum Sprung in die Ungewißheit der Schriftstellerei.

„Ich möchte Bücher schreiben, die von Männern gelesen werden können. Ich weiß, daß Männer nicht lesen, und das beunruhigt mich. Ich wäre gern ein Mitglied meiner Gesellschaft, doch Männer in unserer Gesellschaft schätzen die Dienste eines Schriftstellers gewöhnlich nicht hoch ein. Um ihre Aufmerksamkeit zu erregen, schreibe ich kurze Romane."

Er selbst hat wohl nie mit seinem Erfolg gerechnet, er verdiente jedoch genug damit, um sich und seine Familie davon zu ernähren, „ungefähr so viel wie ein Cafeteriabesitzer in einer kleinen Universitätsstadt". Und es dauerte auch noch fast zwei Jahrzehnte, fünf Romane und etwa fünfzig Kurzgeschichten lang, bevor ihm mit „Slaughterhouse – Five" der endgültige Durchbruch zum großen Erfolg an der Spitze der amerikanischen Gegenwartsliteratur gelang.

Vorsichtige Schätzungen kommen inzwischen auf anderthalb bis zwei Millionen verkaufter Exemplare – jedes Jahr. „Mein Verleger sagt mir, ich wäre an dem Punkt angekommen, wo absolut alles, was ich schreibe, sich extrem gut verkaufen wird. Das ist kein Traum – es ist wahr." Dabei klingt die Mischung aus Lachen und Husten so, als müsse man das Schlimmste befürchten.

„Zu Vonnegut", schreibt die Lektorin des Rowohlt Verlages, „zu Vonnegut kann ich Ihnen nicht die geringste Hoffnung machen. Auflagen, wie wir sie voraussetzen, lassen sich mit diesem Autor schlicht nicht erzielen." In Deutschland, meint sie. Kurt Vonnegut selbst würde darüber sicher die Schultern hochziehen, denn eine Erklärung dafür gibt es nicht. Seine Themen sind so aktuell wie nie, sie reichen von allgemeiner Vereinsamung, computerisierter Massenarbeitslosigkeit und unbewältigter Kriegserfahrung bis hin zum Alltag des American Way of Life.

„Der Leser ist der Begrenzungsfaktor. Keine andere Kunst verlangt vom Publikum, selbst Darsteller zu sein. Man muß die Fähigkeiten des Lesers, ein guter Darsteller zu sein, in Betracht ziehen." Das zielt gegen die akademisch-trockene Schreibweise vieler seiner Kollegen. „Wir müssen eingestehen, daß der Leser etwas sehr Schwieriges zu tun hat, und der Grund, warum man so viele Absätze einfügt, ist, damit seine Augen nicht so schnell ermüden, damit man ihn kriegt, ohne daß er es merkt, indem man ihm seine Aufgabe erleichtert. Er muß die ganze Show im Kopf neu auf die Bühne bringen, kostümieren und beleuchten. Sein Job ist nicht einfach."

Bei soviel Interesse für den Leser, wen wundert da noch der große Erfolg Kurt Vonneguts in den Vereinigten Staaten. „Als ich mich meinem fünfzigsten Geburtstag näherte, war ich immer stärker aufgebracht und verwirrt durch die idiotischen Entscheidungen, die meine Landsleute trafen. Und dann plötzlich bedauerte ich sie, denn ich verstand, wie unschuldig und normal es für sie war, sich so abscheulich zu verhalten und mit so abscheulichen Resultaten: Sie taten ihr Bestes, um sich zu benehmen wie Figuren in Romanen. Das war der Grund, warum sie so häufig aufeinander schossen: Es war der übliche literarische Weg, um Kurzgeschichten und Romane zu beenden."

Die Welt für den einzelnen nicht mehr begreifbar, mißachtet von der Politik, die Erde ihrem Ende nicht mehr fern? „Ich denke, wir sind tatsächlich dumm genug, uns selbst in einem Nuklearkrieg zu vernichten."

Dennoch sind seine Bücher keineswegs die Pessimismus-Apokalypsen und Endzeit-Prophezeiungen, die uns lieber heute als morgen das schnelle Ende herbeisehnen, im Gegenteil. Kurt Vonnegut hält seine Romane für Aneinanderreihungen von Scherzen und huldigt damit seinen Vorbildern aus der Stummfilmzeit. Doch nicht allein die humorvolle Behandlung der Themen macht den Erfolg der Werke Kurt Vonneguts aus. Die tiefere Wirklichkeit, die in seiner persönlichen Anteilnahme liegt, macht Vonnegut zu einem der interessantesten Autoren der Gegenwart.

PETER TORBERG

Erfolg für Rolf Hochhuth: Deutsche Erstaufführung des Schauspiels „Judith" bei der Kieler Woche

Präsidentenmord oder: Das Parfümflakon als Waffe

Die Uraufführung in Glasgow wurde als Katastrophe kolportiert, die deutsche Erstaufführung ist ein uneingeschränkter Erfolg. So läßt sich das unerwartete Ergebnis der Günther-Tabor-Inszenierung von Rolf Hochhuths Trauerspiel „Judith" am Kieler Schauspielhaus zusammenfassen.

Also: Das Stück ist gut. Wenn es so prall und ansehnlich gespielt wird wie hier, ist ihm ein Siegeszug über die deutschen Bühnen sicher. Mit Einsatz so ziemlich aller Bühnenmittel, mit Film und Musik (hauptsächlich natürlich dem unvermeidlichen „Les Preludes" von Franz Liszt, aber auch von Gustav Mahler und Dvořák) und vor allem einem überzeugenden Bühnenbild (Uwe Klaus Lehofer, mit großen Vexierspiegeln und Renaissance-Reminiszenzen) kam das Stück uneingeschränkt beim Premierenpublikum an. Man hörte beim großen Beifall kein einziges Buh, so daß sich selbst der anwesende Rolf Hochhuth sehr verwunderte.

Dabei war die Atmosphäre vor der Premiere aufgeladen genug: Die deutsche Erstaufführung fand anläßlich der Kieler Woche in einer Stadt statt, in der Militärisches eine unübersehbare Rolle spielt. Hier also wurde über Kriegskrüppel und gerechten Widerstand gegen Tyrannei auf der Bühne nachgedacht.

Es ist die alte Judith-Geschichte aus den Apokryphen des Alten Testaments, tausendmal in der abendländischen Malerei und Dichtung dargestellt: eine schöne jüdische Witwe lockt den ihr Volk unterdrückenden Feldherrn ins Bett und ermordet ihn. Sie betört ihn nicht nur mit ihren Reizen, sondern mit vorgetäuschtem Verrat so lange, bis er ihr verfällt.

Eros, Verrat und Tod: Das stimmt bei Hochhuths zweiteiliger Judith-Version vor allem im Prolog, der 1943 in Minsk spielt: Eine russische Partisanin ermordet durch eine ins Bett gelegte Bombe den Generalkommissar von Weißrußland. Sie erfüllt alle Bedingungen des alten Judith-Mythos: Aus dem von der Vernichtung bedrohten Volk kommend, geht sie ins Lager des Nazi-Holofernes (Günter Hutsch), reizt sein sexuelles Verlangen, und tötet den Unvorsichtigen, bevor er sie nehmen kann.

Rolf Hochhuth verkürzt bei seiner erdachten amerikanischen Judith des zweiten Teils entschieden die Täter-Opfer-Beziehung. Und da mögen auch die Gründe für die Schwächen des Stückes liegen: Hier kommt die Attentäterin dem uneinsichtigen, aber gewarnten Präsidenten nur in beruflicher Distanz als Journalistin, beziehungsweise Freundin eines Präsidentenberaters nahe, statt dessen wird die Beziehung der Heldin zu ihrem Verlobten, einem schönen Karrieremann (Volker Conradt), ausgebaut, der offiziell Historiker ist, im Hauptberuf aber Geheimagent. Er gehört nur zum Arbeitskreis des Präsidentenopfers und nur er schläft mit dessen Mörderin. Auch der Mord wird nur indirekt dargestellt: mittels eines Parfümflakons, der in der lang geratenen Abschlußszene des Stükkes eine ausführliche Rolle spielt. Hier wirken die entlarvenden Dialoge der beiden schon fast zu lang.

Aber sonst ist es gerade das Verdienst dieser Inszenierung (Dramaturgie: Dirk Böttger), den Text auf seine äußerst theaterwirksamen Bestandteile verkürzt zu haben, so daß in jeder Szene Spannung herrscht. Der Erfolg kam natürlich auch durch die schöne Hauptdarstellerin Jane Hempel, zuerst als Russin, dann als Journalistin im Pressestab des Weißen Hauses verkleidet. Als Schwester eines durch ein „Entlaubungsmittel" zum Krüppel gewordenen jungen Chemikers (im Rollstuhl: Peter Bernhardt) schmiedet sie ihre Rachepläne, um zu verhindern, daß das Teufelszeug auf Anweisung des uneinsichtigen Präsidenten erneut produziert wird. Erschütternd ist nicht nur die Darstellung der Leiden des jungen Chemikers, sondern auch die eines 1943 in Minsk angeschossenen Russen namens Teiresias, der drei Tage im Massengrab gelegen hatte und anschließend „seinen Verstand nicht mehr wiederfand", durch Hermann-Joseph Geiger. Um Elend zu verhindern, wie es dieses Opfer einer wahnsinnigen Politik darstellt, kann der listige Kampf der Hochhuthschen Judith als Mord zwar nicht gutgeheißen werden – das tut übrigens auch Hochhuth nicht –, aber in seinen Ursachen verständlich gemacht werden.

CHRISTIAN ANDREE

Romuald Pekny 65

Auch der Rücken kann sprechen

Silberne Hochzeit zu feiern mit einem der besten deutschen Theater, den Münchner Kammerspielen, das heißt etwas – zumal für einen Wiener. Romuald Pekny beging dieses Jubiläum vor anderthalb Jahren und sieht sich jetzt bereits wieder gefeiert: Heute wird er 65.

Er ist ein prägender Schauspieler für sein Haus; das läßt sich auch daran ablesen, daß er im letzten Jahr seinen vielen stücktragenden Rollen zwei aufregende neue zugefügt hat: den Cyprian in Dieter Dorns „Park"-Inszenierung und den König Philipp in Schillers „Don Karlos", abgerungen einer für beide Teile unerbittlichen Probenarbeit mit dem „DDR"-Regisseur Alexander Lang.

Beide Male sind zwei differenziert Leidende herausgekommen: der geschundene, mißbrauchte Künstler Cyprian und der Philipp, auftrumpfend, herrisch, von blitzender Gefährlichkeit, der dennoch in jedem Ton einen Strom von hoffnungsloser Einsamkeit mitlaufen läßt.

Pekny vermag es, eine Figur in festen Strichen zu umreißen und ihr dennoch ihr Geheimnis zu lassen. Er beantwortet Fragen zur Person – und wirft im gleichen Moment neue auf. Genau das macht Theater spannend.

Eine Welt von Trauer kann sich in seinen Rückenhaltungen aussprechen (wie Molière, oder der Shawsche „Arzt am Scheideweg"). Peknys Bühnenpräsenz ist so stark, daß man sich manchmal über text-ärmere Rollen freut (den Herzog in „Tasso"): dann ist der Spaß des Zuschauers am Entschlüsseln von Zeichen noch größer. Unwiderstehlich ist er in komischen Rollen (Feydeau), denn sie nimmt er ernst, spielt sie mit ruhigem Charme: Nicht er soll lachen, sondern wir.



Tanz und Plättenfahrt: Romuald Pekny FOTO: VIRGINIA SCHMIDT

Die Münchner müssen ihn manchmal teilen mit der Wiener Burg, wo er die fettesten Bissen bekommt („Travesties", „Amadeus"). Achim Benning wünscht sich Pekny für seine Abschiedsinszenierung, und die österreichische ›Fernsehnation sitzt sonntags wie ein Mann vor seinem virtuosen Abraham a Santa Clara.

Geburtstag gefeiert wird diesmal auch bei den eigenen, zu Heldenverehrung so begabten österreichischen Landsleuten: An seinem Ferienort Grundlsee richtet ihm die Gemeinde ein Fest aus mit Kirche, Tanz und Plättenfahrt. Pekny hat's verdient.

BEATE KAYSER

Von Kino-Krise war nur in den Diskussionen die Rede: Eine Bilanz des Dritten Münchner Filmfests

Mit Bob Hopes altem Hut einen Coup gelandet

Als am gestrigen Sonntag in München das 3. Filmfest zu Ende ging mit seinem Angebot von 250 Filmen in 12 Kinos innerhalb von 9 Tagen, da hatte man ein „Kino total" hinter sich, das sich auf den ersten Blick in nichts von den Ochsen-Touren in Cannes oder in Berlin unterschied.

Aber: Dieses reichhaltige Angebot lief ohne Wettbewerbszwang. Da hat das Münchner Filmfest vielleicht einen Vorsprung gegenüber all den anderen Festivals: Daß man gekommen war, um Filme zu sehen, nicht um bei Premieren dabeizusein.

Wichtiger war der sonst nirgends so gebotene Überblick über die derzeitige Filmlandschaft. International renommierte Namen wie Carlos Saura, Jean-Luc Godard, Paolo und Vittorio Taviani, Krzysztof Zanussi, Peter Bogdanovich und Robert Altmann standen auf dem Programm. Natürlich gab es auch die Filme diesjähriger Wettbewerbs-Sieger wie David Hare oder Emir Kusturica zu sehen. Marguerite Duras war eine Retrospektive gewidmet. Ebenso dem Inder Mrinal Sen. Werke aus sozialistischen Ländern wurden gezeigt. Gleich der Eröffnungsfilm, eine Koproduktion zwischen Hongkong und der Volksrepublik China, der erstmals im Westen vorgestellt wurde, gab dem Filmfest einen chinesischen Touch. Wenn auch Wim Wenders, Werner Herzog und Volker Schlöndorff fehlten, so präsentierten sich Herbert Achternbusch, Hans Jürgen Syberberg, Percy Adlon und die junge Maria Knilli.

Programmatisch setzte Filmfest-Chef Eberhard Hauff zwei Oldies an: Hal Walkers „Road to Utopia" und Anthony Manns „Glenn-Miller-Story". Der alte Hut von Bob Hope, mit dem geworben wurde, signalisiert alles: Vom absoluten Willen zur Unterhaltung bis zum Prädikat „besonders wertvoll". Der Schritt zurück in „eine Zeit, wo Kino etwas Besonderes war", den Hauff probierte, ist nicht zuletzt deshalb gelungen, weil in Bayern bekanntermaßen die Uhren anders gehen. Hier hat man sich nie „in aetheticzis" so verbissen exponiert wie anderswo.

Daß der Eröffnungsempfang der bayerischen Staatsregierung ausgerechnet im Justizpalast stattfand, hatte schon etwas zu bedeuten: Im Lichthof gibt es eine gern für Großauftritte verwendete Treppe – und was im Film gut ist, sollte auch für die Macher recht sein. Nur böse Zungen können behaupten, daß das Münchner Filmfest vom Format der beim Empfang gereichten Knödel sei – die schussergroß gewesen sein sollen und sicher für preußische Gaumen gedacht, denn einer Bayern-Norm entsprechen sie nicht im mindesten.

Bayerisch dagegen ist, daß man etwas gegen „Larmoyanz" hat. Das Münchner Filmfest verordnete der Branche positives Denken. Auf gut chinesisch hieß das bei Regisseur Yim Ho: „Die Leute bleiben sympathisch." Eberhard Hauff sprach sich energisch dagegen aus, nur immer ums liebe Geld zu jammern. Was man mit einem bescheidenen Etat alles fertigbringt, hat er mit der ihm zur Verfügung stehenden Million bewiesen.

Die beste Förderung für den Film bleibt eben doch das interessierte Wohlgefallen des Publikums. Die ausverkauften Kinokassen bewiesen, daß es doch nicht soweit her ist mit der Krise des Films. Die gehörte beim Münchner Filmfest, das nicht nur die unverbesserlichen Freaks aktivierte, nur in die begleitenden Diskussionen von der Zukunft des Dokumentarspiels bis zur Benachteiligung von Schauspielern gegenüber Regisseuren (nebenbei und a propos Schauspieler: Die Darstellerpreise des Verbands der Fernseh- und Filmregisseure gingen an Marita Breuer für „Heimat" und Götz George für seinen Schimanski).

Ansonsten herrschte Gelassenheit. Ein Star-Regisseur wie der Brite Ken Russell wußte das zu schätzen: „Ich hasse den Konkurrenzkampf um Jury-Preise. Und ich freue mich, daß mein Film ‚China blue' hier in der vollständigen Fassung läuft – in Amerika hat man ihn zum Mickey-Mouse-Entertainment verstümmelt." Sagte es und verlangte nach dem, was die Isar-Metropole konkurrenzlos anderen voraus hat: einem Münchner Bier.

UTE FISCHBACH

JOURNAL

Neuer Vorstand bei Berliner Philharmonikern

AP, Berlin

Die Berliner Philharmoniker haben die Cellisten Klaus Haussler und Alexander Wedow zu ihren beiden Vorständen gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, nachdem der alte Vorstand wegen einer Indiskretion im Zusammenhang mit der Bestallung eines neuen Intendanten zurückgetreten war. Wie das Orchester mitteilte, will der neue Vorstand sich bei Wahrung des Selbstverwaltungsrechts des Orchesters dafür einsetzen, die im letzten Jahr „wiedererlangte Vertrauensbasis" zwischen den Musikern und ihrem Chefdirigenten Herbert von Karajan „zu erhalten und zu festigen". Der Vorstand hoffe, daß auf dieser Grundlage auch die „dringend anstehende" Intendantenfrage gelöst werden könne.

Nürnberg zeigt Goldschmiedekunst

dpa, Nürnberg

Wenzel Jamnitzer, der wohl bedeutendste deutsche Goldschmied, und über 700 seiner Berufskollegen arbeiteten während zweier „goldener Jahrhunderte" in Nürnberg. Anläßlich des 400. Todestages des „Kayserllich. Maj. Goldschmid" präsentiert das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg jetzt die erste umfassende Schau der Goldschmiedekunst zwischen Gotik und Barock. In der jetzt eröffneten Ausstellung „Wenzel Jamnitzer und die Nürnberger Goldschmiedekunst 1500–1700", die bis zum 15. September zu sehen ist, soll mit über 800 Ausstellungsstücken ein umfassender Überblick über das Goldschmiedehandwerk jener Epoche geboten werden.

Eintrittsgelder als Spende versüßt

SAD, London

Das Victoria & Albert-Museum wird ab Oktober zwar kein Eintrittsgeld erheben, aber ein System „freiwilliger Spenden" einführen und damit der Praxis des New Yorker Metropolitan Museum folgen. Wer in New York keine fünf Dollar „spendet" und dafür beim Museumsrundgang eine Plakette tragen darf, riskiert mißbilligende Blicke der anderen Kunstfreunde. Das Londoner „V. & A." erwartet von Erwachsenen eine Spende von zwei Pfund (acht Mark) und von Kindern 50 Pence. Das British Museum und die Tate Gallery lehnen die Einführung von Eintrittsgeldern nach wie vor ab. Als erstes staatliches Museum Englands hatte im letzten Jahr das National Maritime Museum in Greenwich Eintrittsgeld eingeführt.

Umzug beim Frankfurter Goethe-Institut

DW. Frankfurt

Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, wird morgen die neuen Räume des Goethe-Instituts Frankfurt, Barckhausstr. 1–3, ihrer Bestimmung übergeben. Das Frankfurter Institut, eines von 15 Sprachzentren in der Bundesrepublik Deutschland, war im Frühjahr 1983 gegründet worden und hatte zunächst in der Mörfelder Landstraße Unterkunft gefunden. Um es „kundenfreundlicher" zu machen und verstärkt Interessenten für Abendkurse zu gewinnen, wurde das Institut mitten ins Geschäftsviertel verlegt.

Béjart choreographiert für Stuttgart

Reg. Stuttgart

Vor mehr als 20 Jahren hat Maurice Béjart zum letzten Mal mit der „Reise" in Köln ein Originalballett für eine deutsche Tanzkompanie geschaffen. Jetzt will er es wieder tun. Für das Stuttgarter Ballett choreographiert der Brüsseler Ballettchef ein einaktiges Stück mit dem vorläufigen Titel „Operette". Zwei andere Béjart-Kreationen ergänzen am 16. Juli das Programm: „Variations Don Giovanni" und „Petruschka".

THEATER-KALENDER

- 1. 7. **Bad Hersfeld,** Festspiele; Grabbe: Don Juan und Faust (R: Roth)
- 4. 7. **Ettlingen,** Schloßfestspiele; Shakespeare: Wie es euch gefällt (R: Barlog)
  München, Residenztheater; P. Schneider: Totoloque (U) (R: Minks)
- 9. 7. **Berlin,** Schaubühne; Shakespeare: König Lear (R: Grüber)
- 19. 7. **Meersburg,** Sommertheater; Walser: Ein fliehendes Pferd (U)
- 20. 7. **Röttingen,** Festspiele (bis 18. August)
- 25. 7. **Würzburg,** Festspiele (bis 18. August)
- 26. 7. **Berlin,** Freie Volksbühne; Brecht: Herr Puntila und sein Knecht Matti (R: Fitz)
  Gottorf, Schloßhofspiele (bis 15. August)
- 27. 7. **Salzburg,** Festspiele; Claudel: Der seidene Schuh (R: Lietzau)
- 3. 8. **Bregenz,** Festspiele; Albee: Wer hat Angst vor Virginia Woolf? (R: Everding)
- 18. 8. **Salzburg,** Festspiele; Bernhard: Der Theatermacher (U) (R: Peymann)



James Ramseur bei seiner Verhaftung, die Hände zur Abwehr erhoben. Geste der Unschuld oder Resignation eines Ertappten? FOTO: AP

Eines der Goetz-Opfer verhaftet

DW. New York

Einer der vier Jugendlichen, die der New Yorker U-Bahn-Schütze Bernhard Goetz Ende vergangenen Jahres zum Teil schwer verletzt hatte, ist am Freitag unter dem Verdacht verhaftet worden, eine 20 Jahre alte Frau ausgeraubt und vergewaltigt zu haben. Nach Angaben des Staatsanwalts hat der 19 Jahre alte James Ramseur die Frau Anfang Mai mit einer „tödlichen Waffe bedroht", sie vergewaltigt und ihren Schmuck gestohlen. Die Frau habe ihn bei einer Gegenüberstellung wiedererkannt.

Das oberste Gericht des Bundesstaates New York hatte am Donnerstag den Antrag des U-Bahn-Schützen abgewiesen, das gegen ihn eingeleitete Verfahren abzubrechen. Goetz hatte argumentiert, Staatsanwalt Robert Morgenthau habe seinen Fall ohne rechtliche Grundlage zum zweiten Mal vor eine Grand Jury gebracht, auf deren Beschluß hin Anklage wegen vierfachen Mordversuchs erhoben wurde. Im Januar hatte eine erste Grand Jury den Elektronikspezialisten, dessen Eltern 1928 aus Deutschland in die USA eingewandert waren, lediglich wegen unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt.

Goetz, der nach Hinterlegung einer Kaution von 5000 Dollar auf freiem Fuß ist, hatte am 22. Dezember vergangenen Jahres in einem U-Bahn-Zug vier junge Männer niedergeschossen, weil er sich angeblich von ihnen bedroht fühlte. Einer von ihnen ist seitdem von der Hüfte abwärts gelähmt. Wann der Prozeß gegen Goetz beginnt, steht noch nicht fest.

Die Schüsse hatten seinerzeit ein ungeheures Echo ausgelöst. Viele Amerikaner sahen in ihrem eher schmächtigen Landsmann einen Helden à la John Wayne. Der Umschwung kam erst, als Goetz – größenwahnsinnig von dem Ruhm, wie Psychologen vermuten – sich mit seiner Tat zu brüsten begann und Versionen zum besten gab, die Staatsanwälte juristisch als Mordversuche werteten.

Glanzvolle Einweihung der Sonnen-Observatorien auf den Kanarischen Inseln / Der Bundespräsident unter den Gästen

Hoch über den Wolken der Ewigkeit auf der Spur

Es war ein außergewöhnliches Ereignis, das sich am Wochenende auf den Kanarischen Inseln abspielte. Noch nie zuvor waren so viele gekrönte Häupter auf diese spanischen Ferieninseln gekommen. Auch der Anlaß war außergewöhnlich. Die Königspaare aus Spanien, Dänemark, Schweden und den Niederlanden sowie aus Deutschland der Bundespräsident und Frau Marianne gaben der Wissenschaft die Ehre. England hatte zur Einweihung der internationalen Observatorien für die Sonnen- und Astrophysik den Duke of Gloucester als Vertreter des britischen Königshauses geschickt. Verstimmungen zwischen Großbritannien und Spanien wegen der Gibraltar-Frage mögen die Ursache für das Fernbleiben der Queen gewesen sein.

Von ROLF GÖRTZ

Eine Szenerie wie aus einem Zukunftsroman: hoch über einer dichten Wolkendecke, aus der lediglich die Massive verloschener Vulkane wie Inseln herausragen, schwebt von Elektronenmusik getragen ein luftiger Götterpavillon; in seiner Fassade dürfen sich die irdischen Gäste dieses Gipfeltreffens wiedererkennen.

Der Pavillon und die kosmischen Fahnen, die der Bildhauer Manrique eigens für diesen Tag entworfen hatte, stehen neben weißen und roten Helmen mehrerer Sternenwarten in einer baumlosen Landschaft, deren Felsbrocken vor Urzeiten mit Urgewalt in die Luft geschleudert wurden. Unberührt zeigen die Steinbrüche das Farbenspiel verglühter Gesteine, Rot, Schwarz und Gelb. Dazwischen kauern Hubschrauber auf kreisrunden Landeplätzen, verbunden durch das Band einer frischen Asphaltstraße. Über alles hingetupft säuberliche Büsche unter gelben Blüten. Menschen in Cocktailkleidung und Uniformen, mit weitrandigen Hüten oder Maschinenpistolen wandeln in dieser mondähnlichen Landschaft.

Für die moderne Astrophysik, die auf den Kanarischen Inseln seit Jahren betrieben wird und jetzt über die modernsten Geräte der Zukunft verfügt, ist dies gleichwohl die ideale Landschaft (s. nebenstehenden Bericht).

Spanien will aber nicht nur der internationalen Forschung die Landschaft oder die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Regierung und Wissenschaft errichteten bei Santa Cruz auf La Palma ein Wissenschaftsinstitut für Astrophysik, vor dem jetzt immerhin fünf Nobelpreisträger diskutierten. Spanien will selbst in die Forschung – will nach der politischen und wirtschaftlichen jetzt auch die wissenschaftliche Integration.

Um dieses Zieles wegen hat die Regierung in Madrid das internationale Ansehen des Königs voll eingesetzt. Und seiner Einladung folgten die „Hochkaräter" Europas. Sie kamen als Vertreter der an den Sternwarten finanziell und wissenschaftlich beteiligten Staaten und Organisationen.

In 2180 Meter Höhe, hoch über den Wolken, nahm Richard von Weizsäcker die modernste Sonnenanlage Europas mit einem Gregory-Teleskop in Betrieb, die der Bund, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Länder Niedersachsen und Württemberg finanzierten.

Den tieferen Sinn der Mühe um Sonne und Sterne vermittelte der amerikanische Nobelpreisträger Steven Weinberg. Hier soll die umstrittene „Urknall-Theorie" bestätigt werden oder aber – widerlegt.

Die Zweifel an der Unendlichkeit des Weltalls, wie sie noch Einstein verteidigte, sind für Weinberg kein Thema mehr. Er hält es theoretisch für möglich, bis in die Geburtsstunde des Universums vorzudringen. In dieser „Embryonal-Epoche" war seiner Ansicht nach das Universum nur wenige Quadratzentimeter groß. Schon aber gibt es Gegenstimmen.

Schon haben andere Wissenschaftler inzwischen neue, bisher unvorstellbare Raum-Zeitdimensionen entdeckt; seither fühlen sich vor allem Philosophen aufgerufen. Wie die Naturwissenschaftler versuchen sie, den Begriff der Unendlichkeit respektive der biblischen Ewigkeit von ihrer Warte aus zu definieren.

König Juan Carlos formulierte auf dem Felsen von Los Muchacos die Grenzenlosigkeit in erkennbarer Demut: „Bei der Durchforschung des Unergründlichen warten die Völker bei jedem Fortschritt auf die Stimme Gottes, den Ruf der Schönheit und das Schema unzerstörbarer Vernunft, die aus uns Wesen göttlicher Aspiration machen."

Der Blick durchs Teleskop – ein Blick in die Zukunft

Der Stern, der als brennende Gaskugel seine Hitze aus einem nuklearen Schmelzofen im Zentrum bezieht, ist mit seinen 109,2 Erddurchmessern und einer fast 12 000mal größeren Oberfläche im Verhältnis zu anderen Himmelskörpern unserem blauen Planeten „recht nahe". Die Entfernung beträgt „nur" 149 500 000 Kilometer.

Ein Vergleich macht's deutlicher: Stellt man sich unseren „Hausstern" als eine Kugel von 20 Meter Durchmesser vor, so brächte es die Erde in einer Entfernung von zwei Kilometern auf ganze 18 Zentimeter. Mit dem Himmelsfernrohr auf Teneriffa wird es jetzt trotzdem möglich sein, Strukturen auf dem Feuerball in der Größenordnung von Paris oder des Genfer Sees auszumachen.

Doch dazu bedarf es einiger Voraussetzungen: Die Bewegungen der Luftschicht über dem Teleskop dürfen allenfalls minimale Störungen aufweisen, um für Minuten die optimale Schärfe des Sonnenbildes zu gewährleisten. Auf dem Hochplateau von Izaña führt der Meereswind turbulenzarme Luft in schichtartiger Strömung heran, die erst im Inselinneren, also unterhalb des Teleskops, zu „wirbeln" beginnt.

Die astronomisch hohen Anforderungen an gute Sichtbedingungen erfüllte kein anderer Ort im Mittelmeerraum. Weltweit bieten sich ähnlich gute Bedingungen nur noch auf Hawaii, in Kalifornien, Chile und Südwestafrika.

Die äußere Sonnenatmosphäre stellt ein ideales Prüf- und Experimentierfeld für die Forscher in Dimensionen dar, wie es in keinem Labor realisierbar ist: Im Innern des Planeten werden Wasserstoffatome mit einer Rate von etwa fünf Milliarden Kilogramm pro Sekunde in Helium umgewandelt. Jede Sekunde wird die Energie von einer Billion Wasserstoffbomben freigesetzt.

Von der Sonnenoberfläche – die von den 15–20-Millionen-Grad-Temperaturen im Inneren auf 5600 Grad abkühlt – stoßen aus Sonnenflecken Fackeln in den Weltraum hinein. Über dieser Oberfläche liegt eine Atmosphäre aus Gasen, die wieder rund eine Million Grad heiß ist, die „Korona". Innerhalb der Korona flackern gigantische „Flammen" kühlerer Gase, die Sonnenprotuberanzen, die sich Hunderttausende von Kilometern über die Sonnenoberfläche erheben, „nur" etwa 10 000 Grad heiß.

Veränderungen der Strahlung verändern auch unser Erdklima. Um diese Vorgänge zu verstehen und eines Tages vielleicht sogar vorhersagen zu können, müssen die Sonnenastronomen die Physik der Plasmagase zu beherrschen suchen. Die moderne Sonnenforschung hat noch ein weiteres Ziel: Sie wird eines Tages für die Energiegewinnung auf der Erde größte Bedeutung gewinnen, wenn es gelingt, die Atomkernverschmelzung zu erreichen.

DIETER THIERBACH

Neueste Spekulationen zur Jumbo-Katastrophe

dpa, Ottawa

Der Pilot des abgestürzten Air-India-Flugzeugs hat möglicherweise ein Päckchen für einen Sikh mit ins Cockpit genommen. Dies berichtete am Wochenende die angesehene kanadische Zeitung „Globe and Mail" (Toronto). Kanadische und indische Beamte untersuchen gegenwärtig diese Spur. Die Zeitung berichtete weiter, daß der Pilot S. S. Binder, selbst ein Sikh, das Päckchen unmittelbar vor Abflug in Toronto zur Mitnahme nach Indien entgegengenommen habe. Die Zeitung interviewte auch den offensichtlich in Frage kommenden Überbringer des Päckchens in seinem Haus in Mississauga nahe Toronto. Der Mann soll auch zugegeben haben, den Piloten zu kennen, mit dem er am Abend vor dessen Abflug auch zusammen gespeist haben will, bestritt aber, den Piloten um Mitnahme eines Päckchens gebeten zu haben. „Globe and Mail" interviewte auch „Kreise" in der großen Sikh-Gemeinschaft in Toronto, die der Zeitung mitteilten, daß der Mississauga-Sikh ein überzeugter Separatist sei. Die Päckchen-Theorie würde Spekulationen einiger Flugsicherheitsexperten erhärten, daß eine Explosion im Cockpit selbst stattgefunden haben könnte. Ein Sicherheitsspezialist der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICOA hatte schon vor Tagen betont, daß das Fehlen eines Notrufs auf eine Explosion im Cockpit hindeuten könne.

Justizirrtum

AFP, Bordeaux

Wegen eines Justizirrtums hat der heute 66jährige französische Buchhalter Guy Mauvillain aus La Rochelle sechseinhalb Jahre unschuldig hinter Gittern verbracht. Mauvillain war 1975 wegen des Mordes an einer 75jährigen alleinstehenden Frau zu 18 Jahren Haft verurteilt und 1981 vorzeitig entlassen worden. Das Urteil hatte sich einzig auf den Umstand gestützt, daß das sterbende Opfer, eine Nachbarin Mauvillains, dessen Namen genannt hatte. In einem Wiederaufnahmeverfahren wurde die Unschuld des Buchhalters festgestellt.

Zehn Verkehrsopfer

AP, München

Zehn Todesopfer und neun Verletzte forderten in der Nacht zum Sonntag vier Verkehrsunfälle in Bayern. Der schwerste Unfall ereignete sich auf der Bundesstraße 12 in der Nähe von Mühldorf am Inn in Oberbayern. Dort wurden fünf Autos in einen Unfall aufgrund eines riskanten Überholmanövers verwickelt.

Arzt in den Schlagzeilen

dpa, Köln

Anklage wegen Millionenbetrugs wird die Kölner Schwerpunktsstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsverbrechen in Kürze gegen einen Röntgenfacharzt erheben, der mehrere Krankenkassen in den vergangenen Jahren mit gefälschten Abrechnungen um mindestens acht Millionen Mark geschädigt haben soll. Wie der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Köln gestern gegenüber dpa erklärte, sollen die Ermittlungen gegen den Mediziner, der bereits seit einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt, in den nächsten Wochen abgeschlossen werden.

200 Porsche gestohlen

SAD, Miami

Der Diebstahl von mindestens 200 Luxussportwagen der Marke Porsche geht auf das Konto einer Autoknackerbande, der jetzt in Miami das Handwerk gelegt wurde. Die Bande wurde von dem Profi-Rennfahrer Victor Gonzales angeführt, der seine Kontakte für den Weiterverkauf der gestohlenen Wagen einsetzte. Bislang konnte die Polizei nur 18 der gestohlenen Wagen an die Eigentümer zurückgeben.

LEUTE HEUTE

Affig, die ‚Blaue Periode'

Das Londoner Auktionshaus Sotheby wählte am Samstag einen ungewöhnlichen Versteigerungsort: den Zoologischen Garten der englischen Stadt Chester. Versteigert wurde in Anwesenheit des „Künstlers" ein Gemälde des zweijährigen Orang-Utans **Sidney**. Ersteigert wurde es für 120 Pfund Sterling (rund 408 Mark) von **Fred Carson**, einem pensionierten Ingenieur. Der Erlös geht an die Tierschutzorganisation World Wildlife Fund. Sotheby-Direktor **George Bailey** enthüllte, daß das Kunstwerk aus Sidneys „blauer Periode" stamme, den Titel „Bin ich meines Wärters Bruder?" trage und mit dem Aufwand einer halb aufgefressenen Leinwand sowie etlicher Pinsel entstanden sei. Der 70jährige Carson, der moderne Kunst „normalerweise" nicht schätzt und Picasso „für nicht ganz ernst zu nehmen hält", will das Bild daheim aufhängen. Ein zweites Bild des begabten Affen wurde inzwischen eingestampft – um die Preise nicht zu verderben.



Ein Symbol für Licht und Schatten: Der 72 Millionen Mark teure illuminierte Glaspalast auf der Hohensyburg bei Dortmund. FOTO: DPA

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Während atlantische Tiefausläufer Norddeutschland streifen, bleibt das übrige Bundesgebiet unter Hochdruckeinfluß.

30. Juni 1985, 8 Uhr. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Montag:
In Norddeutschland meist stark bewölkt und in Schleswig-Holstein und im nördlichen Niedersachsen gelegentlich leichter Regen. Höchsttemperaturen hier bei 18 Grad. Sonst heiter bis wolkig und trocken bei Höchsttemperaturen von 20 bis 25, am Oberrhein bis 28 Grad. Tiefstwerte in der kommenden Nacht um 14 Grad. Im Norden mäßiger und böiger, sonst allgemein schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Auch im Norden freundlich, wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	19°	Kopenh.	17°
Dresden	19°	Las Palmas	23°
Essen	19°	London	19°
Frankfurt	19°	Madrid	27°
Hamburg	15°	Mailand	24°
List/Sylt	15°	Mallorca	30°
München	20°	Moskau	16°
Stuttgart	20°	Nizza	23°
Algier	27°	Oslo	15°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	32°	Prag	19°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	19°	Stockholm	17°
Budapest	23°	Tel Aviv	27°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	15°	Wien	21°
Istanbul	27°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.10 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr; **Mondaufgang:** 22.26 Uhr, Untergang: 4.22 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Die Spielbank wird das beste Flöz der Stadt"

Von WILM HERLYN

Der Gegensatz konnte größer nicht sein: Ein Häuflein Demonstranten gegen Arbeitslosigkeit pfiffen Herren in Smoking und Damen in großer Abendrobe, von denen nicht wenige sich ein bißchen verschämt vorbeidrückten, aus. Beide Gruppen kamen zur Eröffnung der Spielbank Hohensyburg im Süden Dortmunds. Die einen ungebeten, die anderen geladen. Aber die meisten schienen nicht gut informiert: Denn lange bevor Uschi Glas, das „Schätzchen", eine 40 Gramm schwere Goldkugel in den Kessel warf und damit das Spiel freigab (die „29" war die erste Glückszahl in der Nacht zum Samstag), hatte die Stadt Dortmund schon gewonnen. Denn wann schon hat in dieser Stadt mit ihrem Arbeitslosenproblem zuletzt einen Investor 72 Millionen Mark angelegt, 322 neue und sichere Arbeitsplätze geschaffen und dem heimischen Baugewerbe eine mehr als drei Jahre währenden kräftigen Schub gegeben?

Dennoch: Manchem scheint dieser Ort suspekt als verwerfliches Betätigungsfeld von Hasardeuren und zweifelt, ob Deutschland diese 28. Spielbank – in Nordrhein-Westfalen die dritte – braucht. Doch auch der Jeton hat zwei Seiten: Die Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co. KG. mit Sitz in Münster hofft auf 2000 Besucher pro Tag. Diese sollen hier um 60 Millionen Mark lassen. Vom Bruttoerlös erhält die Stadt Dortmund 15 Prozent, der Arbeits- und Sozialminister in Düsseldorf profitiert davon wie die Stiftung für Wohlfahrtspflege. Allein die Casinos in Aachen und Bad Oeynhausen konnten in den vergangenen fünf Jahren mehr als 90 Millionen Mark an die Stiftung überweisen, die behinderten Kindern und alten, hilfebedürftigen Menschen hilft.

Der Hausarchitekt der Gesellschaft, Professor Harald Deilmann aus Münster, durfte auf historischem Boden – an die Vergangenheit erinnern Reste einer Ritterburg aus dem 11. Jahrhundert – in einer Komposition aus Sandstein, Aluminium, Glas und nochmals Glas schwelgen. Kein Betrachter kann ahnen, daß in Fundament und Fassade 11 000 Kubikmeter Beton versteckt sind. „Es gab kein Vorbild in Deutschland, und die Erwartungen erforderten nun ein Beispiel", sagte Deilmann. Entspannung, Erbauung und Unterhaltung sollen die drei Ebenen des Gebäudes bieten. Staatssekretär Paul Nelles vom Düsseldorfer Arbeitsministerium schien so begeistert, daß er die Treppe mit seiner Frau heruntertanzte. Oder hatte ihn dazu Sammy Davis jr. angeregt? Der farbige Star aus Amerika begeisterte in einer Mitternachtsshow die 1000 Gäste. Er faszinierte sie mehr, als es die kleine weiße Kugel aus Elfenbein vermochte: Einsam und verlassen saßen die Croupiers an den 18 Roulett- und ihre Kolleginnen an den Black-Jack-Tischen fröstelten gegen die Klimaanlage an. Nüchtern und kühl geht es zu in der kühnen Konstruktion Deilmanns – und die Spieler haben kaum einen Blick übrig für die Panoramaszene des weiten Ruhrtales unter ihnen. Kein näselndes „Faites votre jeu" oder Kristallüster und schwülstiger Brokat, sondern ein deutsches „Machen Sie Ihr Spiel bitte", moderne Strahler, Kunst wie Spiegelobjekte des Krefelders Adolf Luther.

Können da Erinnerungen aufkommen an jenen sagenhaften Graf Kortikoff, der überzeugt war, er könne nicht gleichzeitig Glück im Spiel und in der Liebe haben, und darum seine junge Frau als Einsatz verspielte? Oder an jenen Kapitän einer amerikanischen Fregatte, der sein verspieltes Geld auf seine Art zurückholte, indem er, nachdem er wirklich alles – einschließlich der Schiffskasse – verloren hatte, die Bordkanonen auf das Kasino richtete? Seit diesem Tag darf übrigens kein fremdes Kriegsschiff mehr im Hoheitsgebiet des Fürstentums von Monaco ankern.

Spieler können Dutzende dieser Anekdoten erzählen. Und Dostojewski wußte, worüber er schrieb. Er war selber ein hemmungsloser Spieler. Auf der Hohensyburg – so jedenfalls der Geschäftsführer – werden solche Legenden wohl nicht so rasch entstehen. Er kennt „seinen durchschnittlichen Gast", der bei einem Besuch selten mehr als 100 Mark verliert. Jener fünf Tage durchspielende Schotte dürfte die Ausnahme bleiben. „Hier wurde schon vor Jahrzehnten nach Kohle gegraben", erzählte Dortmunds Oberbürgermeister Günter Samtlebe. „Aber die Spielbank wird das beste Flöz der Stadt werden." In der traditionell von der SPD regierten Stadt wird sich herausstellen, flachst er weiter, „daß mit der Spielbank die Roten ins Schwarze getroffen haben."

ZU GUTER LETZT

Seit 1980 eremitiert, gehörte er 1983 zu den Beratern des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel. Aus einem Bericht der WELT am SONNTAG über die Gebrüder von Weizsäcker. Mit dem „Eremitierten" war der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker gemeint.